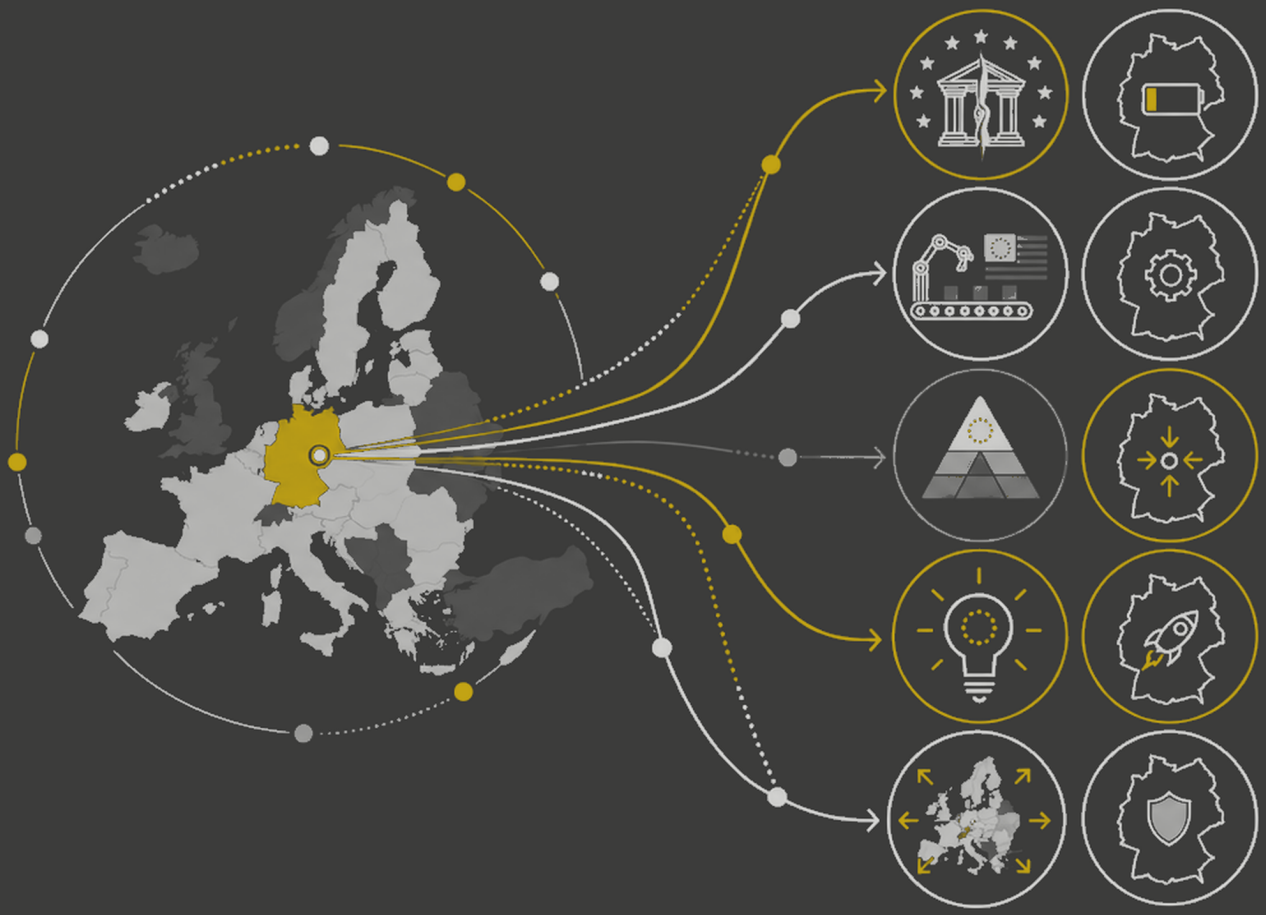
THEMIS FORESIGHT

Jan Berger
Themis Foresight
Berlin, November 2026

ZUKUNFTSSTUDIE

Europa und Deutschland 2035



MIT UNTERSTÜTZUNG VON

economisten

GEMEINNÜTZIGE Hertie Stiftung

Robert Bosch Stiftung

SÜDWESTMETALL

IMPRESSUM UND REDAKTIONELLE VERANTWORTUNG

HERAUSGEBER

Themis Foresight GmbH

Unter den Linden 21 · 10117 Berlin

Geschäftsführer: Jan Berger

Handelsregister: Amtsgericht Charlottenburg, HRB 228549

E-Mail: contact@themis-foresight.com · www.themis-foresight.com

STUDIENLEITUNG UND REDAKTIONELLE VERANTWORTUNG

Jan Berger, Themis Foresight

Konzeption, Methodik, Forschung, Auswertung und Redaktion: Themis Foresight

UNTERSTÜTZUNG DES STUDIENPROJEKTS

Das Studienprojekt „Europa und Deutschland 2035“ wurde vom Economisten e.V., der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und Südwestmetall unterstützt.

Die Unterstützung bezieht sich auf das Studienprojekt als solches. Konzeption, Methodik, Auswertung und Redaktion sowie sämtliche inhaltlichen Aussagen und Schlussfolgerungen dieser Studie liegen ausschließlich in der Verantwortung von Themis Foresight. Sie sind den unterstützenden Organisationen nicht zuzurechnen.

© 2026 Themis Foresight GmbH · Berlin, November 2026

Inhalt

Vorwort Themis Foresight 5

Grußworte der Förderpartner 8

Economisten e.V. 8

Robert Bosch Stiftung 9

Management Summary 11

Europas Zukunft ist offen 11

Was Europas Erneuerung voraussetzt 11

Fünf Perspektiven auf Europa und Deutschland 2035 13

Welche Entscheidungen Europas Zukunft prägen 14

Wie diese Studie auf die Zukunft blickt 16

Analyse 18

1 Ein Modell verliert seine Voraussetzungen 19

1.1 Das bisherige Erfolgsmodell trägt nicht mehr 19

1.2 Andere Machtzentren verändern die Spielregeln 21

1.3 Der äußere Druck trifft auf innere Blockaden 23

1.4 EU und Deutschland haben unterschiedliche Organisationsprobleme 24

1.5 Zeit wird zur strategischen Ressource 25

2 Eigene Weltspitze aufbauen – oder technologisch und wirtschaftlich verarmen 27

2.1 Spitzenforschung statt dauerhaftem technologischen Nachlauf 27

2.2 Private Großinvestitionen und Kapitalkonzentration ermöglichen 29

2.3 Geschäftsmodelle und Märkte kontrollieren, nicht nur Technologien anwenden 30

2.4 Eigene Technologiewetten entwickeln 31

2.5 Erneuerungsmotoren müssen funktionieren 32

2.6 Die Gefahr ist eine fortschreitende wirtschaftlich-technologische Pauperisierung 34

3 Bewahren, reformieren oder radikal erneuern – die konkurrierenden Ordnungsentwürfe 35

3.1 Westbindung, selektive Kooperation oder strategische Eigenständigkeit? 35

3.2 Reformierte EU, neuer europäischer Kern oder Zerfall? 38

3.3 Unternehmerische Freiheit oder gestaltender Staat? 40

3.4 Bildung, Arbeit und Sozialstaat grundlegend umbauen oder weiterentwickeln? 42

3.5 Wachstum konzentrieren oder gesellschaftliche Teilhabe breiter ermöglichen? 44

3.6 Starke politische Führung und liberale Machtbegrenzung 45

4 Wann Erneuerung gelingt – und wann sie steckenbleibt 49

4.1 Aus politischen Entscheidungen müssen tatsächliche Fähigkeiten werden 49

4.2 Technologischer Fortschritt muss in eigene wirtschaftliche Stärke übersetzt werden 51
4.3 Erneuerung verändert ihre eigenen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen 51

Von der Analyse zu den Szenarien 53

Fünf Perspektiven 55
Perspektive 1: Die zentralistische EU als kranker Mann 57
Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU 61
Perspektive 2: Die EU als abhängige Werkbank der USA 68
Deutschland: Maschinenwerkbank der USA 72
Perspektive 3: Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften 80
Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz 84
Perspektive 4: Innovatives Kerneuropa 91
Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa 95
Perspektive 5: Rivalisierende Nationalstaaten statt EU 100
Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU 104

Was sich aus den Szenarien ableiten lässt 113

Methodik und Erkenntnisprozess 119
Forschungsdesign, wissenschaftliches Verständnis und Qualitätsmaßstäbe 119
Ein exploratives, dissensorientiertes Delphi-Design 120
Perspektivenbasierte Szenarien 121
Künstliche Intelligenz, Qualitätssicherung und Verantwortung 123

Expertinnen und Experten 125
Die 27 Tiefeninterviews 125

Literaturverzeichnis 127

Vorwort Themis Foresight

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir haben diese Studie geschrieben, weil uns die Zukunft Europas und Deutschlands am Herzen liegt. Als Unternehmen, das in Deutschland und Europa arbeitet, haben wir ein unmittelbares Interesse daran, dass dieser Wirtschafts- und Lebensraum seine enormen Potenziale ausschöpft und die verlorene Dynamik der vergangenen anderthalb Jahrzehnte zurückgewinnt.

Die Voraussetzungen dafür sind schwieriger geworden. Die USA und China verfolgen ihre strategischen Interessen mit einer Entschlossenheit, auf die Europa bislang keine überzeugende gemeinsame Antwort gefunden hat. Russland bedroht mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Friedensordnung. Zugleich geraten die Grundlagen der liberalen Demokratie in Europa selbst unter Druck. Wirtschaftliche Stagnation, politische Handlungsunfähigkeit und gesellschaftliche Polarisierung prägen die öffentliche Debatte – und das aus gutem Grund. Diese Probleme sind real. Dennoch bin ich überzeugt, dass Europa und Deutschland über die Fähigkeiten verfügen, eine erfolgreiche Erneuerung zu gestalten.

Mit dieser Studie wollten wir herausfinden, unter welchen Bedingungen die Europäische Union und Deutschland bis 2035 wirtschaftlich und technologisch wieder zur Weltspitze aufschließen, strategische Handlungsfähigkeit gewinnen und ihre demokratisch-pluralistische Ordnung erhalten und weiterentwickeln können.

Wir wollen ein Europa, in dem aus wissenschaftlicher Spitzenforschung weltweit erfolgreiche Unternehmen und neue Märkte entstehen, bestehende Industrien sich grundlegend erneuern und Menschen neue Chancen auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg erhalten. Dafür brauchen wir unternehmerische Freiheit, investierbares Kapital und leistungsfähige staatliche Institutionen. Über die Wege, auf denen sich diese Voraussetzungen schaffen lassen, gibt es unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Vorstellungen.

Als Zukunftsforscher wissen wir um den Wert unterschiedlicher Perspektiven. Wer nur jene Stimmen hört, die die eigenen Überzeugungen bestätigen, wird kaum neue Handlungsmöglichkeiten entdecken. Deshalb haben wir für diese Studie bewusst Menschen zusammengebracht, deren Vorstellungen von einer erfolgreichen Zukunft Europas teilweise fundamental auseinanderliegen. Ihre Argumente haben wir ernst genommen, ihre Widersprüche bewahrt und daraus unterschiedliche Zukunftsperspektiven entwickelt.

Diese Haltung reicht über die Zukunftsforschung hinaus. Pluralität ist eine wesentliche Stärke freier Gesellschaften. Der offene Streit über politische Ziele, wirtschaftliche Interessen und gesellschaftliche Ordnungen schafft die Möglichkeit, bessere Entscheidungen zu treffen und getroffene Entscheidungen zu korrigieren. Deshalb

gehören Demokratie, Freiheit und gesellschaftliche Vielfalt für uns zum Kern einer erstrebenswerten europäischen Zukunft.

Themis Foresight steht für einen reflektierten Optimismus. Wir kennen die Schwierigkeiten, die einer europäischen Erneuerung entgegenstehen. Wir sehen zugleich die wissenschaftliche Exzellenz, die industrielle Erfahrung, das unternehmerische Potenzial und die gesellschaftliche Gestaltungskraft, über die Europa weiterhin verfügt. Ich bin zuversichtlich, dass Europa und Deutschland durch entschlossene Reformen, einen offenen politischen Wettbewerb und kluge strategische Entscheidungen ihre Zukunft selbst gestalten können. Ein wirtschaftlich und technologisch starkes, politisch handlungsfähiges und freies Europa kann im 21. Jahrhundert wieder zu einem eigenständigen globalen Machtzentrum werden und über seine Grenzen hinaus zu Wohlstand, Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit beitragen.

Eine Studie dieser Größenordnung entsteht nur durch das Zusammenwirken vieler Menschen und Institutionen. Mein besonderer Dank gilt drei Organisationen, deren Unterstützung diese Arbeit maßgeblich ermöglicht hat.

Dem **Economisten e.V.** und insbesondere **Dr. Thomas Sattelberger** danke ich für die Initiative zu diesem Projekt. In einem Gespräch am 1. Januar 2026 entstand die Idee zu dieser Studie. Friedrich von Bohlen und Thomas Mayer haben wichtige inhaltliche Impulse beigesteuert und gemeinsam mit Thomas Sattelberger in ihren Netzwerken für die Unterstützung des Vorhabens geworben. Ihre Anregungen und ihr Engagement haben die Entstehung der Studie wesentlich begünstigt.

Mein herzlicher Dank gilt der **Robert Bosch Stiftung**, insbesondere Atje Drexler und Lejla Pilica. Sie haben ihre Netzwerke für uns geöffnet und Gespräche mit renommierten Fellows und weiteren Persönlichkeiten ermöglicht, deren Perspektiven die Untersuchung erheblich bereichert haben. Besonders wertvoll war der gemeinsam organisierte zivilgesellschaftliche Dialog am 8. September 2026 in den Berliner Räumen der Stiftung. Dort wurden unsere ersten Szenarioentwürfe mit 30 Teilnehmenden aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Blickwinkeln diskutiert, kritisch hinterfragt und weiterentwickelt.

Der **Gemeinnützigen Hertie-Stiftung** danke ich für ihre maßgebliche Unterstützung. Besonders verbunden bin ich Annette Schavan, die sich selbst als Interviewpartnerin zur Verfügung stellte und darüber hinaus mit wichtigen Gedanken und Anregungen zur Entwicklung der Studie beitrug.

Mein Dank gilt außerdem **Südwestmetall**, das Themis Foresight bereits bei früheren Zukunftsstudien als wertvoller Partner begleitet hat und auch dieses Projekt unterstützte.

Dr. Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, danke ich dafür, dass er sein Haus für einen geopolitischen Expertenworkshop am 8. Oktober 2026 öffnete. Die dortigen Diskussionen boten eine wichtige Gelegenheit, unsere Szenarien auf ihre internationale Plausibilität zu prüfen und ihre geopolitischen Zusammenhänge zu vertiefen. **Dr. Linn Selle** von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik danke ich für ihren Beitrag beim ersten Future Lab der Studie, ihre Bereitschaft zum Tiefeninterview und die Möglichkeit, die Ergebnisse der Studie am 2. November 2026 in den Räumen der DGAP in Berlin öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Ein ebenso großer Dank gilt allen **27 Expertinnen und Experten**, die uns für ausführliche Tiefeninterviews zur Verfügung standen. Ebenso danke ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der zweiten Delphi-Befragungswelle, die unter erheblichem zeitlichem Aufwand 91 Zukunftsthesen bewerteten und kommentierten, sowie allen weiteren Persönlichkeiten, die ihre Erfahrungen und Überzeugungen in ergänzenden Gesprächen und Veranstaltungen mit uns teilten. Sie haben sich auf einen offenen, bisweilen kontroversen Forschungsprozess eingelassen und damit die Qualität dieser Studie wesentlich bereichert.

Unseren Beiräten bei **Themis Foresight**, Dr. Marc Achhammer, Dr. Ewald Böhlke und Dr. Olaf Theiler, danke ich für Literaturhinweise, methodische Anregungen und zahlreiche kritische Gespräche. Schließlich danke ich dem gesamten Team von **Themis Foresight** für die vielfältige Unterstützung während der vergangenen Monate – für Recherchen, Organisation, Diskussionen und dafür, dass meine Kolleginnen und Kollegen immer wieder Aufgaben übernommen haben, während mich diese Studie besonders intensiv beschäftigte.

Die Verantwortung für die analytischen Entscheidungen, die Szenarien und die Schlussfolgerungen dieser Studie liegt bei Themis Foresight. Ich hoffe, dass unsere Arbeit zum Nachdenken anregt, produktiven Widerspruch hervorruft und dazu beiträgt, neue Handlungsoptionen für Europa und Deutschland zu eröffnen.

Wir haben gute Gründe, mit Zuversicht und dem Willen zur Gestaltung nach vorn zu blicken. Denn die Zukunft ist, was wir aus ihr machen.

Ihr



Jan Berger

Gründer und Geschäftsführer, Themis Foresight

Berlin, November 2026

Grußworte der Förderpartner

Economisten e.V.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums schien der Liberalismus des Westens im historischen Kampf um die beste Ordnung für Wirtschaft und Gesellschaft triumphiert zu haben. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama brachte die Stimmung in einem im Sommer 1989 veröffentlichten Artikel – und einem drei Jahre später erschienenen Buch – mit den Titeln „das Ende der Geschichte“ auf den Punkt. In den 1990er-Jahren schien die zuvor tief gespaltene Welt zusammenzuwachsen. Die USA erschienen als der wohlwollende Hegemon in einer umfassenden liberalen Weltordnung. Anfang des neuen Jahrhunderts schien der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) die neue Weltordnung zu krönen.

Doch schon im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts tauchten erste Risse auf. Mit dem Platzen der Technologieblase am globalen Aktienmarkt in den Jahren 2001-2002 entstanden Zweifel an der Stabilität freier Märkte. Zentralbanken traten auf den Plan, um ein Übergreifen des Aktiencrashs auf die Wirtschaft zu vermeiden. Möglicherweise trugen ihre Zinssenkungen zur Stabilisierung der Wirtschaft bei. Sie bereiteten aber auch den Boden für eine noch größere Preisblase im US-amerikanischen Immobilienmarkt. Das Platzen dieser Blase führte in den Jahren 2007-08 zu einer gewaltigen Finanzkrise in den westlichen Industrieländern – worauf die Zentralbanken ihre Politik der niedrigen Zinsen weiter intensivierten.

Die Erholung der Wirtschaft im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gewann keinen Schwung. Pessimistische Theorien über eine „säkulare Stagnation“ machten die Runde. Von den Zentralbanken zu Tiefständen massierte Zinsen luden die Staaten zu steigender Verschuldung ein. Gleichzeitig wurde die geopolitische Ordnung rissig. Zunächst schien es, dass politische Proteste in der arabischen Welt Anfang der 2010er-Jahre auch für diese Region eine liberale Ordnung bringen könnten. Man sprach daher von einem „Arabischen Frühling“. Doch die Aufstände endeten in Krieg und Repression.

Beinahe zur selben Zeit stieg in China Xi Jinping zum Generalsekretär der kommunistischen Partei und „unentbehrlichen Führer“ auf. Er fuhr die Reformpolitik Deng Xiaopings zurück und positionierte China als mächtigen Gegenspieler des Westens. Kurze Zeit später, im Jahr 2014, schwenkte der russische Staatschef Wladimir Putin auf eine revanchistische Politik zur Wiederherstellung des russischen Imperiums ein und begann, die Ukraine militärisch zu attackieren. Zwei Jahre später wurde in den USA Donald Trump mit dem Versprechen zum Präsidenten gewählt, „Amerika wieder groß zu machen“. Die liberale Weltordnung der 1990er-Jahre begann zu zerbrechen.

Die Coronavirus-Pandemie Anfang des dritten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts beschleunigte den Zerfall. Auf globaler Ebene brachen Lieferketten und auf nationaler Ebene stürzten sich viele Staaten in die größte Verschuldung in Friedenszeiten. Zentralbanken finanzierten die Verschuldungswelle monetär mit dem Aufkauf von Staatsanleihen zu historischen Tiefzinsen. Mit der Rückkehr der Inflation im Jahr 2021 und dem Überfall Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 fiel das liberale Modell für Wirtschaft und geopolitische Ordnung in die Krise. Die Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten Ende 2024 brachte die in den 1990er-Jahren geborene geopolitische und geoökonomische Ordnung zum Einsturz.

Statt der vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz Anfang 2022 ausgerufenen Zeitenwende erleben wir heute einen Epochenbruch. Das verleiht der Zukunftsstudie von Themis Foresight höchste Brisanz. Wie verändert der Epochenbruch die Zukunft Deutschlands und der Europäischen Union? Der in fünf Perspektiven kondensierte Ausblick gibt Anlass zur Sorge, aber auch zur Hoffnung. Drei Szenarien zeichnen ein düsteres Zukunftsbild, das Wirklichkeit werden könnte, wenn wir bestehende Entwicklungen extrapolieren. Zwei Szenarien zeigen die Zukunft in einem helleren Licht. Damit diese Szenarien Wirklichkeit werden können, sind aber enorme politische Anstrengungen nötig.

Dass sich die EU in ihren gegenwärtigen Strukturen reformieren lässt, ist zweifelhaft. Aber die Entstehung eines innovativen Kerneuropas, in dem ein radikal erneuertes Deutschland eine zentrale Rolle spielt, ist möglich. Wir, die Bewegung der Economisten, wollen politisch daran arbeiten, dass die Möglichkeit zur Wirklichkeit wird.

Robert Bosch Stiftung

Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, der von komplexen und dynamischen Herausforderungen geprägt ist. Klimawandel, technologische Disruptionen, demografische Verschiebungen und geopolitische Veränderungen stellen unsere demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme vor immense Bewährungsproben. In solchen Zeiten der Unsicherheit reichen herkömmliche Planungsmodelle nicht mehr aus. Als Robert Bosch Stiftung sind wir überzeugt: Wir müssen heute so vorausschauend handeln, dass wir auch morgen wirksam sein können.

Aus dieser Haltung heraus haben wir vor rund zwei Jahren den Grundstein für unseren Bereich Zukunftsperspektiven und Netzwerke gelegt. Unser Ziel ist es, strategische Vorausschau, die systematische Untersuchung und Interpretation zukünftiger Entwicklungen, als innovative Methode und feste Praxis zu etablieren. Mit der Förderung und Begleitung der vorliegenden Studie „Europa und Deutschland 2035“ leisten wir einen aktiven Beitrag dazu, Zukünfte in verschiedenen, plausiblen Szenarien greifbar zu machen und systemischen Wandel nachhaltig zu gestalten.

Ein solches Vorhaben kann nur gelingen, wenn es von einer Vielfalt der Perspektiven getragen wird. Ein besonderer Dank gilt daher den zahlreichen Expertinnen und Experten, die diesen intensiven Prozess mit ihrer Fachkenntnis bereichert haben. Wir freuen uns außerordentlich, dass Fellows unserer Robert Bosch Academy – darunter Marija Golubeva und Natalia Gavriliță – sowie führende zukunftsorientierte Köpfe unserer zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen wie More in Common, das Global Public Policy Institute (GPPi), die Neuen deutschen Medienmacher (NdM), das International

Civil Society Center, die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) und Wirtschaft ist Care aktiv an der Entstehung dieser Studie mitgewirkt haben. Sie haben sichergestellt, dass die erarbeiteten Entwicklungspfade und Spannungsfelder nah an der Lebensrealität der Menschen bleiben. Ihre Beiträge schärfen den Blick für gesellschaftliche Resilienz, Chancengerechtigkeit und demokratische Teilhabe.

Die Analyse zeigt deutlich: Die Zukunft ist nicht vorbestimmt. Sie ist der Raum der Möglichkeiten, den wir durch unsere heutigen Entscheidungen aktiv formen. Ganz im Sinne unseres Stifters Robert Bosch, dessen Vermächtnis uns zur Förderung der gesundheitlichen, geistigen und moralischen Kräfte der Gesellschaft verpflichtet, soll dieses Werk als strategischer Kompass dienen. Es lädt Entscheider:innen und die Zivilgesellschaft dazu ein, Komplexität nicht als Bedrohung, sondern als gestaltbaren Raum zu begreifen und gemeinsam eine handlungsfähige, resiliente Zukunft für Europa und Deutschland aufzubauen.

Management Summary

Europas Zukunft ist offen

Europa und Deutschland stehen vor einer historischen Richtungsentscheidung. Das wirtschaftliche Erfolgsmodell der vergangenen Jahrzehnte beruhte auf drei tragenden Säulen: amerikanischen Sicherheitsgarantien, verlässlicher und bezahlbarer Energie sowie offenen Weltmärkten für europäische Produkte. Diese Voraussetzungen tragen in ihrer bisherigen Form nicht mehr. Die USA ordnen ihre Sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungen zunehmend dem Wettbewerb mit China unter und nutzen Handel, Technologie und militärischen Schutz als politische Einflussmittel. China ist zu einem industriellen und technologischen Machtzentrum aufgestiegen, das Europa in seinen bisherigen Stärkefeldern herausfordert. Russland bedroht mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Sicherheitsordnung. In Europa stellen populistische und autoritäre Kräfte die Grundlagen der liberalen, pluralistischen Demokratie infrage. Zugleich bremsen institutionelle Blockaden, überholte Geschäftsmodelle und schwache Investitionsbedingungen die Erneuerung. Mit jeder vertagten Entscheidung wächst das Risiko, dass Kapital, Talente und wirtschaftliche Fähigkeiten dauerhaft verloren gehen.

Die Studie untersucht, wie die EU und Deutschland bis 2035 wirtschaftlich und technologisch wieder zur Weltspitze aufschließen, strategische Handlungsfähigkeit gewinnen und ihre demokratisch-pluralistische Ordnung erhalten und weiterentwickeln können. Diese drei Ziele sind eng miteinander verbunden. Wirtschaftliche Stärke schafft Mittel für Sicherheit und öffentliche Aufgaben. Politische Handlungsfähigkeit ermöglicht es, gemeinsame Interessen durchzusetzen und neue Fähigkeiten aufzubauen. Eine liberale Ordnung schützt Freiheit, politischen Wettbewerb und die Korrigierbarkeit von Entscheidungen. Europa verfügt weiterhin über einen großen Binnenmarkt, wissenschaftliche und industrielle Spitzenkompetenzen, privates Kapital und die Gestaltungskraft seiner Gesellschaften. Daraus lässt sich neue Stärke entwickeln, um diese Ziele zu erreichen. Welche politische und gesellschaftliche Ordnung diesen Aufbruch tragen könnte, ist jedoch umstritten.

Was Europas Erneuerung voraussetzt

Wirtschaftliche Erneuerung beginnt dort, wo Forschung zu erfolgreichen Produkten, global agierenden Unternehmen und neuen Märkten führt. Dafür braucht Europa privat finanzierte Großinvestitionen für die Gründung und vor allem Skalierung von Deep-Tech-Unternehmen, anspruchsvolle erste Kunden und Bedingungen, unter denen Herausforderer wachsen können. Etablierte Unternehmen müssen ihre

Geschäftsmodelle selbst erneuern; neue Unternehmen müssen bestehende Marktführer angreifen dürfen. Europa muss in Feldern wie Energie, Biotechnologie, Raumfahrt, Photonik und KI eigene Entwicklungspfade schaffen. Die Anwendung amerikanischer KI oder chinesischer Industrierobotik kann zwar die Produktivität erhöhen. Ob daraus zugleich eigene Erträge, Lernprozesse und Innovationen in Europa entstehen, hängt von der Kontrolle über Technologien, Geschäftsmodelle und Märkte ab. Auch die Frage, ob KI auf Jahrzehnte hinaus eine breite Produktivitätsdynamik auslöst, bleibt offen.

Die politische Aufgabe reicht über Wirtschafts- und Technologiepolitik hinaus. Die EU braucht Entscheidungsverfahren, mit denen sie trotz unterschiedlicher nationaler Interessen verbindlich handeln kann. Deutschland muss zugleich seine Verwaltung, sein Bildungssystem, seine Investitionsbedingungen und die staatliche Leistungsfähigkeit erneuern. Dafür stehen konkurrierende politische und gesellschaftliche Ordnungsentwürfe. Ein Reformansatz setzt auf weitreichende unternehmerische Freiheit, private Vorsorge und einen deutlich verkleinerten Staat. Ein anderer fordert leistungsfähige öffentliche Institutionen, gemeinschaftlich organisierte Übergänge und einen breiteren Zugang zu Aufstiegschancen. Ebenso umstritten ist, ob sich die EU zu einer Allianz abgestufter Mitgliedschaften reformieren lässt oder reformbereite Staaten außerhalb ihrer bisherigen Strukturen einen neuen Verbund schaffen müssen. Diese Konflikte betreffen die Verteilung von Macht, Chancen und Risiken – und die demokratische Verantwortung für politische Entscheidungen.

In den kommenden Jahren entscheidet sich, welche dieser Vorstellungen die wirtschaftliche und politische Entwicklung der EU tatsächlich prägen werden. Werden gemeinsame Entscheidungsverfahren reformiert, privates Kapital für neue Unternehmen mobilisiert und staatliche Zuständigkeiten wirksam neu geordnet, können sich Investitionen, Innovationen und politische Handlungsfähigkeit gegenseitig verstärken. Erfolgreiche neue Unternehmen schaffen Wertschöpfung, ziehen Talente an und erwirtschaften Mittel für weitere technologische Entwicklungen. Bleiben diese Veränderungen aus, können Abhängigkeiten wachsen, industrielle Fähigkeiten verloren gehen und finanzielle Handlungsspielräume schwinden. Selbst erfolgreiche Erneuerung bringt neue Konflikte hervor: Aufsteigende Unternehmen können weitere Innovationen fördern oder ihre Marktstellung gegen Herausforderer absichern. Die Verteilung von wirtschaftlichen Chancen und Übergangsrisiken beeinflusst wiederum, ob Gesellschaften weitere Reformen unterstützen. Ob die EU und Deutschland bis 2035 eine sich selbst tragende Erneuerungsdynamik entwickeln, hängt davon ab, wie diese wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Veränderungen ineinandergreifen.

Fünf Perspektiven auf Europa und Deutschland 2035

Die Studie beruht auf zwei Delphi-Befragungswellen und ergänzenden Expertendialogen mit insgesamt 47 unterschiedlichen externen Expertinnen und Experten. Die erste Welle umfasste 27 leitfadengestützte Tiefeninterviews, die zweite eine Befragung zu 91 Zukunftsthesen. Aus dem Forschungsprozess identifizierte Themis Foresight 313 Entwicklungsstränge, verdichtete sie zu 27 Faktoren und wählte zehn kritische Untersuchungsfaktoren aus. Auf dieser Grundlage entstanden fünf Zukunftsperspektiven mit jeweils einem Europa- und einem Deutschland-Szenario. Zwei Perspektiven zeigen Wege der Agonie, zwei Wege der Erneuerung, eine den Zerfall der EU. Sie sind analytische Zukunftsbilder von Themis Foresight und enthalten keine Rangfolge von Eintrittswahrscheinlichkeiten. Ihre unterschiedlichen Entwicklungsverläufe machen sichtbar, welchen Unterschied politische Entscheidungen und die Fähigkeit zu ihrer Umsetzung ausmachen.





Perspektive 1 – Die zentralistische EU als kranker Mann / Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU. Die EU übersteht äußere Krisen und bleibt institutionell erhalten. Sie reagiert mit zentralen Rettungsmaßnahmen, Förderprogrammen und zusätzlichen Regeln, ohne ihre Entscheidungs- und Investitionsordnung grundlegend zu erneuern. Wirtschaftliche Substanz erodiert, technologische Abhängigkeiten wachsen und strategische Spielräume schrumpfen. Deutschland trägt erhebliche finanzielle Lasten zur Stabilisierung der Union und verliert selbst an industrieller Stärke. Staat und Sozialversicherungen sichern bestehende Zusagen, während neue Aufstiegsmöglichkeiten schwinden. Die liberale Ordnung besteht fort, wird durch anhaltende Krisen und politische Enttäuschung jedoch zunehmend belastet.





Perspektive 2 – Die EU als abhängige Werkbank der USA / Deutschland: Maschinenwerkbank der USA. Eine erneuerte amerikanische Sicherheitsgarantie bindet die EU enger an Washingtons Wirtschafts- und Technologieordnung sowie dessen Eindämmungspolitik gegenüber China. Amerikanische KI- und Plattformsysteme ermöglichen Produktivitätsfortschritte in Europas Industrie. Doch hohe Technologieentgelte, fremdkontrollierte digitale Basissysteme und die Verlagerung margenstarker Geschäftsfelder begrenzen die eigenen Erträge. Deutschland behält leistungsfähige industrielle Unternehmen, während breite Investitionen in eigene Technologieökosysteme ausbleiben. Die Wirtschaft stagniert; der politische Handlungsspielraum bleibt von amerikanischen Entscheidungen abhängig.





Perspektive 3 – Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften / Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz. Eine europäische Sicherheitskrise löst einen grundlegenden institutionellen Umbau aus. Drei durchlässige Mitgliedschaftsstufen tragen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit militärischen Beistandsverpflichtungen. Ein Europäischer Sicherheitsrat trifft verbindliche Mehrheitsentscheidungen. Ein engerer Integrationskern vertieft die Kapitalmärkte, koordiniert Technologie- und Industriepolitik und erleichtert die Skalierung neuer Unternehmen. Deutschland übernimmt integrative Führungsverantwortung,

erneuert seine vielfältige industrielle Basis und ordnet staatliche Aufgaben subsidiär. Wirtschaftlicher Wettbewerb, soziale Mobilität und solidarische Absicherung prägen diesen Erneuerungspfad. Der industrielle Umbau ist 2035 noch im Gang.





Perspektive 4 – Innovatives Kerneuropa / Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa. Eine schwere EU-Krise öffnet den Weg zu einem neuen Verbund reformbereiter europäischer Staaten. Deutschland setzt unter einer neuen Mitte-rechts-Regierung weitreichende wirtschaftliche und institutionelle Reformen durch. Unternehmerische Freiheit, privates Kapital, ein grundlegend verändertes Steuersystem und die Konzentration des Staates auf Kernaufgaben fördern international erfolgreiche Deep-Tech-Unternehmen. Der europäische Kern wächst um reformfähige Partner auch außerhalb der bisherigen EU. Wirtschaftlicher Erfolg konzentriert sich in besonders leistungsfähigen Regionen. Persönliche Verantwortung für soziale Absicherung nimmt zu; die gemeinsam übernommenen politischen Verpflichtungen bleiben begrenzt, und liberale Sicherungen unterscheiden sich zwischen den beteiligten Staaten.





Perspektive 5 – Rivalisierende Nationalstaaten statt EU / Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU. Die EU zerfällt unter dem Druck nationaler Konflikte. Eine von der AfD geführte Bundesregierung verlässt die Union, konzentriert staatliche Macht und setzt ausgewählte Reformen und Infrastrukturvorhaben schneller um. Industrielle Stärken und technologische Fortschritte bleiben möglich. Gleichzeitig erschweren neue Handelsgrenzen, fragmentierte Märkte und der Verlust gemeinsamer Verhandlungsmacht die wirtschaftliche Entwicklung. Parlamentarische Kontrolle, unabhängige Gegenkräfte und die Offenheit des politischen Wettbewerbs werden geschwächt. Europa bleibt wirtschaftlich bedeutsam, kann seine Kräfte aber kaum noch gemeinsam einsetzen.

Welche Entscheidungen Europas Zukunft prägen

Der Vergleich der fünf Perspektiven zeigt, dass der unveränderte Fortbestand der EU-Institutionen ein hohes Risiko politischer Agonie birgt. Technologische Modernisierung kann die Produktivität steigern und zugleich strategische Abhängigkeiten verfestigen. Auch die Fähigkeit, politische Entscheidungen schnell durchzusetzen, sagt für sich genommen wenig darüber aus, wie wirksam demokratische Kontrolle bleibt. Besonders deutlich wird die Bedeutung politischer Entscheidungen an den Perspektiven 4 und 5: Beide gehen von einer schweren EU-Krise aus. In Deutschland führen unterschiedliche politische Mehrheiten jedoch zu gegensätzlichen Entwicklungspfaden. Ebenso unterscheiden sich die beiden Erneuerungsperspektiven grundlegend in der Reichweite gemeinsamer europäischer Verpflichtungen, im Verhältnis von Markt und Staat und in der Verteilung individueller und kollektiver Risiken. Über diese Ordnungsfragen muss politisch entschieden werden.

Für Unternehmen und Kapitalgeber stellt sich die Frage, welche Technologien, Fähigkeiten und Kundenbeziehungen sie langfristig selbst kontrollieren wollen. Mit ihren Investitionen können sie eigene Entwicklungsmöglichkeiten aufbauen

oder bestehende Abhängigkeiten vertiefen. Politische Entscheidungsträger müssen europäische Gemeinschaftsaufgaben und nationale Reformverantwortung miteinander verbinden, Zuständigkeiten subsidiär neu ordnen, umsetzbare Prioritäten setzen und die Finanzierung sichern. Behörden sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen Fähigkeiten aufbauen, mit denen neue Lösungen tatsächlich entstehen und wirksam werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen können gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und demokratische Korrektur fördern. Jede dieser Gruppen gestaltet mit ihren heutigen Entscheidungen mit, welche Zukunft möglich wird.

Europa und Deutschland besitzen weiterhin die Mittel, ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Wissenschaftliche Exzellenz, industrielle Erfahrung, unternehmerische Initiative, privates Kapital und die Kraft freier Gesellschaften eröffnen die Möglichkeit eines neuen Aufstiegs. Die fünf Perspektiven zeigen, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, welche Konflikte auszutragen sind und wie unterschiedlich die Folgen heutiger Entscheidungen ausfallen können. Wirtschaftlich-technologische Weltspitze, strategische Handlungsfähigkeit und eine freie, pluralistische Ordnung bleiben ein anspruchsvoller gemeinsamer Maßstab. Die Zeit für Erneuerung ist begrenzt: Verlorene Fähigkeiten und versäumte Investitionen lassen sich später schwerer zurückgewinnen. Wer heute neue Fähigkeiten aufbaut und tragfähige politische Alternativen eröffnet, erweitert Europas Handlungsspielraum im Jahr 2035.

Wie diese Studie auf die Zukunft blickt

Die vorliegende Studie untersucht unterschiedliche mögliche Zukünfte Europas und Deutschlands bis 2035. Ihre Szenarien sind keine Prognosen. Sie machen sichtbar, wie äußere Entwicklungen, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Reaktionen zusammenwirken können – und welche Handlungsmöglichkeiten sich daraus ergeben.

Die Analyse beginnt mit den veränderten Voraussetzungen des bisherigen europäischen Erfolgsmodells. Sie untersucht die Bedingungen wirtschaftlich-technologischer Erneuerung und stellt konkurrierende politische und gesellschaftliche Ordnungsentwürfe gegenüber. Anschließend führt sie die Befunde zu einer Frage zusammen: Welche Veränderungen müssen ineinandergreifen, damit Erneuerung trägt, und wodurch kann sie erneut ins Stocken geraten?

Die Grundlage bilden wissenschaftliche Veröffentlichungen, zwei Delphi-Befragungswellen und ergänzende Expertendialoge. Die Beteiligten vertreten teils gegensätzliche Erwartungen und Vorstellungen von Markt, Staat und Gesellschaft. Ihre Argumente bleiben im Text in ihrer Unterschiedlichkeit erkennbar. Mehrheitsmeinungen über die Zukunft gelten dabei als Erwartungen, deren Voraussetzungen zu prüfen sind. Auch begründete Minderheitenpositionen können wichtige Entwicklungen aufzeigen. Wo Ansätze zusammenwirken können, wird ihr gemeinsames Potenzial sichtbar gemacht. Die ausführlichen Schritte des Forschungsprozesses erläutert der Methodikteil.

Auf dieser Grundlage entwickelte Themis Foresight fünf eigenständige Zukunftsperspektiven. Jede verbindet ein Europa- mit einem Deutschland-Szenario. Beide Ebenen beeinflussen sich gegenseitig und können sich dennoch unterschiedlich entwickeln. Wirtschaftlicher Erfolg einzelner Länder kann mit einer Schwächung Europas einhergehen. Eine neue europäische Ordnung erweitert nationale Möglichkeiten; deren Nutzung hängt von Entscheidungen in den Mitgliedstaaten ab.

Die Szenarien sind aus dem Jahr 2035 heraus erzählt. Beschriebene Krisen, Wahlen, Regierungswechsel und Reformen veranschaulichen mögliche Entwicklungspfade. Ihr tatsächliches Eintreten wird damit nicht vorhergesagt. Ein äußerer Schock kann unterschiedliche politische Antworten auslösen – je nachdem, welche Mehrheiten entstehen und welche Fähigkeiten zur Verfügung stehen. Die fünf Perspektiven bilden weder eine Rangfolge von Eintrittswahrscheinlichkeiten noch sämtliche denkbaren Zukünfte ab.

Der Vergleich hilft, Strategien unter unterschiedlichen Bedingungen zu prüfen: Welche Voraussetzungen benötigen sie? Welche Abhängigkeiten schaffen sie? Wie bleiben Unternehmen, Regierungen und gesellschaftliche Akteure bei unerwarteten Entwicklungen handlungsfähig? Diese Fragen richten den Blick auf die Entscheidungen, mit denen sich Europas und Deutschlands Zukunft bereits heute mitgestalten lässt.

FORSCHUNGSDESIGN

Vom Panel zu fünf Perspektiven

Recherche

Studien, Veröffentlichungen und Zukunftsdebatten führen zu ersten Hypothesen.

Delphi-Welle 1

27 leitfadengestützte Tiefeninterviews, 670 Seiten Transkripte.

Delphi-Welle 2

91 Zukunftsthesen, bewertet und kommentiert von 25 Personen (457 Freitextkommentare).

313 Entwicklungsstränge aus beiden Wellen und den Zusatzformaten

27 Faktoren, zu denen die Stränge verdichtet wurden

10 kritische Faktoren mit hoher Wirkung und hoher Ungewissheit

5 Perspektiven mit zehn Szenarien (je Europa und Deutschland)

PRÜFUNG UND VERTIEFUNG DER SZENARIEN

23.06.2026
Future Lab

08.09.2026
Zivilgesellschaftlicher Dialog mit der Robert Bosch Stiftung, 30 Teilnehmende

08.10.2026
Workshop „Weltordnung 2035" mit der Stiftung Wissenschaft und Politik

02.11.2026
Öffentliche Diskussion bei der DGAP, Berlin

Insgesamt wirkten 47 unterschiedliche externe Expertinnen und Experten mit: 42 in den beiden Wellen, fünf weitere in Future Labs und Expertengesprächen.

Forschungsdesign: Vom Panel zu fünf Perspektiven.

Analyse

Wie sich die Voraussetzungen des europäischen Erfolgsmodells verändern, was wirtschaftliche Erneuerung verlangt, welche Ordnungsentwürfe zwischen Markt, Staat und Gesellschaft konkurrieren und unter welchen Bedingungen Erneuerung in einer demokratisch-pluralistischen Ordnung gelingt.

KAPITEL 1

Ein Modell verliert seine Voraussetzungen

> *Wie möchte man wachsen, wenn man solche Sektoren konserviert?*
>
> EIN ÖKONOM IM EXPERTENINTERVIEW

1.1 Das bisherige Erfolgsmodell trägt nicht mehr

Europas Wohlstand beruhte lange auf einer Arbeitsteilung, von der Deutschland besonders profitierte. Die USA garantierten Sicherheit. Offene Weltmärkte erschlossen europäischen Hochtechnologien wachsende Absatzmärkte in Asien; zugleich bezog Europa von dort preiswerte industrielle Vorprodukte und Massenwaren. Eine verlässliche Energieversorgung trug die Produktion. Unternehmen konnten sich auf ihre wirtschaftlichen Stärken konzentrieren, weil wesentliche politische Voraussetzungen ihres Erfolgs gesichert schienen. Doch in den letzten fünf bis zehn Jahren brach jede Säule, die dieses Erfolgsmodell mittrug, zusammen.

In dieser Grunddiagnose stimmen die für die Studie befragten Experten weitgehend überein: Die USA, China und Russland stellen die Verbindung von Sicherheit, Freihandel und liberaler Ordnung auf unterschiedliche Weise infrage. Handel, Technologie und militärischer Schutz werden als Druckmittel eingesetzt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben ihre Sicherheit und wichtige technologische Fähigkeiten anderen überlassen und müssen nun erfahren, welchen politischen Preis diese Abhängigkeiten haben.[1]

Doch die Anfälligkeit für diesen Druck ist selbst verursacht. Europäische Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften haben Wirtschaftswachstum behindert, technologische Entwicklungen verschlafen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt. Ein Ökonom fragt angesichts des industriellen Bestandsschutzes: „Wie möchte man wachsen, wenn man solche Sektoren konserviert?“[2] Ein Technologieexperte beschreibt den schwachen Transfer von Forschung in erfolgreiche Unternehmen mit einem Bild aus dem Fußball: „In der ersten Halbzeit sind wir ganz gut, aber in der zweiten Halbzeit sind wir schlecht.“[3] Eine weitere Expertin beklagt den Verlust gesellschaftlicher Gesprächsräume: „Diesen politisch guten Streit führen wir jenseits der Parlamente zu

1 Mehrere Experteninterviews, erste Delphi-Welle, 2026. Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.
2 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026. Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.
3 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.

selten.“[4] Wer die Erhaltung des bisherigen Modells zum politischen Ziel erklärt, wird damit zwangsläufig gerade jene Erneuerung verhindern, von der der künftige Wohlstand abhängt.

Die EU und Deutschland brauchen ein neues Modell.

Entgegen dem Pessimismus, der aus jedem Rückstand einen Beweis europäischer Minderwertigkeit macht, sehen wir vielerorts Kräfte der Erneuerung. Eine Interviewpartnerin warnte deutlich vor der Fixierung auf Missstände und eine verklärte Vergangenheitserzählung: „Wir unterschätzen das Potenzial, das in einer Europäischen Union liegt.“[5] Unternehmer, Forscher und engagierte Bürger arbeiten längst an anderen Antworten. Diese Kräfte zu stärken, wird anstrengend, konfliktreich und riskant. Ihnen stehen mächtige Interessen, aber vor allem Gewohnheiten entgegen, die weitere Stagnation, einen Zerfall der EU oder eine weitere Erosion Deutschlands begünstigen. Aber dieser Niedergang ist kein Schicksal, das der EU und Deutschland vorbestimmt ist.

> *Wir unterschätzen das Potenzial, das in einer Europäischen Union liegt.*
>
> EXPERTENINTERVIEW, ERSTE DELPHI-WELLE

AUSGANGSLAGE

Drei Säulen trugen das bisherige Erfolgsmodell



Die drei Säulen des bisherigen Erfolgsmodells.

4 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
5 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

1.2 Andere Machtzentren verändern die Spielregeln

Seit der Obama-Administration richten die USA ihre Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen zunehmend auf das Ziel aus, China wirtschaftlich, technologisch und militärisch nicht an sich vorbeiziehen zu lassen.[6] Dafür setzen sie den Zugang zu ihrem Markt, ihrem Finanzsystem und ihren Technologien ein. Die europäischen Verbündeten sollen sich in diese Strategie einordnen. Wie tief diese Logik reicht, zeigen Ben A. Vagle und Stephen G. Brooks in *Command of Commerce*. Sie untersuchen die unter Joe Biden ausgeweiteten Technologiekontrollen gegen China und die Möglichkeiten Washingtons, auch Verbündete zur Mitwirkung zu bewegen: „Wenn die Verbündeten der USA die amerikanischen Sanktionen nicht freiwillig befolgen wollen, verfügen die USA über Mittel, sie dazu zu zwingen."[7] Die Autoren warnen selbst vor einer umfassenden Abkopplung von China in Friedenszeiten.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Administration von 2025 formuliert den Anspruch auf Gefolgschaft offen. Wirtschaftspartner sollen durch „gelenkte Zusammenarbeit, die an strategische Ausrichtung gebunden ist" wachsen.[8] Wer amerikanischen Schutz braucht, muss bei einem Handelskonflikt mögliche Folgen für seine Sicherheit mitbedenken. Der Export vollständiger amerikanischer KI-Technologiepakete verfolgt eine verwandte Logik: Hardware, Cloud, Modelle und Anwendungen sollen als amerikanisches Gesamtsystem weltweit verbreitet werden. Der entsprechende Erlass nennt die Sicherung amerikanischer technologischer Dominanz ausdrücklich als Ziel.[9] Es geht um die technischen Systeme, in denen andere Volkswirtschaften künftig arbeiten, und um die Macht über deren Verfügbarkeit.

Die Hoffnung, eine demokratische Administration werde das frühere transatlantische Verhältnis wiederherstellen, führt deshalb in die Irre. Ein Interviewpartner bezieht seine Aussage ausdrücklich auch auf einen demokratischen Nachfolger Trumps: „Eine Rückkehr zum Status quo ante wird's nicht geben."[10] Er verweist auf den Generationenwechsel in beiden Parteien und die schwindende Bereitschaft der amerikanischen Bevölkerung, die bisherige internationale Rolle der USA zu tragen. Die EU und Deutschland brauchen eine Strategie, die nicht vom Ausgang der nächsten amerikanischen Wahl abhängt.

China wiederum ist vom Produktionsstandort und Absatzmarkt zum technologischen Konkurrenten geworden. Batterien und Elektrofahrzeuge zeigen, dass chinesische Unternehmen längst auch Technologien und industrielle Maßstäbe setzen.[11] Die eindrucksvollen technologischen Demonstrationen im Bereich der Robotik mögen aus europäischer und deutscher Sicht bisweilen unaufholbar erscheinen.[12] Europas Unternehmen begegnen chinesischen Benchmarks in jenen Branchen, auf denen ihre

6 Congressional Research Service (2012): Pivot to the Pacific? The Obama Administration's "Rebalancing" Toward Asia; US-Verteidigungsministerium: Operationalizing the Rebalance to the Asia-Pacific Region.
7 Vagle, Ben A.; Brooks, Stephen G. (2025): Command of Commerce: America's Enduring Economic Power Advantage over China.
8 The White House (2025): National Security Strategy.
9 The White House (2025): Promoting the Export of the American AI Technology Stack.
10 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
11 Expertenimpulse beim Future Lab, 23. Juni 2026.
12 Park, Ju-min; Chen, Laurie; Baptista, Eduardo (2026): China Robot Makers Seek to Turn Humanoid Hype into Useful Work; International Federation of Robotics (2026): Five Million Robots Now Operate in Factories Globally.

eigenen Stärken beruhen. Die Antwort kann nicht darin bestehen, amerikanische Abhängigkeiten gegen chinesische einzutauschen.

ANDERE MACHTZENTREN

Drei Machtzentren verändern die Spielregeln

USA

Anspruch auf Gefolgschaft

Die USA richten ihre Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen zunehmend darauf aus, China nicht an sich vorbeiziehen zu lassen. Die Nationale Sicherheitsstrategie von 2025 formuliert den Anspruch auf Gefolgschaft offen.

CHINA

Technologischer Konkurrent

China ist vom Produktionsstandort und Absatzmarkt zum technologischen Konkurrenten geworden.

RUSSLAND

Angriff auf die europäische Sicherheitsordnung

Russland bedroht mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Sicherheitsordnung.

Handel, Technologie und militärischer Schutz werden als Druckmittel eingesetzt.

Andere Machtzentren verändern die Spielregeln.

Das Gros der in Europa und Amerika publizierten geopolitischen Analysen leitet aus diesem Machtkampf eine Zukunft ab, in der sich die fragmentierte Welt um einen amerikanischen und einen chinesisch geführten Block ordnet. Wer heutige Dynamiken einfach nur in die Zukunft projiziert, mag mit dieser Annahme recht behalten. In der Kalkulation dieser Analysen fehlt jedoch die Möglichkeit, dass ein starkes Europa diesen Verlauf verändern kann. Die EU verfügt über den größten integrierten Binnenmarkt der Welt, Kapital, eine breite industrielle und wissenschaftliche Basis sowie gesellschaftliche und politische Gestaltungskraft.[13] Europa ist nicht mittellos. Doch nutzt es seine Mittel unzureichend.

Wollen die EU und mit ihr Deutschland eine globale Führungsrolle einnehmen? Politisch, wirtschaftlich, technologisch und durch die Attraktivität einer freien, pluralistischen Gesellschaft? Dann müssen sie aus diesen Grundlagen gemeinsame Macht entwickeln. Die EU und Deutschland besitzen das Potenzial, eigene technologische Entwicklungspfade voranzutreiben, Märkte zu öffnen und die Freiheit politischer Selbstbestimmung auch über ihre Grenzen hinaus abzusichern. Damit eröffnen sie anderen Staaten Partnerschaften jenseits amerikanischer oder chinesischer Gefolgschaft. Ein solches Ambitionsniveau verändert die Wahlmöglichkeiten anderer Staaten.

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist die unmittelbare Probe auf diesen Anspruch. Solange die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht genügend eigene militärische, wirtschaftliche und technologische Macht aufbauen, bleiben sie bei der Gestaltung einer europäischen Friedensordnung von Washington abhängig. Sie können dann Verhandlungen wenig entgegensetzen, die über die Selbstbestimmung der Ukraine

13 Europäische Kommission: The EU in the G20; European Parliamentary Research Service (2024): Deepening the Single Market in the Light of the Letta and Draghi Reports.

hinweggehen. Ein eingefrorener Konflikt, der Russlands imperiale Ansprüche unangetastet lässt, verschafft Russland eine Atempause, die es zur Wiederherstellung seiner militärischen Macht und zur Vorbereitung erneuter Aggression zu nutzen weiß.

Europäische Stärke kann einen anderen Ausgang ermöglichen. Wie ein Experte anmerkte: „Ein durch Europa ‚finanzierter' Sieg der Ukraine gegen Russland hat das Potential – gerade in den Augen des ‚globalen Südens' – Europa als Entität auch in der Machtpolitik zu etablieren."[14] Europa würde damit zeigen, dass es die politische Unabhängigkeit eines angegriffenen Landes auch gegen den Willen einer imperialen Macht verteidigen kann.

Für eine Expertin reicht eine vorübergehende Eindämmung Russlands nicht aus: „Es braucht [in Russland] eine viel tiefere gesellschaftliche Auseinandersetzung damit, warum ein Krieg wie der gegenwärtige geschehen konnte und warum die Gesellschaft ihn zugelassen hat."[15] Sie zieht ausdrücklich den Vergleich zur deutschen Aufarbeitung nach dem Zweiten Weltkrieg und stimmt der These zu: „Eine vernichtende Niederlage Russlands [in der Ukraine] wäre ein guter Impuls."[16] Ohne eine solche gesellschaftliche Neuorientierung warnt sie vor der schnellen Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen.

Ein solches Auftreten der EU verlangt massive Anstrengungen: eigene Sicherheitsfähigkeit in kürzester Zeit, wirtschaftliche und technologische Stärke und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Mittel dafür müssen mobilisiert, die politischen Entscheidungen getroffen werden. Was die EU daran hindert, sind die inneren Blockaden der EU selbst.

1.3 Der äußere Druck trifft auf innere Blockaden

Politisch werden Zuständigkeiten verteidigt, statt Probleme gelöst. Eine Interviewpartnerin beschreibt präzise die Entropie der Verwaltung: Ihre Strukturen entziehen selbst engagierten Reformern die Energie. „Die Struktur schlägt die Kultur", lautet ihr Befund.[17] Sie richtet den Blick auf Anreizsysteme: Was wird belohnt, was sanktioniert? Wer eigenständige Entscheidungen riskanter macht als das Befolgen überholter Verfahren, erzieht auch kompetente Menschen zur Vorsicht. Dafür müssen sich die Entscheidungs- und Karrierebedingungen ändern.

Industriell wird zu viel am bisherigen Erfolg festgehalten. Unternehmen optimieren bestehende Produkte, scheuen neue Geschäftsfelder und wehren Herausforderer ab. Ein Interviewpartner spricht von der „Dominanz des alten Erfolgsmodells, das den Blick vernebelt und schläfrig macht".[18] Er nimmt ausdrücklich auch Mittelstand und Konzernkulturen in die Verantwortung. Die unternehmerische Pflicht zur Erneuerung lässt sich nicht an den Staat delegieren.

Gesellschaftlich wird eine Welt von gestern zum Zukunftsversprechen verklärt. Wohlstand, Sicherheit und vertraute Lebensweisen sollen zurückkehren, möglichst ohne Veränderungen der eigenen Ansprüche. Eine Expertin kritisiert Parteien, die

14 Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.
15 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
16 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
17 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
18 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

einem längst überholten Bild ihrer Stammwähler folgen.[19] Wer politische Erwartungen aus einer nostalgischen Vergangenheit ableitet, übersieht Menschen, die nach neuen Wegen suchen. Gesellschaftliche Beteiligung kann den Umbau vorantreiben, statt nur Besitzstände zu verteidigen.

1.4 EU und Deutschland haben unterschiedliche Organisationsprobleme

Die EU muss nationale Interessen in gemeinsame Entscheidungen und Fähigkeiten übersetzen. Ihre institutionelle Ordnung erlaubt jedoch, gerade zentrale außen- und sicherheitspolitische Vorhaben durch ein einzelnes Veto aufzuhalten.[20] Dadurch wird die EU erpressbar. Wer seine Zustimmung von Zugeständnissen auf einem ganz anderen Gebiet abhängig macht, kann mit der Blockade gemeinsamer Interessen nationale Vorteile erzwingen.[21]

ORGANISATIONSPROBLEME

Zwei Aufgaben, zwei Ebenen

EU

Nationale Interessen in gemeinsame Entscheidungen übersetzen

Die institutionelle Ordnung erlaubt, zentrale außen- und sicherheitspolitische Vorhaben durch ein einzelnes Veto aufzuhalten. Dadurch wird die EU erpressbar.

DEUTSCHLAND UND DIE ANDEREN NATIONALSTAATEN

Eigene Strukturen erneuern

Sie müssen ihre wirtschaftlichen, politischen und administrativen Strukturen erneuern.

Die EU und Deutschland haben unterschiedliche Organisationsprobleme.

Ungarn unter Viktor Orbán hat diesen Mechanismus über Jahre genutzt. Herfried Münkler bezeichnet diese Möglichkeit als „das Privileg, in der EU gegen die EU zu sein“.[22] Man beansprucht die Vorteile der Mitgliedschaft und untergräbt zugleich die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Wird dieses Verhalten belohnt, verkommt die EU zum utilitaristischen Selbstbedienungsladen. Wo Einstimmigkeit verlangt wird, können einzelne Regierungen ihre Zustimmung von finanziellen Zugeständnissen abhängig machen.[23] Mittel, die dafür eingesetzt werden, fehlen für Investitionen, Innovationen und andere gemeinsame Prioritäten. Gerade bei den Bürgern der Nettozahlerstaaten erzeugt dies Unmut. Sie tragen die politischen und wirtschaftlichen Folgen solcher Blockaden, ohne die Regierung, die sie verursacht, abwählen zu können. Von ihren eigenen Regierungen erwarten sie, für eine Änderung der europäischen Regeln zu kämpfen, statt sich hinter ihnen zu verstecken.

19 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
20 Rat der Europäischen Union: Unanimity.
21 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
22 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
23 Europäisches Parlament (2024): Entschließung P9_TA(2024)0053 zur Lage in Ungarn.

Die vorhandenen Sanktionsinstrumente haben diese Erpressbarkeit nicht beseitigt. Selbst die Feststellung einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung europäischer Grundwerte nach Artikel 7 EUV verlangt die Einstimmigkeit der übrigen Mitgliedstaaten, bevor Stimmrechte ausgesetzt werden können.[24] Eine Regierung kann dadurch auf den Schutz einer anderen setzen. Die institutionellen Regeln erschweren also gerade jene politische Verständigung, deren Fehlen der EU anschließend vorgeworfen wird. Das verlangt eine grundlegende Reform. Gemeinsame Handlungsfähigkeit darf nicht davon abhängen, dass jeder Mitgliedstaat seine Zustimmung immer wieder neu verkauft.

Ein mögliches Modell ist eine EU mit abgestuften Mitgliedschaften: unterschiedliche Rechte und Pflichten, ein handlungsfähiges Zentrum und weitere Formen verbindlicher Zugehörigkeit. Diese Abstufung muss mit Mehrheitsentscheidungen im integrationsbereiten Zentrum verbunden sein.[25] Wer weniger gemeinsame Verantwortung übernehmen will, kann jedoch auch nicht länger jede gemeinsame Entscheidung blockieren. Welche Ordnung daraus entstehen kann, wird im dritten Kapitel untersucht.

Deutschland und die anderen Nationalstaaten haben eine eigene Aufgabe. Sie müssen ihre wirtschaftlichen, politischen und administrativen Strukturen erneuern. Regierungen können Investitionsbedingungen verbessern, unternehmerische Risiken ermöglichen und Verwaltungen so organisieren, dass Beschlüsse umgesetzt werden. Sie müssen dafür nicht auf eine fertige europäische Neuordnung warten. Eine reformierte EU braucht leistungsfähige Mitgliedstaaten; ein Deutschland mit überalterten Geschäftsmodellen und handlungsunfähiger Verwaltung würde auch ihre neuen Möglichkeiten ungenutzt lassen.

1.5 Zeit wird zur strategischen Ressource

Neue wirtschaftliche Stärke entsteht aus dem Zusammenwirken erfahrener Unternehmer, Kapitalgeber, erster Kunden und erfolgreicher Unternehmen. Dazu gehört eine Scale-up-Finanzierung, die große Kapitalmengen für die Skalierung neuer Technologien verfügbar macht. Forschung braucht Wege in den Markt; aus ersten Anwendungen müssen Unternehmen wachsen können, die international bestehen. Dafür sind technische Infrastruktur, unternehmerische Erfahrung und langfristig verfügbares Eigenkapital aufzubauen.

Bei der Wachstumsfinanzierung drängt ein Experte darauf, bekannte Aufgaben endlich anzugehen: „Das ist ein Umsetzungsthema.“[26] Er nennt unter anderem bessere Voraussetzungen für Investitionen von Versicherungen, Pensionsfonds und Stiftungen in Wagniskapital. Konkrete Vorschläge liegen seit Langem vor; sie werden aber nicht mit ausreichender Priorität umgesetzt. Gesetze zu ändern, Investitionen freizugeben, Unternehmen zu gründen und erste Aufträge zu vergeben verlangt Entscheidungen heute. Man muss nicht auf das fertige Ökosystem warten, um damit anzufangen.

24 Art. 7 Abs. 2–3 EUV; Art. 354 AEUV.
25 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
26 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

Schnelle Veränderungen sind möglich. Ein Experte berichtete in einem Future Lab zu dieser Studie, wie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) ein Transferprozess für Erfindungen von 18 auf drei Monate verkürzt wurde. Seine Erklärung: „Das sind alles menschengemachte Regeln."[27] Der lange Aufbau wirtschaftlicher Stärke beginnt mit solchen Eingriffen. Neue Unternehmen und Infrastrukturen müssen jetzt entstehen, damit sie bestehende Industrien erneuern oder ersetzen können. Ihr Aufbau darf nicht von der Zustimmung jener abhängig werden, deren Geschäftsmodelle sie herausfordern.

Menschen werden nicht ewig warten. Gründer, Forscher und Kapitalgeber suchen Orte, an denen sie ihre Vorhaben verwirklichen können. Wer sie heute verliert, verliert auch die Unternehmen, Erfahrungen und Investitionen, die morgen aus ihrer Arbeit hervorgehen könnten. Nichtentscheiden bewahrt keinen neutralen Zustand, sondern bindet Kapital im Alten und verteuert neue Möglichkeiten.[28]

Wer heute Entscheidungen verweigert, nimmt in Kauf, dass die in der EU und in Deutschland in den Erfolgsjahrzehnten von 1990 bis 2010 aufgebaute wirtschaftliche Substanz ausblutet und atrophiert. Noch besitzen wir die Mittel für einen neuen Aufstieg. Bleiben diese Mittel im überholten Modell gebunden, droht aus einem aufholbaren wirtschaftlichen Rückstand ein unwiederbringlicher Verlust von Fähigkeiten zu werden. Der Verfall beginnt nicht erst mit der letzten Werksschließung. Er beginnt damit, dass die nächste Generation von Unternehmen nicht entsteht.

27 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.
28 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

KAPITEL 2

Eigene Weltspitze aufbauen – oder technologisch und wirtschaftlich verarmen

> *Der Abstieg beginnt millimeterweise, inkrementell über lange Jahre und dann exponentiell.*
>
> EIN INTERVIEWPARTNER

2.1 Spitzenforschung statt dauerhaftem technologischen Nachlauf

Die EU und Deutschland werden nicht wieder zur wirtschaftlichen Weltspitze aufschließen, wenn sie vor allem die Produkte verbessern, mit denen sie gestern erfolgreich waren. Ein Experte beschreibt die Wachstumsfalle so: „Wenn man eine Wirtschaft hat, die sich im Wesentlichen auf den Midtech-Bereich konzentriert, dann kann man kein großes Wachstum erwarten." Gemeint sind technologisch anspruchsvolle, aber reife Industrien, deren Märkte langsamer wachsen als neue Hochtechnologiefelder. Mehr Forschungsausgaben lösen dieses Problem nicht. Es kommt darauf an, wohin sie fließen.[29]

Ein weiterer Experte präzisiert: „Wir investieren in Bereiche, von denen keine großen Sprünge mehr zu erwarten sind." Er verweist auf die Konzentration industrieller Forschung auf das Automobilgeschäft und auf Konkurrenten, die dessen Technologien inzwischen ebenfalls beherrschen. Wer seine besten Ingenieure, sein Kapital und seine politische Aufmerksamkeit an die Fortschreibung bestehender Produkte bindet, verstärkt diese Spezialisierung. Währenddessen entstehen die Unternehmen, die neue Märkte erschließen, andernorts.[30]

Die EU und Deutschland müssen deshalb in einer Reihe von Feldern selbst die technologische Entwicklung bestimmen. So entwickelten mehrere Interviewpartner sehr konkrete Vorstellungen: Quantencomputing, Biotechnologie, Fusion und Raumfahrt sind Felder, in denen Verfahren, Produkte und Märkte erst geschaffen werden. In den Bereichen der Photonik, Satellitentechnik und Fusion hat Europa beste wissenschaftliche

29 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.
30 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.

und ingenieurtechnische Voraussetzungen für die Schaffung neuer Technologien und Unternehmen.[31]

Eine weitere verbreitete Sorge gilt dem hohen Energiebedarf heutiger KI-Systeme.[32] Doch die gegenwärtigen Rechenarchitekturen müssen nicht den Stromverbrauch der Zukunft bestimmen. Ein Interviewpartner verweist auf neue Rechenwege, mit denen sich KI bei deutlich geringerem Energiebedarf betreiben ließe.[33]

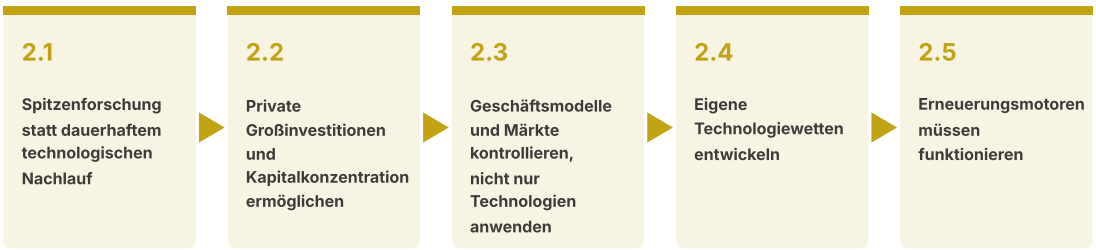
Ein konkretes Beispiel ist Q.ANT. Das Unternehmen entwickelt photonische Prozessoren, mit denen es für ausgewählte Matrixoperationen eine bis zu 30-fach höhere Energieeffizienz erreichen will als herkömmliche Schaltkreise.[34] Das Leibniz-Rechenzentrum erprobt die Technik im praktischen Betrieb und berichtet über erhebliche Fortschritte der zweiten gegenüber der ersten Prozessorgeneration.[35] Die wirtschaftliche Chance liegt darin, einen anderen Rechenweg zu eröffnen, anstatt allein den Vorsprung bestehender Chiphersteller nachzubauen. Sinken dadurch Energieverbrauch und Kosten, hat das wirtschaftliche Folgen. Zugleich entfällt ein wesentlicher Grund für die gesellschaftliche Kritik an KI.

Doch auch in einigen etablierten Industrien können solche Sprünge hervorgebracht werden. Ein Interviewpartner sieht etwa in industrieller KI und den bislang ungenutzten Daten europäischer Fabriken großes Potenzial.[36] Diese Möglichkeit widerlegt die Diagnose der reifen Industriestruktur nicht. Sie verlangt von den Unternehmen gerade, ihre bisherige Spezialisierung zu überschreiten. Eine bessere Maschine im bisherigen Markt genügt dafür ebenso wenig wie ein Forschungsprojekt ohne unternehmerische Konsequenz.

Die Bewährungsprobe beginnt nach dem wissenschaftlichen Durchbruch. Wer macht daraus ein Produkt, gewinnt erste Kunden und baut ein weltweit erfolgreiches

KAPITEL 2 IM ÜBERBLICK

Fünf Bausteine einer eigenen Weltspitze



2.6 Die Gefahr ist eine fortschreitende wirtschaftlich-technologische Pauperisierung.

Kapitel 2 im Überblick: Fünf Bausteine einer eigenen Weltspitze.

31 Mehrere Experteninterviews, erste Delphi-Welle, 2026.
32 Internationale Energieagentur (2026): Key Questions on Energy and AI.
33 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
34 Q.ANT (2026): Q.ANT Runs Generative AI on Photonic Hardware.
35 Leibniz-Rechenzentrum (2026): Höhere Leistung, weniger Energie: Zweite Generation photonischer Prozessoren am LRZ.
36 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

Unternehmen auf? Ein Interviewpartner betont bereits funktionierende deutsche Transferstrukturen: „Du brauchst ein professionelles Team und du brauchst diese Langfristigkeit.“[37] Forschung, unternehmerische Erfahrung und Finanzierung müssen über die ersten Entwicklungsphasen hinaus zusammenwirken. Wir haben in Europa keinen Mangel an Ideen und Gründern. Was wir brauchen, sind Unternehmen, die daraus Märkte machen. Bleibt die wirtschaftliche Umsetzung anderen überlassen, finanziert europäische Spitzenforschung am Ende deren technologische Führerschaft.

2.2 Private Großinvestitionen und Kapitalkonzentration ermöglichen

Deep Tech braucht Kapital in einer Größenordnung, die weit über eine Anschubfinanzierung hinausgeht. Zwischen einer wissenschaftlichen Entdeckung und einem international wettbewerbsfähigen Unternehmen liegen Versuchsanlagen, Produktionskapazitäten, qualifizierte Teams und die Erschließung neuer Märkte. Dafür müssen Investoren große Beträge einsetzen können, lange bevor verlässliche Erträge entstehen. Finanzierungen, die nur bis zum nächsten Prototyp reichen, aber nicht bis zur industriellen Skalierung, lassen die entscheidende Lücke offen.[38]

Dafür muss private Kapitalbildung gestärkt werden. Ein Experte nennt als Engpass „das Fehlen großer Pensionskassen, die in Risikokapital investieren.“ Seine Kritik richtet sich gegen die Erwartung, allein eine europäische Kapitalmarktunion werde das fehlende Eigenkapital hervorbringen. Steuerliche Anreize und kapitalgedeckte Vorsorge müssen zunächst im eigenen Land dafür sorgen, dass langfristig investierbares Kapital entsteht.[39] Ein anderer Interviewpartner zieht daraus eine präzise Aufgabenteilung: „Zur Kapitalbildung [braucht es] nationale Gesetzgebung, zur effizienten Nutzung des Kapitals ein europaweites Spielfeld.“[40]

> *Zur Kapitalbildung [braucht es] nationale Gesetzgebung, zur effizienten Nutzung des Kapitals ein europaweites Spielfeld.*
>
> EXPERTENINTERVIEW, ERSTE DELPHI-WELLE

Die EU muss dieses Kapital über nationale Grenzen hinweg lenken können. Unterschiedliche Marktbedingungen, Verfahren und Auslegungen dürfen nicht bei jedem Wachstumsschritt einen Neustart erzwingen. Eine Expertin beschreibt, wie selbst öffentliche Kunden dieselbe digitale Lösung unterschiedlich prüfen und Start-ups dadurch immer neue Kosten aufbürden.[41] Wer einen europäischen Kapitalmarkt will, muss auch einen europäischen Markt schaffen, in dem finanzierte Unternehmen wachsen können. Investoren brauchen Wachstumsmöglichkeiten, aus denen Erträge entstehen können.

Große Finanzierungsrunden setzen voraus, dass Kapital gebündelt wird und Investoren erhebliche Risiken tragen können. Europäische Unternehmen brauchen Eigentümer, die

37 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
38 Expertenimpulse beim Future Lab, 23. Juni 2026.
39 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
40 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
41 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

neue Entwicklungspfade finanzieren, statt nach der ersten erfolgreichen Erprobung den Verkauf an einen ausländischen Konzern zum einzig realistischen Wachstumsschritt zu machen. Ausländisches Kapital ist dabei nicht das Problem. Problematisch ist, wenn es für die entscheidende Wachstumsphase keine europäische Alternative gibt und mit der Finanzierung dauerhaft auch Kontrolle und Entwicklungsmöglichkeiten verloren gehen.

Private Investoren übernehmen unternehmerische Risiken, nicht die Aufgabe, jeden aussichtsreichen Forschungsansatz um jeden Preis zu erhalten. Der Staat kann Forschungsinfrastruktur, verlässliche Regeln und erste Nachfrage schaffen. Ein Experte nennt den öffentlichen Auftraggeber als wichtigen Ankerkunden; zugleich kritisiert er Unternehmen, die ein neues Produkt erst kaufen wollen, wenn es bereits fertig entwickelt und skalierbar ist.[42] Ohne Kunden bleiben auch große Fonds erfolglos.

Für diesen Aufbruch ist Größe notwendig, nicht ein dauerhafter Schutz vor Konkurrenz. Europa braucht Unternehmen, die groß werden können, weil sie neue Märkte schaffen, und neue Wettbewerber, die diese Märkte später wieder streitig machen dürfen. Die Frage nach Kapitalbildung führt deshalb unmittelbar zur Frage, wem die entstehende Wertschöpfung gehört und wer über ihre weitere Entwicklung entscheidet.

2.3 Geschäftsmodelle und Märkte kontrollieren, nicht nur Technologien anwenden

Ein deutsches Unternehmen kann produktiver werden und zugleich wirtschaftliche Macht verlieren. Amerikanische KI- und Cloudplattformen oder chinesische Robotik können seine Kosten senken und seine Produktion verbessern. Doch folgt daraus keine eigene technologische Stärke. Im Gegenteil: Wer die entscheidenden Systeme, ihre Weiterentwicklung und den Zugang zu Kunden anderen überlässt, gibt einen wachsenden Teil seiner unternehmerischen Möglichkeiten aus der Hand.

Das lässt sich am Beispiel eines Maschinenbauers verdeutlichen. Er stattet seine Anlagen mit fremden KI-Modellen aus, verbindet sie mit einer Cloudplattform und verkauft seinen Kunden bessere Wartung und weniger Ausfälle. Kurzfristig steigt sein Ertrag. Kontrolliert der Plattformanbieter jedoch die Auswertung der Betriebsdaten, die Software und die Kundenschnittstelle, sammelt vor allem dieser das Wissen für die nächste Produktgeneration. Der Maschinenbauer liefert weiter gute Hardware, während das Geschäft mit deren intelligenter Nutzung zunehmend ein anderer bestimmt.

Ein Interviewpartner erklärt am Beispiel Nvidia, weshalb die Kontrolle über ein technisches Gesamtsystem so bedeutend ist: „Die haben das Gesamtpaket, also das ganze Ökosystem gedacht." Er hebt die Verbindung von Prozessoren und Software hervor.[43] Der Erfolg beruht damit nicht allein auf einem leistungsfähigen Bauteil. Er beruht vor allem darauf, dass Entwickler, Anwendungen und Kunden innerhalb seiner Architektur arbeiten, die der Anbieter weiterentwickelt. Unternehmen in der EU müssen vergleichbare Positionen aufbauen: eigene Produkte, eigene Lernprozesse und Geschäftsbeziehungen, die nicht jederzeit von einem fremden Systembetreiber neu geordnet werden können.

42 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.
43 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

Eine Expertin beschreibt Souveränität deshalb als „kluges Managen von Abhängigkeiten und Sichern von Alternativen“.[44] Dafür braucht es eigene technische Kompetenz und Lösungen, zwischen denen tatsächlich gewechselt werden kann. Wer die entscheidenden Funktionen nicht versteht, wird auch seine Verträge und Partnerschaften nicht strategisch steuern. Europäische Stärke entsteht dort, wo andere unsere Technologien benötigen und eine Zusammenarbeit mit uns suchen. Eine Wirtschaft, die fremde Systeme nur effizient anwendet, hat diesen Hebel nicht.

Zur wirtschaftlichen Bewährung gehört mehr als die Kontrolle über ein Produkt. Eine weitere Expertin erinnert an die Voraussetzungen: digitalisierte Prozesse sowie verfügbare und aufbereitete Daten.[45] Bei selbstständig handelnden KI-Agenten kommen Eingriffsmöglichkeiten, Schutz vor Manipulation und nachvollziehbare Verantwortlichkeiten hinzu.[46]

Sorgen über die Sicherheit heutiger KI-Systeme, auch der großen amerikanischen Anbieter, sind ernst zu nehmen. Diese Risiken sprechen für einen stärkeren Wettbewerb um sichere und zuverlässige Technologien. Europa muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Anbieter mit sichereren und zuverlässigeren Systemen gegen die etablierten Marktführer antreten und ihnen Kunden abnehmen können. Gesellschaftliche Akzeptanz entsteht vor allem dort, wo Unternehmen sichere, leistungsfähige und bezahlbare Technologien anbieten, die Menschen und Unternehmen tatsächlich nutzen wollen.

2.4 Eigene Technologiewetten entwickeln

An der Energiefrage zeigt sich, was ein eigenständiger europäischer Entwicklungsanspruch bedeuten würde. Die USA setzen unter dem Motto „Drill, baby, drill“ auf die Erschließung vorhandener fossiler Energieressourcen und amerikanische Technologieführerschaft.[47] China wiederum baut den Elektrostaat: Elektrifizierung, Batterien, elektrische Mobilität und industrielle Skalierung sollen seine wirtschaftliche Stärke vergrößern.[48]

Die EU und Deutschland haben bislang keine vergleichbare eigene Energiewette formuliert. Doch solange sie nur zwischen importierten Energieträgern und fremden Technologien wählen, bleiben sie auf beiden Wegen abhängig und unfähig, europäischen Unternehmen einen Strompreis zu bieten, der neue industrielle Stärke aufbauen kann. Energie ist die Lebensader jeder Industrie. Ihre Kosten bestimmen darüber, an welchem Standort die Ansiedlung von Industrie vorteilhaft ist.

Eine europäische Energiewette könnte beispielsweise mit der Zielvorgabe beginnen: Bis 2035 soll der Strompreis auf 9 Cent pro Kilowattstunde sinken, bis 2045 auf 2 Cent. Das verlangt Forschung, unternehmerische Wetten und einen Wettbewerb um Lösungen, die heute noch nicht in der erforderlichen Leistung und Größenordnung verfügbar sind.

44 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
45 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
46 National Institute of Standards and Technology: AI Risk Management Framework FAQs.
47 The White House (2025): Unleashing American Energy.
48 Internationale Energieagentur (2026): Electricity 2026.

Verlässliche, grundlastfähige Versorgung muss Teil dieses Ziels sein. Der Fortschritt muss an diesem Ergebnis gemessen werden, nicht an der Zahl beschlossener Programme.

Kennedys Mondlandungsrede liefert dafür die Blaupause: Ein politisch gesetztes Ziel bündelt wissenschaftliche Fähigkeiten, Kapital und unternehmerischen Ehrgeiz über die Grenzen des bereits Bewährten hinaus.[49] Europa würde sich nicht länger vor allem darüber verständigen, welche vorhandene Technologie welchen Bonus oder Malus erhält. Es würde Forschung und Wettbewerb darauf ausrichten, wie ein bisher unerreichtes Leistungsziel verwirklicht werden kann. Welche Lösung sich durchsetzt, muss offenbleiben.

Der Forschungsraum reicht von Kernfusion und Geothermie über neue Speicher und Netze bis zur weltraumbasierten Solarenergie.[50] Auch fortgeschrittene nukleare Brennstoffkreisläufe einschließlich Transmutation gehören dazu.[51] Regierungen müssen die Beschränkungen abbauen, die Entwicklung und Skalierung solcher Technologien behindern.

Eine erfolgreiche europäische Energiewette würde deshalb mehr leisten als die Senkung einer Kostenposition. Sie würde Technologien hervorbringen, die weltweit nachgefragt werden, und Unternehmen, die deren Märkte prägen. Die EU und Deutschland könnten anderen Ländern einen Entwicklungspfad anbieten, statt zwischen amerikanischen und chinesischen Systemen wählen zu müssen. Sie würde europäischen Unternehmen einen technologischen Vorsprung über mehrere Jahrzehnte ermöglichen. Das Ziel lautet also nicht nur, unsere Industrie auf Dauer gegen höhere Energiepreise abzuschirmen. Es lautet, den technologischen Vorsprung zu schaffen, mit dem diese Preise fallen.

2.5 Erneuerungsmotoren müssen funktionieren

Dieser Aufbruch braucht zwei Wege wirtschaftlicher Erneuerung. Der frühere Intel-CEO Andy Grove, der den Übergang des Unternehmens vom Speicherchip- zum Prozessorhersteller maßgeblich vorantrieb, beschrieb in seinem Buch „Only the Paranoid Survive“, dass etablierte Unternehmen strategische Wendepunkte erkennen und bereit sein müssen, ihr bisheriges Geschäft selbst infrage zu stellen.[52] Sie besitzen Kapital, Fachwissen und Kundenbeziehungen. Daraus müssen neue Produkte und Geschäftsfelder entstehen, auch wenn diese die bisherigen Ertragsquellen angreifen. Ein Management, das nur die Rendite des heutigen Geschäfts absichert, wird den nächsten Entwicklungssprung nicht hervorbringen.

Joseph Schumpeters schöpferische Zerstörung beschreibt den zweiten Weg: Neue Unternehmen setzen Technologien und Geschäftsmodelle durch, die bestehende verdrängen.[53] Wenn ein etablierter Anbieter den nächsten Markt nicht erschließt, muss ein Herausforderer die Chance dazu erhalten. Das betrifft den Zugang zu Kapital ebenso wie erste Aufträge, Fachkräfte und Infrastruktur. Eine Wirtschaftsordnung, die

49 Kennedy, John F. (1962): Rede an der Rice University, 12. September.
50 Europäische Weltraumorganisation (2024): ESA Accelerates the Race Towards Clean Energy from Space.
51 US Department of Energy: Nuclear Fuel Cycle.
52 Grove, Andrew S. (1996): Only the Paranoid Survive; Intel (2016): Andrew S. Grove 1936–2016.
53 Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy.

den Bestandsunternehmen ihre Erträge garantiert und neue Konkurrenten an diesen Zugängen scheitern lässt, blockiert beide Erneuerungsmotoren.

ERNEUERUNGSMOTOREN

Zwei Wege wirtschaftlicher Erneuerung

WEG 1

Etablierte Unternehmen erneuern sich selbst

Sie müssen strategische Wendepunkte erkennen und bereit sein, ihr bisheriges Geschäft selbst infrage zu stellen. Daraus müssen neue Produkte und Geschäftsfelder entstehen.

WEG 2

Neue Unternehmen verdrängen bestehende

Neue Unternehmen setzen Technologien und Geschäftsmodelle durch, die bestehende verdrängen. Herausforderer brauchen Zugang zu Kapital, ersten Aufträgen, Fachkräften und Infrastruktur.

Wer Bestandsunternehmen ihre Erträge garantiert und neue Konkurrenten scheitern lässt, blockiert beide Erneuerungsmotoren.

Zwei Wege wirtschaftlicher Erneuerung.

Wie weit die Bereitschaft zur Veränderung reichen muss, zeigt die Kontroverse über Marktmacht. Ein Experte begründet mit Netzwerkeffekten und zunehmenden Skalenerträgen, weshalb die Vorstellung einer Wirtschaft aus vielen gleich starken Anbietern nicht mehr trägt: „Wir müssen mit Oligopolen leben.“[54] Hohe Gewinne und selbst eine zeitweilige Monopolstellung können die Belohnung für eine riskante Innovation sein. Der Wunsch, mit einer neuen Technologie einen Markt zu erobern, ist kein Mangel an Unternehmergeist. Er ist sein Ausdruck.

Die Grenze wird überschritten, wenn aus dem Vorsprung eine gegen neue Konkurrenz abgesicherte Rentenposition wird. Damit stellt sich auch die Frage: Belohnt die Wirtschaftsordnung diejenigen, die neue Unsicherheit übernehmen? Oder diejenigen, die sich gegen Veränderung abschirmen? Auch ein heute innovatives Unternehmen kann morgen seine Macht vor allem zur Verteidigung des Erreichten einsetzen. Große europäische Technologieunternehmen aufzubauen und sie anschließend vor jedem neuen Wettbewerber zu schützen, würde denselben Fehler wiederholen.

Die Forschung zu „Kill Zones“ beschreibt, wie früh eine solche Blockade einsetzen kann. Erwarten Entwickler und Kunden die baldige Übernahme eines neuen Plattformanbieters durch einen Monopolisten, lohnt sich der Wechsel zu dessen eigenständigem Angebot weniger; damit sinken dessen Wert und der Anreiz, seinen Markteintritt zu finanzieren. Der potenzielle Herausforderer wird dann klein gehalten oder gar nicht erst aufgebaut.[55]

Die wirtschaftspolitische Aufgabe ist damit klar: Hindernisse für unternehmerische Wetten beseitigen, nicht Unternehmen vor dem Ausgang dieser Wetten schützen. Bestehende Firmen müssen sich erneuern können. Neue müssen sie verdrängen dürfen. Werden beide Wege versperrt, bleibt das Kapital im Alten gebunden, während das nächste Wirtschaftswachstum anderswo entsteht.

54 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
55 Kamepalli, Sai Krishna; Rajan, Raghuram G.; Zingales, Luigi (2020): Kill Zone.

Doch auch funktionierende Erneuerungsmotoren garantieren noch keine breite und dauerhafte gesamtwirtschaftliche Produktivitätsdynamik. Robert J. Gordon zeigt in seinem Buch *The Rise and Fall of American Growth* für die USA, dass die Arbeitsproduktivität zwischen 1920 und 1970 wesentlich schneller stieg als in den folgenden Jahrzehnten. Er erklärt diesen Unterschied vor allem mit der tiefgreifenden Wirkung früherer Umbrüche wie Elektrifizierung und Motorisierung. Computer und Internet bewirkten zwar eine zeitweilige Beschleunigung, aber in seiner historischen Bilanz keine vergleichbar lang anhaltende Produktivitätswelle.[56] Für unsere Betrachtung der Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Produktivität in den kommenden Jahrzehnten folgt daraus eine offene Frage: Bleiben die Gewinne auf einzelne Tätigkeiten, Unternehmen und Branchen konzentriert, oder erhöht KI die reale Wertschöpfung je Arbeitsstunde in weiten Teilen der Wirtschaft über mehrere Jahrzehnte? Auch ein einmaliger Effizienzsprung wäre wertvoll, würde aber noch kein dauerhaft höheres Produktivitätswachstum begründen.

2.6 Die Gefahr ist eine fortschreitende wirtschaftlich-technologische Pauperisierung

Gelingt der Aufbau neuer technologischer und unternehmerischer Stärke nicht, droht mehr als ein langsameres Wachstum. Ein Interviewpartner warnt: „Der Abstieg beginnt millimeterweise, inkrementell über lange Jahre und dann exponentiell.“[57] Zunächst wandert ein Teil der Wertschöpfung zu den Anbietern fremder Technologiesysteme. Europäische Unternehmen behalten ihre Produktion, zahlen aber mehr für die Funktionen, auf denen ihre Wettbewerbsfähigkeit beruht. Schwächere Erträge verringern ihre Möglichkeiten, selbst in neue Technologien zu investieren. Werden Entwicklungsabteilungen geschlossen und Aufträge abgebaut, verlieren auch spezialisierte Zulieferer ihre Grundlage. Fachkräfte wechseln den Standort oder das Berufsfeld. Mit jeder verlorenen Fähigkeit wird die nächste Investition schwieriger. Aus Abhängigkeit entsteht weitere Abhängigkeit.

Dieser Entwicklungspfad lässt sich nicht allein an der Zahl produzierter Maschinen oder Fahrzeuge ablesen. Eine Fabrik kann weiterlaufen, während die Entscheidungen über ihre technische Zukunft bereits andernorts fallen. Dann gehen die aktuellen Gewinne verloren und mit ihnen die Lernprozesse, aus denen neue Produkte entstehen. Der Verfall erfasst das Wissen und die Beziehungen zwischen Unternehmen, Forschung und Fachkräften. Deutschland verliert industrielle Substanz; der EU fehlt schließlich die wirtschaftliche Machtbasis für ihren internationalen Gestaltungsanspruch.

Spitzenforschung, privates Kapital und unternehmerischer Wettbewerb müssen neue Technologien, Unternehmen und Märkte hervorbringen. Die Alternative zur Erneuerung ist nicht die Fortsetzung unseres Wohlstandsmodells, sondern dessen fortschreitende Aufzehrung.

56 Gordon, Robert J. (2016): The Rise and Fall of American Growth; Gordon (2016): Perspectives on The Rise and Fall of American Growth; Gordon (2015): Slower U.S. Growth in the Long- and Medium-Run.

57 Expertenimpuls beim Future Lab, 23. Juni 2026.

KAPITEL 3

Bewahren, reformieren oder radikal erneuern – die konkurrierenden Ordnungsentwürfe

> *Wir sagen nicht, der Markt wird es schon regeln, sondern wir sagen, wir wollen etwas, wir nehmen Geld in die Hand, wir steuern.*
>
> EIN EXPERTE ZUM STAATSMODELL

Dass technologische Entwicklung und Wirtschaftswachstum Voraussetzungen einer prosperierenden Gesellschaft sind, ist wenig strittig. Strittig ist der Weg dorthin – und die Ordnung, die ihn ermöglichen soll. Hier unterscheiden sich die Expertinnen und Experten unseres Panels nicht nur darin, welche Reformen sie für dringend halten. Sie streiten auch darüber, wer künftig entscheiden soll, welche Institutionen erhalten bleiben müssen und welche der Erneuerung im Weg stehen. Was die einen als notwendige unternehmerische Freiheit verstehen, sehen andere als Rückzug aus öffentlicher Verantwortung. Was für die einen Europas Zusammenhalt sichert, konserviert für andere seine Handlungsunfähigkeit. Diese Gegensätze betreffen die Verteilung von Macht, Chancen und Risiken. Sie lassen sich nicht durch das gemeinsame Bekenntnis zu mehr Innovation auflösen.

3.1 Westbindung, selektive Kooperation oder strategische Eigenständigkeit?

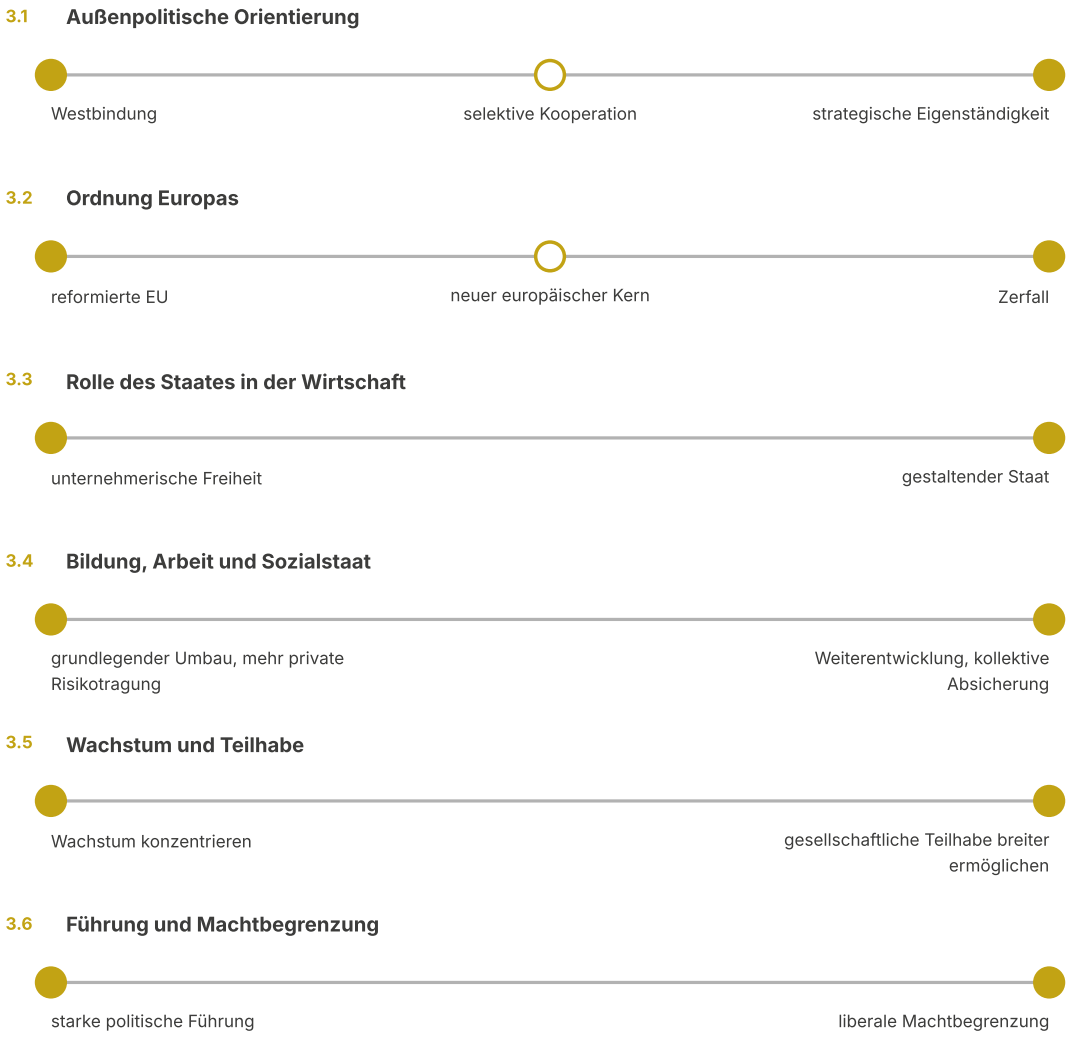
Mehrere Interviewte argumentierten für eine Aufrechterhaltung und Erneuerung der **Westbindung**. In ihrer Vorstellung verspricht diese, Europas Sicherheit und wirtschaftliche Möglichkeiten durch die Zusammenarbeit mit den USA zu erhalten. Ihr stärkstes Argument ist die Verbindung vorhandener Fähigkeiten: Europa übernimmt mehr Verantwortung für die eigene Verteidigung, während die USA ihre Kräfte stärker auf den pazifischen Raum konzentrieren. Ein Interviewpartner hält diese Arbeitsteilung für sinnvoll. Sein Einwand gegen die amerikanische Politik lautet, dass auch die USA die Auseinandersetzung mit China und weiteren Gegenspielern nicht allein bewältigen können. Entscheidend sei deshalb, ob die Arbeitsteilung einer gemeinsamen Strategie folgt.[58] In dieser Vorstellung wäre die EU ein leistungsfähiger Bündnispartner, der durch

58 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

KONFLIKTLINIEN

Worüber das Panel streitet

Die Gegensätze betreffen die Verteilung von Macht, Chancen und Risiken. Sie lassen sich nicht durch ein gemeinsames Bekenntnis zu mehr Innovation auflösen.



Die sechs Konfliktlinien aus Kapitel 3: Welche Positionen im Panel konkurrieren.

einen größeren eigenen Beitrag auch mehr Einfluss gewinnt. Doch die Voraussetzung liegt nicht allein in ihrer Hand. Eine gemeinsame Strategie verlangt einen amerikanischen Partner, der gegenseitige Verpflichtungen akzeptiert. Nutzt Washington militärischen Schutz oder technologische Überlegenheit dagegen zur Durchsetzung eigener wirtschaftlicher Interessen, wird aus der Arbeitsteilung ein Abhängigkeitsverhältnis. Zusätzliche europäische Leistungen garantieren dann noch keine gleichberechtigte Mitsprache.

Selektive Kooperation setzt an dieser Verwundbarkeit an, ohne die Verbindung zu einem der beiden großen Machtzentren vollständig aufzugeben. Wie ein Experte es

formulierte: „Kann man sich abkoppeln von China? Nein, auch nicht von den USA. Nein." Er verlangt, Risiken zu vermindern, Beziehungen zu diversifizieren und eigene Gegenmittel zu entwickeln.[59] Eine weitere Interviewpartnerin sieht in alternativen Bündnissen die Möglichkeit, einseitige Abhängigkeiten auszugleichen. Gemeinsam kann die EU gegenüber neuen Partnern Bedingungen aushandeln, die einzelne Mitgliedstaaten nicht erreichen würden.[60] Der erwartete Vorteil ist ein größerer Spielraum: Zugang zu amerikanischen Technologien, Beziehungen zu chinesischen Märkten und zusätzliche Partnerschaften mit anderen Staaten.

> *Kann man sich abkoppeln von China? Nein, auch nicht von den USA. Nein.*
>
> EXPERTENINTERVIEW, ERSTE DELPHI-WELLE

Doch der Nutzen verschiedener Kooperationen ist nicht beliebig austauschbar. Ein Handelsabkommen ersetzt keine militärische Schutzgarantie; ein zusätzlicher Lieferant stellt noch keine eigene Technologieentwicklung her. Offen bleibt in dem selektiven Kooperationsmodell, unter welchen Bedingungen Mittelmächtekoalitionen eine wirkliche Alternative zur transatlantischen Partnerschaft wären und wann sie lediglich eine Ergänzung bleiben.[61] Ohne diese Unterscheidung wird die Zahl der Partnerschaften mit der Größe des eigenen Handlungsspielraums verwechselt.

Strategische Eigenständigkeit verschiebt den Schwerpunkt von der Auswahl der Partner auf die eigenen Fähigkeiten. Ein Experte beschreibt den Erfolg Europas im Jahr 2035 an drei Merkmalen: einer vergemeinschafteten Außen- und Sicherheitspolitik, der Fähigkeit zur konventionellen Selbstverteidigung und einer technologischen Position „in einer Liga mit China und USA".[62] Eine Expertin begründet die Dringlichkeit mit dem Eigentum an kritischer Infrastruktur. Politische Institutionen können äußerlich fortbestehen, während die materiellen Voraussetzungen ihrer Souveränität zunehmend anderen gehören. Neben Energie und Verkehr betrifft das die digitale Infrastruktur.[63] Eigene Stärke verspricht deshalb mehr als bessere Verhandlungskonditionen. Sie soll Entscheidungen ermöglichen, denen Washington oder Peking widersprechen. Dafür müssen die EU und Deutschland Kapital, industrielle Fähigkeiten und politische Verantwortung zusammenbringen. Der Aufbau dieser Macht kostet Geld, verlangt Prioritäten und setzt voraus, dass gemeinsame Entscheidungen auch gegen nationale Einzelinteressen durchgesetzt werden können.

Westbindung und selektive Kooperation kommen dagegen mit hohen Abhängigkeiten, solange Europas eigene Sicherheits- und Technologiefähigkeiten nicht ausreichen. Sie können wirtschaftlich vorteilhaft sein und kurzfristig Schutz oder Zugang sichern. Zugleich begrenzen sie die eigene Strategiefähigkeit: Wer zentrale Systeme anderer benötigt, muss deren Bedingungen in seine Entscheidungen einrechnen. Wer zwischen amerikanischen und chinesischen Angeboten wählen kann, hat zwar mehr Auswahl, aber noch lange keine Kontrolle über die Entwicklung dieser Angebote. Lediglich die

59 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
60 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
61 Fachlicher Expertenkommentar zur Studie, 2026.
62 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
63 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

Abhängigkeit wird verteilt, doch wird sie nicht überwunden. Das betrifft auch die Freiheit, Partner zu wechseln. Strategische Eigenständigkeit wiederum verlangt, jene Fähigkeiten selbst zu besitzen, ohne die Zusammenarbeit zur Unterordnung wird. Wer ihre Kosten nicht tragen will, nimmt die Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums in Kauf. Damit führt die internationale Orientierung zur inneren Ordnungsfrage: Wie kann es gelingen, die gemeinsamen Mittel zu mobilisieren und verbindlich über ihren Einsatz zu entscheiden? Welche Reformen oder grundlegenden Veränderungen sind dafür notwendig?

3.2 Reformierte EU, neuer europäischer Kern oder Zerfall?

Der erste Reformansatz will die EU als Gesamtverbund erhalten, ohne ihre bisherige Arbeitsweise fortzuschreiben. Eine Interviewpartnerin bringt einen neuen Verfassungskonvent ins Gespräch, der gemeinsame Aufgaben und nationale Spielräume neu bestimmt. Dauerhaft unterschiedliche Geschwindigkeiten hält sie dagegen für gefährlich: „Die einen werden immer schneller, die anderen werden immer langsamer." Das wirke desintegrierend. Ihr Beispiel sind Forschungsprogramme, an denen ärmere Mitgliedstaaten wegen zu hoher Eigenbeiträge nicht teilnehmen können.[64] Ein anderer Experte ordnet seine Präferenzen ausdrücklich: zuerst die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU, erst bei deren Scheitern ein Kerneuropa. Auch er sieht die Gefahr, dass ein engerer Kreis die übrigen Länder auseinanderdriften lässt.[65] Weitere Stimmen setzen auf konsequent genutzte Mehrheitsentscheidungen, Schutzvorkehrungen für sensible nationale Interessen und offene, politikfeldbezogene Vorreitergruppen.[66] Der gemeinsame Anspruch ist eine Union, die schneller entscheidet und ihre wirtschaftlichen Vorteile zusammenhält, ohne Mitgliedstaaten dauerhaft in höhere und niedrigere Klassen einzuordnen. Die Reformen sollen gemeinsame Stärke erhalten, nicht bloß den bisherigen institutionellen Bestand.

Doch birgt dieser Anspruch eine institutionelle Inkonsistenz. Einerseits gilt die Vetomacht einzelner Regierungen als Ursache der Blockade von Reformen, andererseits soll die Reform nur im Einvernehmen aller erfolgen, einschließlich jener, deren Einfluss sie begrenzen würde. Eine Expertin nennt das „Inklusion statt Ambition". Sie kritisiert Regierungen, die öffentlich Mehrheitsentscheidungen fordern, obwohl sie mit der nötigen Zustimmung selbst nicht rechnen.[67] Eine weitere Expertin hebt hervor, dass gerade die institutionelle Ordnung die Verständigung verhindern kann.[68] Ein Reformmodell trägt deshalb nur, wenn es verbindliche Mehrheitsbeschlüsse ermöglicht und einen glaubwürdigen Weg zu ihrer Durchsetzung benennt. Fehlt beides, ist das Festhalten an der aktuellen institutionellen Verfassung der EU mit einer extrem hohen Stagnationsgefahr verbunden. Die EU kann mehr Regeln, Programme und gemeinsame Ausgaben hervorbringen und dennoch strategisch handlungsunfähig bleiben. Der erzwungene Zusammenhalt konserviert in diesem Fall die Voraussetzungen europäischer Agonie.

64 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
65 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
66 Mehrere Experteninterviews, erste Delphi-Welle, 2026.
67 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
68 Fachlicher Expertenkommentar zur Studie, 2026.

ORDNUNG EUROPAS

Drei Ordnungsentwürfe

ENTWURF 1

Die EU als Gesamtverbund erhalten

Genannt werden ein neuer Verfassungskonvent, konsequente Mehrheitsentscheidungen und offene Vorreitergruppen. Die Reform soll jedoch im Einvernehmen aller erfolgen, auch jener, deren Einfluss sie begrenzen würde.

ENTWURF 2

Mehrheitszentrum mit abgestuften Mitgliedschaften

Eine externe Position (Herfried Münkler): Staaten mit besonderem Gewicht entscheiden gemeinsam, ohne von einzelnen blockiert zu werden. Mitgliedschaftsstufen erlauben eine engere oder lockerere Bindung.

ENTWURF 3

Neue Koalitionen reformfähiger Staaten

Die Zugehörigkeit wird durch Reformfähigkeit, technologische Stärke und gemeinsame Interessen erworben, nicht durch Größe oder Gründungsmitgliedschaft.

Letztlich ist auch der Zerfall der EU eine mögliche Entwicklung.

Drei Ordnungsentwürfe für Europa.

Ein schlüssiges Modell, wie sich der Erhalt der EU in ihrer heutigen Zusammensetzung mit dem Ende von Einstimmigkeit und Vetorechten vereinbaren lässt, wurde im Panel nicht überzeugend dargelegt. Wir haben deshalb eine externe Position herangezogen, die nicht aus den Interviews stammt. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler beantwortet die Organisationsfrage mit einem Mehrheitszentrum und abgestuften Mitgliedschaften. Staaten, die für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas besonderes Gewicht besitzen, sollen gemeinsam entscheiden und ihre Beschlüsse umsetzen können, ohne von jedem einzelnen Mitglied blockiert zu werden. Daneben ermöglichen unterschiedliche Mitgliedschaftsstufen eine engere oder lockerere Bindung an die EU. Sein Grundsatz lautet: „Die Abschaffung des Vetorechts, also die Generalisierung des Mehrheitsprinzips, ist darum zwingend geboten.“[69] Deutschland soll Partner gewinnen und den Zusammenhalt dieser Ordnung organisieren. Staaten, die darin verbleiben, können nicht zugleich uneingeschränkt gegen die gemeinsame Handlungsfähigkeit arbeiten. Münkler akzeptiert ausdrücklich auch Austritte, wenn einzelne Mitglieder den Umbau nicht mittragen.[70] Damit nimmt er den Machtverlust der bisherigen Vetospieler in Kauf, statt ihn durch immer neue Kompromisse zu vermeiden. Der Preis ist eine politische Hierarchie, die den Einwand der Desintegration nicht erledigt. Zudem bleibt die Durchsetzung gegen bestehende Machtpositionen schwierig. Doch das angestrebte Entscheidungssystem ist benannt: Wer verbindlich gemeinsam handelt, muss nicht auf die Zustimmung aller anderen warten.

Ein dritter Ordnungsentwurf setzt nicht mehr darauf, den bisherigen Gesamtverbund von innen entscheidungsfähig zu machen. Ein Interviewpartner erwartet den Aufbruch von reformfähigen Staaten, die neue europäische Koalitionen bilden. Dazu zählt er

69 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
70 Ebd.

skandinavische Länder, Polen, aber auch Nicht-EU-Mitglieder wie Großbritannien und die Schweiz. Er stellt sogar infrage, ob Deutschland und Frankreich dem neuen Verbund überhaupt angehören würden.[71] Die Zugehörigkeit zum führenden Kreis wäre nicht durch Größe, Gründungsmitgliedschaft oder frühere wirtschaftliche Leistungen gesichert. Sie müsste durch Reformfähigkeit, technologische Stärke und gemeinsame Interessen erworben werden. Der versprochene Vorteil ist die Freiheit, mit Gleichgesinnten schneller voranzugehen und sich auf wenige gemeinsame Aufgaben zu konzentrieren. Außenpolitische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit könnten dabei unterschiedliche Kreise verbinden. Der Experte verbindet seinen wirtschaftlichen Neuordnungsentwurf mit einer eigenständigen europäischen Verteidigungsallianz.[72] Das ist ein bewusstes Modell neuer Kooperation, kein Plädoyer für ein ungeordnetes Gegeneinander. Offen bleibt, wie diese Koalitionen gemeinsame Regeln durchsetzen, den Zugang weiterer Staaten gestalten und ihre unterschiedlichen Zuständigkeiten koordinieren. Für Deutschland wäre bereits die Möglichkeit, nur assoziiert oder auf Probe teilzunehmen, ein fundamentaler Bruch mit seinem bisherigen Selbstverständnis.

Letztlich ist auch der Zerfall der EU ohne tragfähige neue Ordnung eine mögliche Entwicklung. Dafür braucht es nicht einmal einen gemeinsamen Beschluss zur Auflösung. Er kann daraus entstehen, dass Staaten gemeinsame Entscheidungen einfach nicht mehr umsetzen, Verpflichtungen nur noch nach unmittelbarem nationalem Vorteil behandeln und ihre Sicherheit und Märkte getrennt organisieren. Eine Expertin beschreibt die Rückkehr zu einer losen Sammlung von Nationalstaaten mit eigenen Vorstellungen von Menschenrechten und individueller Freiheit ausdrücklich als dystopischen Pfad.[73] Auch Münkler warnt davor, dass anhaltende Handlungsunfähigkeit in ein ungeordnetes Nebeneinander der europäischen Staaten mündet.[74] Einzelne Länder könnten sich darin wirtschaftlich behaupten, ohne dass daraus erneut eine europäische Macht entstünde. Die Verbindungen zwischen ihren Märkten, ihrer Sicherheit und ihren politischen Verpflichtungen wären nicht länger durch eine gemeinsam belastbare Ordnung gesichert. Neue Koalitionen wären dann mögliche Reaktionen auf den Zerfall, nicht sein zwangsläufiges erfolgreiches Ergebnis. Der Erhalt der bisherigen Institutionen garantiert somit keinen Zusammenhalt. Ihre Auflösung garantiert aber ebenso wenig einen geordneten Neubeginn. Zwischen beidem liegt die Aufgabe, eine Ordnung zu schaffen, deren Entscheidungen tatsächlich gelten.

3.3 Unternehmerische Freiheit oder gestaltender Staat?

Eine entscheidungsfähige EU beantwortet noch nicht, wie viel der Staat wirtschaftlich entscheiden soll. Für eine Gruppe von Experten besteht seine wichtigste Reformleistung darin, unternehmerische Freiräume wiederherzustellen. Das ist für sie in erster Linie eine nationale Aufgabe. Ein Experte verortet den größten Reformhebel für Europas Wettbewerbsfähigkeit „auf nationaler Ebene“: Erst eine Reform der Altersvorsorge schaffe aus seiner Sicht ausreichend privates Kapital für neue Unternehmen.[75] Ein

71 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
72 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
73 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
74 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
75 Mehrere Experteninterviews, erste Delphi-Welle, 2026.

Interviewpartner fordert Sonderwirtschaftszonen und einen grundlegenden Umbau der Verwaltung. Er betont: „Innovation fängt meist unkeusch an." Deshalb dürfen Geschäftsmodelle nicht zuerst in die Kategorien bestehender Förderprogramme und Zuständigkeiten gepresst werden.[76] Ein anderer begründet den Ordnungsstaat durch allgemeine Regeln, die Freiheit schützen, ohne einzelne Entwicklungen vorzuschreiben: „Alles ist erlaubt, was nicht verboten ist."[77] Der erwartete Vorteil liegt in einer Vielzahl unternehmerischer Versuche, deren Erfolg nicht politisch vorab bestimmt werden kann. Staatliche Infrastruktur und Sicherheit bleiben notwendig. Aber die Auswahl neuer Produkte und Märkte soll denjenigen überlassen bleiben, die eigenes Kapital und eigenes Können einsetzen.

Die Gegenposition sieht im staatlichen Rückzug selbst eine Ursache fehlender Erneuerung. Ein Experte verlangt öffentliche Institutionen, die technische Fähigkeiten besitzen und Entwicklungen auch selbst organisieren: „Wir sagen nicht, der Markt wird es schon regeln, sondern wir sagen, wir wollen etwas, wir nehmen Geld in die Hand, wir steuern."[78] Sein Staatsmodell verteilt mehr als Zuschüsse: Es kann Infrastruktur aufbauen, als fachkundiger Auftraggeber auftreten und privaten Dienstleistern verbindliche Anforderungen stellen. Eine weitere Interviewpartnerin widerspricht der Erwartung, mehr verfügbares privates Kapital werde von selbst produktiv investiert. Ohne Nachfrage könne eine Steuersenkung in Ausschüttungen oder Vermögensanlagen münden. Der Erwerb bestehender Wohnungen, Flächen oder anderer knapper Güter schaffe noch keine zusätzliche wirtschaftliche Leistung, wenn anschließend vor allem ihre Nutzung verteuert werde.[79] Der versprochene Vorteil staatlicher Gestaltung besteht darin, gemeinsame Aufgaben auch dann voranzutreiben, wenn einzelne Unternehmen dafür weder die Nachfrage noch die erforderlichen Grundlagen schaffen.

Beide Positionen lassen eine Frage offen. Wer auf unternehmerische Freiräume setzt, muss zeigen, dass zusätzliches privates Kapital tatsächlich produktiv investiert wird und nicht in Ausschüttungen oder Vermögensanlagen fließt. Wer einen steuernden Staat verlangt, muss erklären, woher Kapital, institutionelle Fähigkeiten und politische Mehrheiten für diese Steuerung kommen. Auf diese Frage fanden die Befürworter im Panel häufig keine Antwort.

Im Kern stehen sich zwei Vorstellungen wirtschaftlicher Erneuerung gegenüber. Die eine setzt auf unternehmerische Entscheidungen und verlangt vom Staat vor allem verlässliche Regeln und wirtschaftliche Freiräume. Die andere sieht den Staat selbst in der Verantwortung, strategische Entwicklungen zu finanzieren, zu organisieren und ihre Umsetzung zu steuern. Diesen Konflikt in Regierungskompromisse zu gießen, führt zu Blockaden und Reformstau. Politischer Wettbewerb muss ihn auflösen. Dieselbe Frage stellt sich dort, wo der Umbau Menschen unmittelbar betrifft – in Bildung, Arbeit und sozialer Sicherung.

76 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
77 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
78 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
79 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

3.4 Bildung, Arbeit und Sozialstaat grundlegend umbauen oder weiterentwickeln?

Der radikale Umbau des Sozialstaats beginnt für einen Interviewpartner bei der Hochschullandschaft. Für Deutschland hält er fünf wirkliche Forschungsuniversitäten, eine deutlich geringere Zahl weiterer Hochschulen und wesentlich mehr Berufsbildungszentren für ausreichend. Angesichts der KI müsse man „das System auf den Kopf stellen". Tätigkeiten, die physische Präsenz und Fingerfertigkeit erfordern, seien weniger leicht ersetzbar als zahlreiche wissensbasierte Routinen.[80] Der Vorschlag verändert mehr als Lehrpläne: Er verschiebt Ressourcen, Institutionen und die Erwartungen an Bildungswege. Spitzenforschung soll konzentriert, die berufliche Ausbildung aufgewertet und Weiterbildung enger an technologische Veränderungen gebunden werden. Der versprochene Vorteil liegt in einer Bildungspolitik, die auf den Qualifikationsbedarf der kommenden Wirtschaft vorbereitet. Der Preis ist ein weitreichender Bruch mit bestehenden Hochschulstrukturen und den Erwartungen jener, die ein Studium weiterhin als bevorzugten Weg zu beruflicher Sicherheit verstehen.

Einen anderen Ansatz verfolgt eine Expertin, die auf die Entdeckung von Talenten in der Breite setzt. Zu großen Berufsbildungszentren gehören Zukunftslabore, in denen Menschen experimentieren, neue Ideen entwickeln und gründen können. Über die dafür benötigten Talente sagt sie: „Die sind nicht nur an der Universität."[81] Ihr Ansatz verteidigt nicht einfach das bestehende Hochschulsystem. Er fragt, wie berufliche und akademische Bildung mehr Menschen zu eigener Entwicklung befähigen können. Der Unterschied liegt deshalb nicht in einer simplen Entscheidung für oder gegen berufliche Ausbildung. Umstritten ist die Reichweite der institutionellen Auswahl: Soll man den Wandel nutzen, um große Teile der heutigen Bildungslandschaft zurückzubauen? Oder muss eine breitere Landschaft unterschiedliche Wege offenhalten, deren künftiger wirtschaftlicher Wert noch nicht feststeht? Konzentration kann wissenschaftliche Spitzenleistung stärken. Sie trifft aber zugleich eine Entscheidung darüber, wo künftig überhaupt noch Möglichkeiten entstehen, Fähigkeiten zu entwickeln.

Im Arbeitsmarkt wird die Verlagerung von Verantwortung besonders greifbar. Ein Experte schlägt für einen Teil der Beschäftigten junger Unternehmen vor: „Wer beim Start-up anheuert, hat keinen Kündigungsschutz." An die Stelle bisheriger Absicherung soll die Chance treten, durch Unternehmensbeteiligung am Erfolg erheblich zu gewinnen.[82] Ein anderer fordert, den Sozialstaat auf Bedürftige zurückzuführen: Er dürfe „kein Allversicherungsstaat für jedermann" bleiben, wenn zugleich Infrastruktur und Verteidigung finanziert werden müssen.[83] Kapitalgedeckte Vorsorge und private Vermögensbildung sollen mehr Sicherheit außerhalb staatlicher Transfers schaffen.[84] In diesem Modell wird nicht bloß effizienter verwaltet. Risiken werden neu verteilt: Beschäftigte können an unternehmerischem Aufstieg stärker teilhaben, müssen aber mit größeren Verlustmöglichkeiten leben. Menschen sollen früher und umfassender für ihre

80 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
81 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
82 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
83 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
84 Mehrere Experteninterviews, erste Delphi-Welle, 2026.

Zukunft vorsorgen. Der Staat konzentriert seine Mittel auf gemeinsame Grundlagen und existenzielle Notlagen, statt immer größere Teile individueller Lebensläufe abzusichern.

Die Gegenposition hält soziale Sicherung für eine Voraussetzung wirtschaftlicher Veränderung. Ein Interviewpartner verlangt, der Staat müsse Investitionen organisieren und Verteilungsgerechtigkeit „nicht nur achten, sondern auch wiederherstellen". Er wendet sich gegen einen Umbau, der neue öffentliche Aufgaben durch Kürzungen bei Menschen finanziert, die besonders auf staatliche Leistungen angewiesen sind.[85] Sein Argument ist auch politisch: Wachsende Abstiegsängste können die Unterstützung für eine freiheitliche Ordnung untergraben. Kollektive Absicherung soll Menschen ermöglichen, Veränderungen mitzutragen, ohne den Verlust ihrer Lebensgrundlage befürchten zu müssen.

Hier stehen zwei unterschiedliche Erwartungen an Sicherheit gegeneinander. Für die eine Seite schwächen weitreichende Garantien den Anreiz, sich auf Neues einzulassen. Für die andere erzeugt gerade das Fehlen verlässlicher Sicherung die Abwehr gegen Veränderungen. Dieselbe Leistung kann aus der einen Perspektive als kostspieliger Bestandsschutz erscheinen und aus der anderen als Voraussetzung eines beruflichen Neuanfangs.

Zwei weitere Expertinnen führten in die Diskussion eine Voraussetzung ein, die in Forderungen nach mehr Erwerbsarbeit und Eigenverantwortung häufig unausgesprochen bleibt: die Zeit, über die Menschen tatsächlich verfügen. Sie weisen darauf hin, dass unbezahlte Sorgearbeit mehr umfasst als die Pflege von Angehörigen. Haushaltsführung, Kindererziehung, Unterstützung anderer Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gehören ebenfalls dazu. Eine Expertin befürchtet, dass zusätzliche Erwerbsbeteiligung ohne eine Lösung dieser Frage lediglich zu einer „Umverteilung der Überlastung" führe.[86] Wer mehr Erwerbsarbeit, Weiterbildung und private Vorsorge verlangt, solle deshalb erklären, wer die bisherige Arbeit übernimmt und woraus diese Leistung bezahlt wird. Sie bezweifelt, dass zusätzliche Arbeitszeit unabhängig von den bisherigen Lebens- und Familienverhältnissen mobilisiert werden kann. Ihr Einwand richtet sich nicht gegen persönliche Verantwortung, hinterfragt aber, welche Aufgaben öffentliche Einrichtungen, bezahlte private Angebote oder Familien künftig übernehmen sollen.

Damit führt der Streit über Bildung, Arbeit und Sozialstaat zur Verteilung der Übergangskosten. Ein riskanter Berufswechsel kann für Menschen mit Vermögen eine kalkulierbare Chance sein, für andere jedoch die gesamte Lebensgrundlage gefährden. Eine Beteiligung an einem jungen Unternehmen eröffnet Aufstieg, ersetzt aber kein laufendes Einkommen, solange das Unternehmen keine Erträge erzielt. Öffentliche Absicherung kann diese Unterschiede mindern, muss jedoch aus einer Wirtschaft finanziert werden, deren Erneuerung sie zugleich ermöglichen soll. Keines der Modelle entkommt dieser Rechnung. Der politische Konflikt beginnt bei der Entscheidung, welche Risiken gemeinsam getragen werden und welche einzeln übernommen werden müssen. Er verschärft sich dort, wo die Chancen auf wirtschaftlichen Aufstieg räumlich und sozial auseinandergehen.

85 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
86 Fachliche Expertenkommentare zur Studie, 2026.

3.5 Wachstum konzentrieren oder gesellschaftliche Teilhabe breiter ermöglichen?

Nicht jeder Standort kann ein Zentrum neuer Weltspitzentechnologien werden. Daraus zieht ein Interviewpartner die Konsequenz, leistungsfähige Regionen mit besonderen Freiräumen zu stärken: „Stärken heißt Freiheit geben." Er nennt vorhandene Kompetenzen in Optik, Medizintechnik und intelligenten Produktionssystemen und wendet sich dagegen, bei jeder Investitionsentscheidung möglichst alle Regionen zufriedenzustellen.[87] Die Ressourcen sollen dort wirken, wo große Entwicklungssprünge möglich sind. Eine weitere Stimme formuliert die dahinterliegende Leistungsvorstellung: „Leistungswille braucht nicht zwangsläufig Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit entsteht auch nicht aus einer Nivellierung in Richtung Durchschnitt."[88] Wer Kapital und Freiräume aus Gründen regionaler oder sozialer Ausgewogenheit zu breit verteilt, riskiert, dass nirgends die nötige Stärke entsteht. Für Deutschland betrifft das die Schwerpunkte wirtschaftlicher Erneuerung, für Europa die Frage, welche Länder und Regionen neue Technologien zuerst entwickeln und skalieren. Der Ansatz nimmt ungleiche Ergebnisse ausdrücklich in Kauf.

> *Leistungswille braucht nicht zwangsläufig Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit entsteht auch nicht aus einer Nivellierung in Richtung Durchschnitt.*
>
> EXPERTENINTERVIEW, ERSTE DELPHI-WELLE

Die Gegenposition bestreitet die Gerechtigkeit dieser Ergebnisse und hinterfragt zugleich die Erklärung ihrer Entstehung. Eine Interviewpartnerin unterscheidet produktive Investitionen von Kapital, das sich bestehende Vermögenswerte aneignet und anschließend höhere Nutzungsentgelte verlangt. Konzentration kann danach auch wirtschaftliche Aktivität abschöpfen, statt neue hervorzubringen.[89] Ein Befragter greift den Mythos des allein handelnden Unternehmers an, mit dem die Macht einzelner Firmenchefs gerechtfertigt werde: „Impulse geben braucht keine zwingende Kapitalkonzentration."[90] In dieser Sicht beruhen Erfolge auf dem Zusammenwirken vieler Menschen, öffentlicher Grundlagen und vorhandener gesellschaftlicher Fähigkeiten. Wer nur den sichtbaren Unternehmer oder den bereits erfolgreichen Standort fördert, kann diese Voraussetzungen aus dem Blick verlieren. Teilhabe ist dann nicht lediglich die nachträgliche Verteilung des geschaffenen Wohlstands. Sie betrifft den Zugang zu Bildung, Infrastruktur, Kapital und beruflicher Beweglichkeit, durch den weitere Menschen überhaupt produktiv werden können. Ein enger werdender Kreis von Gewinnern wäre deshalb auch ein Verlust möglicher wirtschaftlicher Erneuerung.

Der entscheidende Streitpunkt liegt darin, ob Wachstumskonzentration tatsächlich Leistung erschließt oder bestehende Vorteile verfestigt. Die Befürworter einer Konzentration müssen erklären, wie neue Talente und Unternehmen in die geförderten Kreise gelangen. Die Teilhabeposition muss umgekehrt zeigen, wie sie breite Zugänge

87 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
88 Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.
89 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
90 Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.

öffnet, ohne jede räumliche oder wirtschaftliche Schwerpunktsetzung zu verhindern. Eine ehrliche Entscheidung benennt auch jene Orte und Gruppen, die von einer Strategie zunächst nicht profitieren werden.

3.6 Starke politische Führung und liberale Machtbegrenzung

Erneuerung verlangt oft Entscheidungen, die bewahrenden Interessen zuwiderlaufen. Sie braucht deshalb Führung, die Richtung vorgibt und Widerstand aushält. Demokratisch bleibt solche Führung nur, solange sie an Kräfte gebunden ist, die sie kontrollieren, korrigieren und ersetzen können. Hierbei fallen der Exekutive, der Legislative, der Judikative, dem Parteiensystem und der Zivilgesellschaft unterschiedliche Rollen zu.

Eine Interviewpartnerin beschreibt, warum Verwaltungsreformen ohne ein „starkes Top-down-Mandat“ scheitern: Wer Zuständigkeiten, Karrierewege oder Einfluss verliert, wird den Umbau nicht von sich aus betreiben.[91] Sie führt jedoch weiter aus, dass Einzelentscheidungen nicht zentralisiert werden dürfen. Stattdessen braucht es ein Loose-Tight-Prinzip: Wenige gemeinsame Anforderungen werden verbindlich festgelegt, bei den konkreten Lösungen bleiben große Freiräume.[92] Solche Loose-Tight-Architekturen sind die Voraussetzung für erfolgreiche Subsidiarität. Diese bedeutet, dass die jeweils höhere Ebene nur jene Aufgaben übernimmt, die nachgeordnete Ebenen nicht selbst erfüllen können.[93] Das verändert die Führungsaufgabe: An den entscheidenden Stellen Verbindlichkeit herstellen und im Übrigen andere tatsächlich entscheiden lassen.

Münkler verlangt darüber hinaus einen Politikertypus, der das „Führen von vorn“ beherrscht: eine strategische Richtung vorgeben, Gelegenheiten erkennen, Risiken übernehmen und Partner für eine Initiative gewinnen. Das bloße Reagieren auf Krisen und das nachträgliche Zusammenfügen des jeweils möglichen Kompromisses reichen für die gewaltigen Reformaufgaben in der EU und Deutschland nicht aus. Führung muss Ziele öffentlich erklären und die nötigen Ressourcen organisieren, statt nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verwalten.[94] Für Deutschland verbindet er diese Initiative mit partnerschaftlicher Führung. Die Bundesrepublik sei zu groß, um sich zu entziehen, aber nicht stark genug, Europa allein zu führen. Sie muss unterschiedliche Interessen in ein gemeinsames Vorhaben einbinden und dafür eigene Zugeständnisse machen.[95] Ein Interviewpartner verlangt entsprechend, deutsche Führung so auszuüben, dass andere Länder sich weder ausgeschlossen noch überrumpelt fühlen.[96] Dieser Führungstyp bewährt sich dann, wenn er gemeinsame Handlungsfähigkeit herstellt.

Im Bereich der Legislative sehen wir formal eine starke Stellung des Parlaments in Deutschland. Praktisch dominiert jedoch die Exekutive die Gesetzesvorbereitung. Gesetzentwürfe entstehen überwiegend in den Ministerien und werden mit Ländern, Verbänden und europäischen Institutionen abgestimmt. Sie erreichen das Parlament als

91 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
92 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
93 Vertiefendes Expertengespräch, 2026.
94 Münkler, Herfried (2025): Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
95 Ebd.
96 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.

komplexe Pakete; eigenständige Entwürfe aus den Fraktionen bleiben in der Minderheit.[97] Das Parlament droht damit zur Ratifikationsinstanz von Regierungsvorlagen zu werden. Die Vorschläge des Expertenpanels weisen jedoch in entgegengesetzte Richtungen. Eine Interviewpartnerin setzt auf eine gebündelte Gesetzgebungsmethodik in der Exekutive, die den späteren Vollzug von Anfang an mitdenkt und weniger dem Schlagabtausch in den Ausschüssen ausgesetzt ist.[98] Ein anderer Experte fordert „mehr Professionalität im gesamten Gesetzgebungsverfahren, im gesamten Politikzyklus". KI könne Problemanalyse, Lösungsfindung und Gesetzesfolgenabschätzung unterstützen.[99] Die Forderung nach einem „professionellen Parlament" richtet den Blick dagegen auf die eigene Gestaltungsmacht des Bundestags.[100] Er braucht die fachlichen Ressourcen, eigene Entwürfe und echte Alternativen zu Regierungsvorlagen auszuarbeiten. Beide Wege versprechen bessere Gesetze, verteilen Macht aber gegensätzlich: Der eine bündelt die entscheidenden Fähigkeiten in der Exekutive, der andere verschafft sie dem Parlament.

Am Beispiel der deutschen Reformblockade schlägt ein Experte vor, dass die CDU die Brandmauer gegenüber der AfD aufgibt und als Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten ihr Reformprogramm durchsetzt.[101] Ein anderer Panelist weist diese Voraussetzung scharf zurück: „Reformen sind mit Zerstörern der bestehenden Ordnung nicht zu machen."[102] Die Kontroverse geht über taktische Bündnisse hinaus und ist grundlegender. Die eine Position betrachtet politische Abgrenzung als Hindernis notwendiger Erneuerung, die andere sieht darin eine Bedingung dafür, dass die Ordnung auch nach einer Reform demokratisch korrigierbar bleibt. Ein heute durchgesetztes Programm wäre aus ihrer Sicht kein Erfolg, wenn dafür Kräfte Einfluss gewinnen, die spätere Machtwechsel erschweren.

Die Kontroverse um die heutigen Regierungsmehrheiten setzt weitgehend voraus, dass die gegenwärtige Parteienlandschaft bis 2035 bestehen bleibt. Das ist keineswegs sicher. Überall in Europa entstehen neue Parteien, ziehen in Parlamente ein, gewinnen Wahlen und übernehmen Regierungsverantwortung. In Frankreich gewann Emmanuel Macrons La République en marche 2017 die absolute Mehrheit der Parlamentssitze.[103] In Ungarn beendete die Tisza-Partei 2026 die 16-jährige Regierungszeit Viktor Orbáns.[104] Im nicht zur EU gehörenden Serbien gewann im Oktober 2026 die aus den Studentenprotesten hervorgegangene „Studentska lista – Studenti pobeđuju" die Parlamentswahl.[105]

Auch Deutschland ist keine Ausnahme. Die AfD steigerte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026 ihren Stimmenanteil von 20,8 auf 43,8 Prozent. Das neu gegründete BSW zog ebenfalls in den Landtag ein.[106] Doch auch jenseits der populistischen Ränder entstehen neue politische Angebote, etwa mit Volt.[107] Der FAZ-Herausgeber Gerald Braunberger fordert ausdrücklich eine neue bürgerliche Partei, weil Union, FDP

97 Deutscher Bundestag (2026): 118 Gesetze an 57 Sitzungstagen verabschiedet.
98 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
99 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
100 Vertiefendes Expertengespräch, 2026.
101 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026. Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.
102 Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.
103 Französisches Innenministerium (2017): Amtliche Ergebnisse der Parlamentswahl vom 11./18. Juni 2017.
104 Interparlamentarische Union (2026): Parline – Hungary, National Assembly.
105 Regierung Serbiens (2026): Mitteilung zu den vorläufigen Parlamentswahlergebnissen vom 26. Oktober.
106 Landeswahlleitung Sachsen-Anhalt (2026): Endgültige Ergebnisse der Landtagswahl vom 6. September 2026.
107 Volt Deutschland: Unsere Geschichte; Bundeszentrale für politische Bildung (2026): Parteiprofil Volt Deutschland.

und SPD den Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung verloren hätten.[108] Neue Parteien entstehen, weil etablierte Parteien auf die Bedürfnisse wachsender Bevölkerungsteile keine überzeugenden Antworten mehr geben. Wer 2035 regiert und welche Parteien dann überhaupt zur Wahl antreten, bleibt deshalb eine offene Frage.

Zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement beginnt lange vor der institutionellen Politik. „Es braucht politisches Bewusstsein in Gesellschaften, bevor es zu Parteien und Parlament kommt", sagt eine Interviewpartnerin. Sie beobachtet zugleich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der öffentlichen Debatte inzwischen einen „Negativklang" haben.[109] Ein Befragter weist die These, zivilgesellschaftliche Organisationen trügen zur demokratischen Widerstandsfähigkeit bei, grundsätzlich zurück: „Ich verstehe das so, dass es angeblich ‚NGOs' braucht. Das Gegenteil ist der Fall."[110] Dabei verengt er die Zivilgesellschaft auf NGOs.

> *Es braucht politisches Bewusstsein in Gesellschaften, bevor es zu Parteien und Parlament kommt*
>
> EXPERTENINTERVIEW, ERSTE DELPHI-WELLE

Die Gegenposition setzt bereits beim Begriff an. Organisierte Zivilgesellschaft sei **nicht** mit professionellen Kampagnenorganisationen gleichzusetzen. Zu ihr gehören Sport- und Musikvereine, Initiativen, Wohlfahrtsverbände und ehrenamtliche Zusammenschlüsse. Eine weitere Expertin nennt diese den „Alltagsklebstoff" der Gesellschaft.[111] Ihr gesellschaftlicher Wert zeigt sich dort, wo sie Diskursräume schaffen, die es sonst nicht gäbe, marginalisierten Gruppen Zugang zum Recht verschaffen, Zusammenhalt durch Begegnung stiften und staatliches wie unternehmerisches Handeln korrigieren.[112] Wer zivilgesellschaftlichen Akteuren Partikularinteressen und fragwürdige Vertretungsansprüche vorhält, muss denselben Maßstab an Unternehmen und Wirtschaftsverbände anlegen.[113] Einer Auswertung des deutschen Lobbyregisters durch LobbyControl vom März 2025 zufolge gehörten zu den hundert Akteuren mit den höchsten Lobbyausgaben 81 Unternehmen und Wirtschaftsverbände, aber nur sieben zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter drei NGOs im engeren Sinne.[114] Ihr Anspruch ist, ein Thema, eine übersehene Perspektive oder die Interessen einer bestimmten Gruppe in die Debatte zu bringen, nicht für die gesamte Bevölkerung zu sprechen. Damit ist auch kein allgemeiner Anspruch auf staatliche Finanzierung verbunden.

Die Kritik an professionellen NGOs darf den Blick auf **bürgerschaftliches Engagement insgesamt** nicht verstellen. Viele Vereine finden kaum Nachwuchs für dauerhafte Verantwortung. Gleichzeitig droht ihre Fähigkeit verloren zu gehen, Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen miteinander in Verbindung zu halten. Damit stellt sich eine grundlegendere Reformfrage: Das Verhältnis zwischen Staat

108 Braunberger, Gerald (2026): Deutschland braucht eine neue bürgerliche Partei.
109 Experteninterview, erste Delphi-Welle, 2026.
110 Schriftlicher Expertenkommentar, zweite Delphi-Welle, 2026.
111 Vertiefendes Expertengespräch, 2026.
112 Fachliche Expertenkommentare zur Studie, 2026.
113 Fachliche Expertenkommentare zur Studie, 2026.
114 Deckwirth, Christina / LobbyControl (2025): 7 zu 81: Übermacht der Wirtschaftslobby.

und bürgerschaftlichem Engagement muss neu verhandelt werden. Wo Menschen selbst Verantwortung übernehmen wollen, benötigen sie auch die Freiheit dazu. Kommunen brauchen Entscheidungsspielräume, Personal und finanzielle Mittel, um solche Initiativen zu ermöglichen, statt sie durch übermäßige Vorschriften und fehlende Zuständigkeiten zu verhindern. Es geht darum, staatliche Verantwortung und gesellschaftliche Eigeninitiative neu zu ordnen – und Bedingungen zu schaffen, unter denen bürgerschaftliches Engagement tatsächlich wirksam werden kann.[115]

Die demokratisch-plurale Grenze politischer Erneuerung liegt nicht darin, jeden Widerstand vor einer Entscheidung ausräumen zu müssen. Gewählte Führung muss Prioritäten durchsetzen und unterlegene Interessen überstimmen können. Sie darf dabei aber nicht die Voraussetzungen beseitigen, unter denen ihre Entscheidungen überprüft, korrigiert und sie selbst abgewählt werden kann. Parlamentarische Verantwortung, offener Parteienwettbewerb und unabhängige gesellschaftliche Gegenkräfte dürfen nicht zu Hindernissen erklärt werden, die nach erfolgreichem Umbau entbehrlich wären. Eine Reformmacht, die sich der Korrektur entzieht, verlässt den liberalen Erneuerungsauftrag.

115 Vertiefendes Expertengespräch, 2026.

KAPITEL 4

Wann Erneuerung gelingt – und wann sie steckenbleibt

> *Die Zukunft bleibt gestaltbar – aber nicht jede heute verfügbare Möglichkeit bleibt bis 2035 offen.*
>
> KERNAUSSAGE DER STUDIE

Die EU und Deutschland können wirtschaftlich aufsteigen, ohne ihre strategischen Abhängigkeiten zu überwinden. Sie können schneller entscheiden und dabei demokratische Kontrolle verlieren. Sie können ihre Institutionen erhalten, während deren materielle Grundlage erodiert. Die drei Ziele dieser Studie – wirtschaftlich-technologische Weltspitze, strategische Handlungsfähigkeit und eine demokratisch-pluralistische Ordnung – sind deshalb gemeinsam zu verfolgen. Ein Erfolg auf einem Gebiet erledigt die Aufgaben auf den anderen nicht. Wie die jeweiligen Veränderungen ineinandergreifen, bestimmt das Ergebnis.

4.1 Aus politischen Entscheidungen müssen tatsächliche Fähigkeiten werden

Die europäische und die nationale Reformaufgabe lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Gemeinsame Märkte, verbindliche Entscheidungen und geteilte Verantwortung erweitern die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten. Nutzen können sie diese nur, wenn Unternehmen investieren, öffentliche Einrichtungen ihre Aufgaben erfüllen und die beteiligten Regierungen ihre Zusagen einlösen. Umgekehrt schafft eine erfolgreiche nationale Erneuerung noch keine gemeinsame europäische Macht. Dafür müssen Staaten bereit sein, einen Teil ihrer gewachsenen Fähigkeiten gemeinsam einzusetzen und sich an Entscheidungen zu binden, die nicht jederzeit ihrem unmittelbaren Einzelinteresse entsprechen.[116]

Beide Ebenen können einander auch blockieren. Wer nationale Veränderungen von einer abgeschlossenen europäischen Neuordnung abhängig macht, verschiebt Aufgaben, für die längst eigene Zuständigkeiten bestehen. Wer dagegen nur nationale Freiräume erweitert, ohne gemeinsame Märkte und Verpflichtungen zu sichern, riskiert, die Reichweite seiner wirtschaftlichen Erneuerung zu begrenzen. Es genügt deshalb nicht,

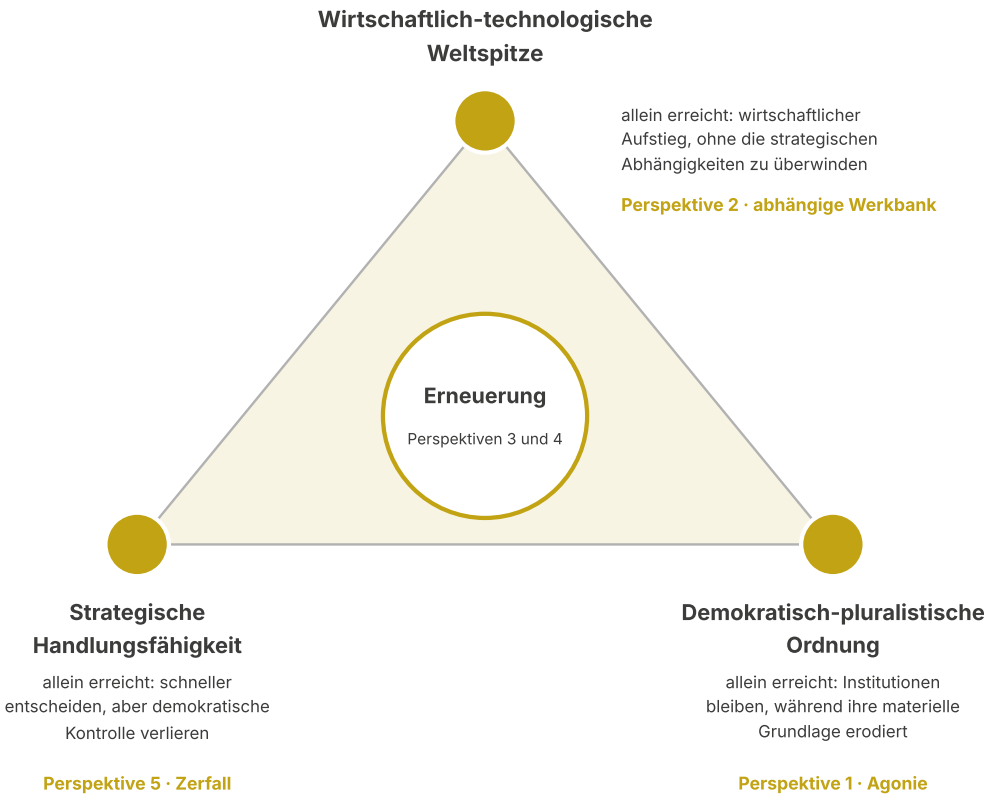
116 Vgl. Kapitel 1.4, 3.1 und 3.2.

Handlungsmacht von einer Ebene auf die andere zu verschieben. Ob die Neuordnung wirkt, zeigt sich daran, dass sie bisher getrennte Fähigkeiten tatsächlich zusammenführt und nutzbar macht.

Dazu müssen Beschlüsse, Finanzierung, Verantwortung und Umsetzung ineinandergreifen. Ein größeres Budget beseitigt keine unklare Zuständigkeit. Eine neue Zuständigkeit ersetzt weder Fachwissen noch verfügbare Mittel. Politische Führung hat diese Voraussetzungen herzustellen und denjenigen Entscheidungsfreiheit zu geben, die für die Umsetzung verantwortlich sind. Ob dies in einer reformierten EU oder in neuen europäischen Koalitionen geschieht, bleibt eine politische Richtungsentscheidung. Keine dieser Ordnungen wird allein durch ihre Gründung leistungsfähig. Ihr Maßstab ist, was die beteiligten Staaten und Gesellschaften anschließend tatsächlich gemeinsam leisten können.[117]

DREI ZIELE, DIE ZUSAMMENGEHÖREN

Ein Erfolg auf einem Gebiet erledigt die anderen nicht



Drei Ziele, die gemeinsam verfolgt werden müssen: Ein Erfolg auf einem Gebiet erledigt die anderen nicht.

117 Vgl. Kapitel 1.3 und 3.6.

4.2 Technologischer Fortschritt muss in eigene wirtschaftliche Stärke übersetzt werden

Für wirtschaftliche Erneuerung gilt eine entsprechende Unterscheidung: Der Erfolg der heutigen Modernisierung zeigt sich nicht allein an besseren Produkten oder niedrigeren Kosten. Ebenso zählt, ob daraus die Mittel und Fähigkeiten für die nächste eigenständige Entwicklung entstehen. Erträge, Wissen und Kontrolle über Geschäftsmodelle bestimmen, wer künftig investieren kann, welche Technologien weiterentwickelt werden und wo neue Märkte entstehen. Wer diese Voraussetzungen verliert, kann eine Zeit lang leistungsfähig produzieren und dennoch die Verfügung über die eigene wirtschaftliche Zukunft einbüßen.[118]

Die europäische Aufgabe besteht deshalb nicht darin, jeden Teil einer Wertschöpfungskette selbst zu beherrschen. Eigene Stärke muss jedoch dort entstehen, wo sie weitere unternehmerische Entscheidungen ermöglicht und anderen einen Grund zur Zusammenarbeit gibt. Forschung, Kapital und industrielle Erfahrung erhalten ihren strategischen Wert, wenn daraus Unternehmen wachsen, die ihre Entwicklung selbst finanzieren und neue Geschäftsfelder erschließen. Ein heutiger Erfolg trägt die Erneuerung nur weiter, wenn seine Erträge und sein Wissen erneut in produktive Möglichkeiten fließen. Die Absicherung einer bestehenden Marktstellung erfüllt diesen Anspruch nicht.

Damit verbinden sich wirtschaftliche und politische Erneuerung. Eine breitere wirtschaftliche Basis schafft Mittel für Sicherheit, Infrastruktur und öffentliche Leistungen. Sie gibt der EU und Deutschland zugleich mehr anzubieten und mehr Möglichkeiten, ungünstige Bedingungen einer Zusammenarbeit zurückzuweisen. Politische Handlungsfähigkeit wiederum entscheidet darüber, ob diese wirtschaftlichen Mittel gemeinsam wirksam werden. Wohlstand allein ist noch keine gemeinsame Macht; eine gemeinsame Macht ohne erneuerungsfähige Wirtschaft verliert ihre Grundlage. Die beiden Aufgaben müssen miteinander voranschreiten; keine erledigt sich als Nebenwirkung der anderen.[119]

4.3 Erneuerung verändert ihre eigenen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen

Eine erfolgreiche Reform schafft neue Leistungen und verändert zugleich, wer über Kapital, Märkte und politischen Einfluss verfügt. Daraus entstehen Interessen, die den nächsten Wandel vorantreiben oder verhindern. Die heutigen Herausforderer können zu den Besitzstandverteidigern von morgen werden. Wer technologische Führerschaft errungen hat, kann seine Gewinne in neue Entwicklungen investieren – oder seine Stellung gegen neue Wettbewerber absichern. Ein einmaliger Durchbruch garantiert deshalb keine fortgesetzte Erneuerung. Die Offenheit für den nächsten Herausforderer muss auch gegenüber den Gewinnern des ersten durchgesetzt werden.[120]

118 Vgl. Kapitel 2.1, 2.3 und 2.6.
119 Vgl. Kapitel 2.2, 2.6 und 3.1.
120 Vgl. Kapitel 2.5 und 3.5.

Auf der anderen Seite entscheidet sich, welche Aufstiegsmöglichkeiten Menschen außerhalb der erfolgreichen Unternehmen und Regionen erhalten. Ungleiche Ergebnisse sind nicht schon der Beweis einer gescheiterten Erneuerung. Werden Zugänge jedoch dauerhaft verschlossen, gehen wirtschaftliche Möglichkeiten verloren, und auch die Bereitschaft, weitere Veränderungen mitzutragen, gerät unter Druck. Wer die Risiken des Umbaus tragen soll, aber keine erreichbare Perspektive gewinnt, hat wenig Grund, dessen Fortsetzung zu unterstützen. Wirtschaftliche Erneuerung kann sich auf diese Weise ihre politische Grundlage entziehen.

Wie dieser Konflikt bearbeitet wird, bleibt zwischen den Ordnungsentwürfen umstritten. Mehr persönliche Risikotragung und stärker gemeinschaftlich organisierte Übergänge sind unterschiedliche Antworten. Keine lässt sich durch ein allgemeines Versprechen ersetzen, am Ende würden alle profitieren. Zu entscheiden ist, wer Kosten übernimmt, welche Zugänge eröffnet werden und welche Absicherung bestehen bleibt. Diese Entscheidungen beeinflussen, wer einen beruflichen Neuanfang wagen kann und wer seine bisherigen Möglichkeiten verteidigt. Die Verteilung von Chancen und Risiken wirkt damit auf den weiteren Verlauf der Erneuerung zurück.[121]

Demokratischer Widerspruch darf dabei nicht mit Reformverweigerung gleichgesetzt werden. Parlamente, Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen bringen Folgen zur Sprache, die ein Regierungsprogramm nicht erfasst hat, und eröffnen Wege zu seiner Korrektur. Führung muss Konflikte entscheiden können, ohne die unterlegenen Interessen dauerhaft von Einfluss auszuschließen. Auch eine wirtschaftlich erfolgreiche Reformkoalition darf ihre Stellung nicht gegen spätere politische Konkurrenz abschirmen. Die liberale Ordnung ist damit mehr als eine Grenze für den ersten Reformschritt. Sie hält die Möglichkeit offen, dessen Ergebnisse neu zu bewerten und einen anderen Kurs einzuschlagen.[122]

Erneuerung verlangt somit mehr als eine Reihe erfolgreicher Einzelmaßnahmen. Gemeinsame Entscheidungen müssen Fähigkeiten mobilisieren; wirtschaftlicher Erfolg muss neue Entwicklung ermöglichen; politische Macht muss kontrollierbar und ablösbar bleiben. Diese Anforderungen führen nicht zu einem einzigen Reformmodell. Sie zeigen aber, woran unterschiedliche Modelle sich bewähren müssen. Die verbleibende Zeit ist dabei keine neutrale Größe. Wer Entscheidungen vertagt, bewahrt nicht einfach sämtliche Alternativen. Verlorene Unternehmen, Fähigkeiten und Investitionsmöglichkeiten begrenzen, was später noch erreichbar ist. Die Zukunft bleibt gestaltbar – aber nicht jede heute verfügbare Möglichkeit bleibt bis 2035 offen.[123]

121 Vgl. Kapitel 3.4 und 3.5.
122 Vgl. Kapitel 3.6.
123 Vgl. Kapitel 1.5.

Von der Analyse zu den Szenarien

Die vorangegangene Analyse hat die Voraussetzungen wirtschaftlicher und technologischer Erneuerung, die Möglichkeiten strategischer Handlungsfähigkeit und konkurrierende politische und gesellschaftliche Ordnungsentwürfe untersucht. Sie hat gezeigt, wie diese Entwicklungen einander beeinflussen, aber auch, welche grundlegenden Unterschiede zwischen den Zukunftsvorstellungen der befragten Experten bestehen. Daraus ergibt sich noch keine bestimmte Zukunft. Wie sich Europa und Deutschland bis 2035 entwickeln, hängt von äußeren Veränderungen ebenso ab wie von politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Reaktionen und der Fähigkeit, neue Wege tatsächlich zu beschreiten.

Um unterschiedliche mögliche Zukünfte systematisch untersuchen und miteinander vergleichen zu können, haben wir aus den 27 Tiefeninterviews der ersten Delphi-Welle und der Befragung eines erweiterten Expertenpanels in der zweiten Welle insgesamt **313 Entwicklungsstränge** identifiziert und validiert. Diese wurden zu 27 Faktoren verdichtet. Aus ihnen wählten wir zehn Faktoren aus, die für die Beschreibung und Vergleichbarkeit möglicher Zukunftsverhältnisse besonders relevant sind und deren künftige Entwicklung zugleich mit erheblichen Ungewissheiten verbunden ist.

Diese zehn Faktoren sind: Sicherheitsfähigkeit, geopolitischer Handlungsspielraum, politische Entscheidungsfähigkeit, wirtschaftliche Basis, Produktivität durch KI und neue Technologien, technologische Gestaltungsfähigkeit, staatliche Handlungsfähigkeit, Erneuerungsfähigkeit der Qualifikations- und Talentbasis, demokratische Repräsentation sowie liberale Ordnung.

Die Faktoren bilden gemeinsame Untersuchungsdimensionen für die unterschiedlichen Zukunftswelten. Ihre Ungewissheitsachsen beschreiben die Bandbreite möglicher Entwicklungen bis 2035. Kritisch sind diese Ungewissheiten, weil ihre Ausprägungen einen besonders großen Einfluss auf Europas und Deutschlands Zukunft haben und ihr tatsächlicher Verlauf zugleich in hohem Maße offen ist. Für die einzelnen Zukunftswelten werden die angenommenen Ausprägungen auf einer Skala von 0 bis 10 verortet. Diese Zahlen sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten. Sie beschreiben die für das jeweilige Szenario angenommene Ausprägung eines Faktors auf seiner Ungewissheitsachse.

Wir unterscheiden **drei Archetypen möglicher europäischer Entwicklung: Agonie, Erneuerung und Zerfall.**

Agonie bezeichnet den schleichenden Verlust institutioneller, wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Fähigkeiten. Die Europäische Union besteht fort, verliert jedoch zunehmend die Fähigkeit, ihre eigene Zukunft zu gestalten.

Erneuerung beschreibt Entwicklungen, in denen Europa wirtschaftlich und technologisch wieder zur Weltspitze aufschließt, strategische Handlungsfähigkeit gewinnt und seine demokratisch-pluralistische Ordnung erhält und weiterentwickelt.

Zerfall bezeichnet eine Entwicklung, in der die Europäische Union als gemeinsamer politischer und geopolitischer Akteur verschwindet. An ihre Stelle treten Nationalstaaten und neue, teilweise rivalisierende Bündnisse. Einzelne Staaten können dabei erfolgreich bleiben, ohne dass daraus erneut eine gemeinsame europäische Stärke entsteht.

Innerhalb dieser drei Archetypen haben wir **fünf Zukunftsperspektiven** ausgearbeitet. Zwei beschreiben unterschiedliche Wege der Agonie: die *zentralistische EU als kranker Mann* und die *EU als abhängige Werkbank der USA*. Zwei weitere Perspektiven untersuchen unterschiedliche Wege der Erneuerung: eine *reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften* und ein *innovatives Kerneuropa*. Den Archetyp des Zerfalls bildet die fünfte Perspektive ab: *rivalisierende Nationalstaaten statt EU*.

Diese fünf Perspektiven sind eine begründete analytische Auswahl. Sie stellen weder sämtliche denkbaren Zukünfte dar, noch sind sie nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit geordnet. Dass wir den Zerfall anhand einer Perspektive untersuchen, bedeutet nicht, dass nur ein einziger Zerfallsprozess denkbar wäre.

Auch die Ordnungsentwürfe aus Kapitel 3 sind in den Perspektiven nicht gleichmäßig vertreten. Den Staat, der strategische Entwicklungen selbst finanziert, organisiert und steuert, trägt keine Perspektive in Reinform. Seine Befürworter konnten im Panel nicht darlegen, woher Kapital, institutionelle Fähigkeiten und politische Mehrheiten dafür kommen (Kapitel 3.3). Einzelne Elemente dieses Staatsmodells finden sich dort, wo sie tragen: der Staat als Ankerkunde und als befristeter Träger früher Entwicklungsrisiken.

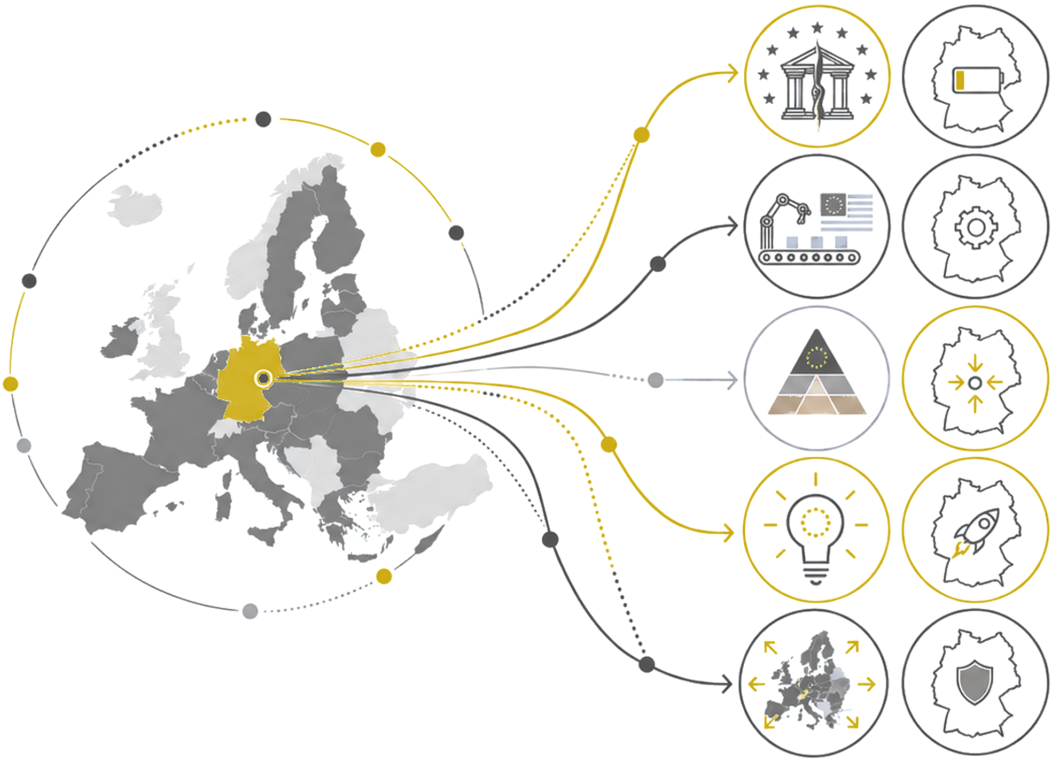
Die fünf Zukunftsperspektiven entstanden, indem wir unterschiedliche mögliche Ausprägungen der zehn Faktoren mit äußeren Entwicklungen, politischen Entscheidungen und institutionellen Antworten verknüpften. Dabei untersuchten wir, wie sich diese Elemente gegenseitig beeinflussen und welche Kombinationen in sich plausible Zukunftsbilder ergeben. Eine sicherheitspolitische Krise, ein technologischer Durchbruch oder ein Regierungswechsel legt den weiteren Verlauf nicht von selbst fest. Den Verlauf bestimmt, wie Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften darauf reagieren und welche Handlungsmöglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen.

Jede der fünf europäischen Perspektiven wird durch ein eigenständiges Deutschland-Szenario ergänzt. Europa und Deutschland sind eng miteinander verbunden, entwickeln sich jedoch nicht zwangsläufig parallel. Eine reformierte europäische Ordnung garantiert noch keine erfolgreiche wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands. Umgekehrt kann Deutschland eigene wirtschaftliche und staatliche Fähigkeiten ausbauen, während Europa insgesamt an Handlungsfähigkeit verliert. Deutschlands Entscheidungen beeinflussen wiederum wesentlich, welche europäische Ordnung entstehen kann.

Die folgenden zehn Szenarien zeigen, wie unterschiedlich sich Europa und Deutschland bis 2035 entwickeln könnten. Ihr Vergleich soll verständlich machen, welche Möglichkeiten sich eröffnen, welche Abhängigkeiten entstehen und welche politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen den weiteren Verlauf prägen können.

Fünf Perspektiven

Zehn Szenarien: Zu jeder Perspektive gehören ein Europa- und ein Deutschland-Szenario.



ÜBERBLICK

Die fünf Perspektiven

AGONIE

Schleichender Verlust institutioneller, wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Fähigkeiten. Die EU besteht fort.



PERSPEKTIVE 1

EUROPA

Die zentralistische EU als kranker Mann

DEUTSCHLAND

Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU





PERSPEKTIVE 2

EUROPA

Die EU als abhängige Werkbank der USA

DEUTSCHLAND

Deutschland: Maschinenwerkbank der USA



ERNEUERUNG

Europa schließt wirtschaftlich und technologisch auf, gewinnt strategische Handlungsfähigkeit und erhält die demokratisch-pluralistische Ordnung.



PERSPEKTIVE 3

EUROPA

Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften

DEUTSCHLAND

Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz





PERSPEKTIVE 4

EUROPA

Innovatives Kerneuropa

DEUTSCHLAND

Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa



ZERFALL

Die EU verschwindet als gemeinsamer politischer und geopolitischer Akteur. Einzelne Staaten können erfolgreich bleiben.



PERSPEKTIVE 5

EUROPA

Rivalisierende Nationalstaaten statt EU

DEUTSCHLAND

Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU

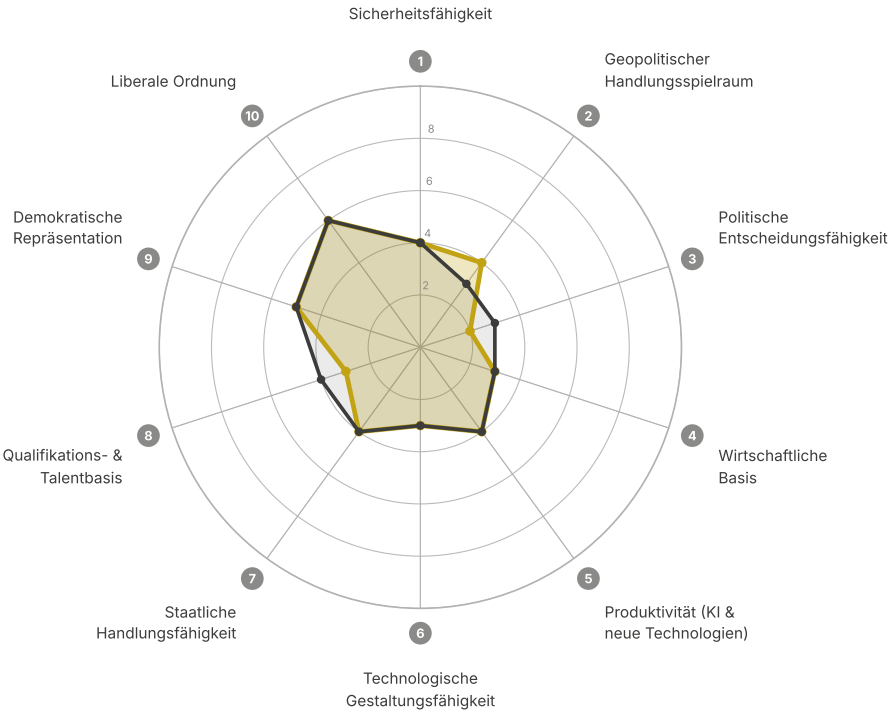


Mini-Profile: Europa (gold) und Deutschland (dunkelgrau), Ausprägung der zehn Faktoren auf einer Skala von 0 bis 10.

Die fünf Perspektiven im Überblick.

Die zentralistische EU als kranker Mann

Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU



Achse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	4	4	2	3	4	3	4	3	5	6
Deutschland	4	3	3	3	4	3	4	4	5	6

Die grauen Nummern bezeichnen die zehn Achsen des Diagramms. Die Zahlen darunter geben die angenommene Ausprägung je Achse im jeweiligen Szenario an (Skala 0 bis 10). Sie sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.



PERSPEKTIVE 1 • EUROPA

Die zentralistische EU als kranker Mann

Die Europäische Union ist 2035 institutionell intakt. Der Binnenmarkt und die gemeinsamen Institutionen bestehen fort. Russlands verstärkte hybride Angriffe in den Jahren 2026 und 2027 haben die europäischen Regierungen unter Handlungsdruck gesetzt und enger zusammengeführt. Washington drängte auf ein rasches Ende des Ukrainekriegs und war zunehmend bereit, dafür die eigene militärische Unterstützung zurückzufahren und den Druck auf Kyjiw zu erhöhen. Die europäischen Regierungen versuchten dagegen, die entstehenden Lücken mit eigenen Mitteln zu schließen und die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine aufrechtzuerhalten. Auch nach Trump blieb die amerikanische Politik MAGA-geprägt: Washington machte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Unterstützung gegenüber seinen Verbündeten immer wieder zur Verhandlungsmasse. Russlands Angriffe und Washingtons Unberechenbarkeit stärkten selbst unter Teilen der bisherigen Protestwählerschaft den Wunsch nach einem verlässlichen europäischen Schutzrahmen. Europaskeptische Kräfte blieben einflussreich, fanden aber keinen ausreichenden Rückhalt für einen grundlegenden Bruch mit der EU. Wiederkehrende Proteste und Regierungswechsel zeigten die Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Regierungen reagierten mit immer neuen, häufig schuldenfinanzierten Entlastungspaketen; wirtschaftliche Krisen in Frankreich und Italien lösten zusätzliche europäische Rettungsprogramme aus. Diese Maßnahmen milderten akuten Unmut, ohne die strukturellen Probleme zu lösen.

Wenn der Druck aus Washington zu groß wurde, suchte die EU durch selektive Kooperation mit China zusätzlichen Handlungsspielraum und kam Peking entgegen. Daraus entstand keine strategische Partnerschaft: Die Öffnung folgte den Konflikten mit den USA, nicht einer langfristigen europäischen Strategie gegenüber China. Europa versuchte, die beiden Machtzentren gegeneinander auszuspielen, geriet aber zunehmend in technologische und wirtschaftliche Abhängigkeit von beiden. Amerikanische KI- und Cloudplattformen sowie chinesische Industrietechnologien ermöglichten punktuelle Produktivitätsgewinne. Die institutionellen Rahmenbedingungen, die private Kapitalbildung, das Wachstum neuer Unternehmen und die Erneuerung bestehender Industrien behinderten, blieben jedoch weitgehend erhalten. Europa erneuerte seine industrielle Basis deshalb nicht in ausreichendem Umfang durch eigene technologische Innovation; neue Wertschöpfung glich den Verlust industrieller Substanz nicht aus. Auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen antwortete die EU mit weiteren Rettungs- und Förderprogrammen. Sie mobilisierte Mittel, um akute Krisen abzufangen, entwickelte aber keine vergleichbare Fähigkeit zum wirtschaftlichen und institutionellen Umbau.

01 SICHERHEITSFÄHIGKEIT

Die NATO besteht fort – Europas eigener Schutz bleibt lückenhaft.

Die NATO besteht fort, aber die Verlässlichkeit amerikanischer Unterstützung ist ungewiss. Wechselnde europäische Vorreitergruppen übernehmen in unterschiedlichem Umfang finanzielle und militärische Verantwortung für die Unterstützung der Ukraine und den Ausbau eigener Verteidigungsfähigkeiten. Eine verbindliche gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Strategie entsteht daraus jedoch nicht. Europas Abschreckungs- und Durchhaltefähigkeit bleibt begrenzt.

02 GEOPOLITISCHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Europa besitzt wirtschaftliches Gewicht, aber immer weniger strategische Wahlfreiheit.

Die EU verfügt weiterhin über einen großen Binnenmarkt und regulatorisches Gewicht. Doch ihre strategischen Wahlmöglichkeiten schrumpfen: Die USA, China und ein erstarkendes Indien können wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten als Druckmittel einsetzen. Europa besitzt noch Gewicht, aber immer weniger Freiheit, es nach eigenen Prioritäten zu nutzen.

03 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT

Mehr gemeinsame Programme beseitigen Europas politische Blockaden nicht.

Die zentralen EU-Institutionen beschließen weiterhin Regeln und Programme, doch grundlegende Konflikte über Finanzierung, Interessen und Prioritäten blockieren gemeinsame Richtungsentscheidungen. Wo Kompromisse gelingen, werden sie häufig so weit verwässert, dass sie wenig verändern. Mehr Zentralisierung erzeugt mehr gemeinsame Verwaltung – aber keine entsprechende gemeinsame Entscheidungsfähigkeit.

04 WIRTSCHAFTLICHE BASIS

Transfers sichern den Bestand – doch die Grundlage für neues Wachstum erodiert.

Bestehende Vermögen, Transfers und Subventionen erhalten einen beträchtlichen Teil der wirtschaftlichen Substanz. Für eine breite Erneuerung reicht das nicht: Unsichere Rahmenbedingungen, Regulierung und geringe Renditeerwartungen bremsen private Investitionen. Europa stabilisiert seine bestehende Wirtschaft, während ihre künftige Ertrags- und Wettbewerbsbasis schwächer wird.

05 PRODUKTIVITÄT DURCH KI & NEUE TECHNOLOGIEN

KI steigert die Produktivität einzelner Unternehmen – der breite Schub bleibt aus.

KI und importierte Technologien machen einzelne Unternehmen und Tätigkeiten produktiver. Doch Erneuerungsinvestitionen, organisatorischer Umbau und die breite Verbreitung erfolgreicher Anwendungen kommen zu langsam voran. Wo die zentralen Plattformen von außereuropäischen Anbietern kontrolliert werden, bleiben zudem wichtige Erträge und Reinvestitionsmöglichkeiten außerhalb Europas.

06 TECHNOLOGISCHE GESTALTUNGSFÄHIGKEIT

Europa kann forschen, prägt aber immer seltener die globalen Technologiemärkte.

Europa bewahrt starke Forschung und industrielle Spezialkompetenzen. Zu selten entstehen daraus international skalierende Unternehmen, die neue Märkte und technische Standards prägen. Die wichtigsten Technologiearchitekturen werden zunehmend anderswo gestaltet – während europäische Erfolge auf einzelne Felder beschränkt bleiben.

07 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Regelbetrieb funktioniert – große Erneuerungsvorhaben bleiben stecken.

Die EU kann ihre laufenden Aufgaben und Transfers weiterhin verwalten. Große Reform-, Investitions- und Krisenprogramme kommen dagegen nur unzuverlässig in der Praxis an. Zwischen Beschluss und Wirkung klafft eine wachsende Lücke: Der Bestand funktioniert besser als seine Erneuerung.

08 ERNEUERUNGSFÄHIGKEIT DER QUALIFIKATIONS- & TALENTBASIS

Die Bildungsinstitutionen bestehen fort – neue Fähigkeiten entstehen zu langsam.

Bildung und Weiterbildung bleiben institutionell vorhanden, erneuern Qualifikationen aber zu langsam. Die Unterschiede zwischen europäischen Ländern nehmen zu; zugleich verliert Europa an Attraktivität für international mobile Talente. Bestehende Kompetenz schützt vor dem völligen Rückfall, ersetzt jedoch keinen rechtzeitigen Aufbau neuer Fähigkeiten.

09 DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION

Regierungen wechseln, die Unzufriedenheit bleibt – der gemeinsame Schutzrahmen hält.

Wahlen und Vertretungsorgane funktionieren; Proteste, neue Parteien und Regierungswechsel prägen jedoch den politischen Alltag. Europaskeptische Kräfte bleiben einflussreich, finden für einen Bruch mit dem gemeinsamen europäischen Schutzrahmen aber keinen ausreichenden Rückhalt. Auf den Unmut reagieren Regierungen mit häufig schuldenfinanzierten Entlastungs- und Maßnahmenpaketen. Diese mildern akute Konflikte, ohne die Ursachen der Unzufriedenheit zu beseitigen oder die politische Repräsentation zu erneuern.

10 LIBERALE ORDNUNG

Die liberale Ordnung hält – ihre Belastbarkeit nimmt unter Dauerkrisen ab.

Grundrechte, unabhängige Justiz und freie Öffentlichkeit bleiben tragende Elemente Europas. Das unterscheidet die zentralistische Agonie klar von einer autoritären Ordnung. Dauerkrisen, Verteilungskonflikte und politische Ermüdung setzen die liberalen Sicherungen jedoch zunehmend unter Druck.



PERSPEKTIVE 1 • DEUTSCHLAND

Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU

Deutschland bleibt trotz schwindender wirtschaftlicher und technologischer Stärke ein wichtiger Stabilitätsanker Europas. Wirtschaftskrisen in Frankreich und Italien sowie die russische Bedrohung treiben eine krisenhafte EU-Zentralisierung durch Rettungs- und Sicherheitsprogramme, ohne dass die Entscheidungs- und Investitionsordnung grundlegend reformiert wird. Angesichts schwindender amerikanischer Sicherheitsgarantien versucht Deutschland, zwischen den USA und China eigenständig zu bleiben; seine Abhängigkeiten von beiden wachsen. Staat und Sozialversicherungen schützen bestehende Zusagen, während industrielle Erneuerung, Infrastruktur und Aufstiegschancen zurückbleiben. Die liberale Demokratie besteht fort, verliert jedoch an Vertrauen und politischer Wirksamkeit.

A. Äußere und innere Sicherheit

1 AUSSENPOLITISCHE KONFLIKTE & BÜNDNISVERANTWORTUNG

Deutschland versucht, zwischen den USA und China strategisch eigenständig zu bleiben – während Russland Europa weiter destabilisiert.

Deutschland hält an der NATO fest, sucht angesichts des amerikanischen Rückzugs aber zusätzliche Handlungsspielräume gegenüber China. Berlin wirbt innerhalb der EU für einen erleichterten Marktzugang chinesischer Produkte und versucht im Gegenzug, Peking zu mäßigendem Einfluss auf Russlands aggressive und destabilisierende Politik zu bewegen. Die USA verlangen dagegen eine weitgehende Abschottung des europäischen Marktes gegenüber China und erhöhen den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Druck. Deutschland und die EU verhandeln von Krise zu Krise, ohne eine konsistente strategische Linie durchzusetzen. Der erhoffte Einfluss Chinas auf Russland bleibt begrenzt; die technologischen Abhängigkeiten von beiden Weltmächten wachsen.

2 ÄUSSERE SICHERHEIT

Deutschland erhöht seine Verteidigungsausgaben – doch Europas industrielle Zersplitterung verhindert eine ausreichend wirksame Abschreckung.

Deutschland führt einen begrenzten Bedarfswehrdienst ein, stärkt die Reserve und erhöht die Verteidigungsausgaben. Trotz erheblicher europäischer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verhindern fragmentierte Beschaffung, nationale Sonderlösungen und geringe Produktionsserien eine mit den USA vergleichbare Skalierung und Ertragskraft der Verteidigungsindustrie. Investitionen in neue Kapazitäten bleiben unzureichend; neue Technologien und Erfahrungen aus internationalen Konflikten werden zu langsam in Waffensysteme, Ausbildung und

Einsatzkonzepte übernommen. Der amerikanische Rückzug und Europas fallweise Annäherung an China schwächen zusätzlich die Abschreckung an den östlichen EU-Grenzen. Russland bleibt ein aggressiver und destabilisierender Akteur.

3 INNERE SICHERHEIT

Neue Sicherheitsgesetze ersetzen keine Polizisten, Staatsanwälte und Richter.

Nach sichtbaren Gewaltfällen verschärft die Regierung Strafandrohungen und kündigt Sonderprogramme an, während dauerhafte Personal- und Verfahrensreformen ausbleiben. Behörden priorisieren akute Gefahren, Prävention und weniger dringliche Verfahren warten; der Rechtsstaat bleibt verbindlich, verliert aber Glaubwürdigkeit, wenn sein schärferes Versprechen erst nach Jahren eingelöst wird.

B. Gesellschaft & Chancen

4 EINWANDERUNG, ASYL & INTEGRATION

Deutschland benötigt internationale Spitzenkräfte – doch die begehrtesten Talente wählen andere Standorte.

Deutschland eröffnet zusätzliche Zuwanderungswege und finanziert befristete Integrationsprogramme, ohne Anerkennungs-, Aufenthalts- und Integrationsverfahren grundlegend zu erneuern. Wissenschaftler, Ingenieure, Unternehmer und technologische Spitzenkräfte, die Deutschland für seine wirtschaftliche Erneuerung benötigt, entscheiden sich zunehmend für andere Länder. Kommunen bleiben bei Sprache, Bildung und Integration unzureichend ausgestattet. Individuelle Schutzansprüche werden weiterhin rechtsstaatlich geprüft, doch langwierige Verfahren belasten die Behörden und verzögern Entscheidungen. Deutschland nimmt weiterhin Menschen auf, verliert aber gerade im internationalen Wettbewerb um besonders gefragte Talente an Attraktivität.

5 BILDUNG

Deutschland erhält seine Bildungsstrukturen – verliert aber zunehmend auch in der Spitzenforschung den internationalen Anschluss.

Bund und Länder reagieren auf sinkende Bildungsleistungen mit Förderprogrammen und Übergangslösungen, ohne das Bildungswesen grundlegend zu erneuern. Schulen und Hochschulen entwickeln sich zunehmend auseinander; familiäre Herkunft bestimmt Bildungs- und Aufstiegschancen stärker. Zugleich gehen öffentliche Mittel für Spitzenforschung zurück. Private Finanzierungsquellen könnten einen Teil der Lücke schließen, werden jedoch wegen rechtlicher Hürden und gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber stärker privat finanzierter Forschung nicht annähernd ausgeschöpft. Einzelne Forschungsstandorte bleiben international führend, doch insgesamt verliert Deutschland wissenschaftliche Talente, Forschungsfähigkeit und technologische Anschlussmöglichkeiten.

6 SOZIALE MOBILITÄT

Der Sozialstaat gleicht Einkommen nachträglich aus – Aufstieg organisiert er immer seltener.

Deutschland erhöht zielgerichtete Zuschüsse und verlängert Härtefallhilfen, während Zugänge zu guter Bildung, Weiterbildung, Kapital und Unternehmertum nur punktuell verbessert werden. Transfers mildern Not und sichern bestehende Lebensverhältnisse, ersetzen aber keine neuen Erwerbs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Familiäres Vermögen, Beziehungen und privat finanzierte Qualifizierung gewinnen gegenüber eigener Leistung an Gewicht. Menschen ohne solche Reserven bleiben auf Unterstützung angewiesen; der Sozialstaat stabilisiert ihre Lage, kann das Versprechen eines Aufstiegs aus eigener Kraft aber immer seltener einlösen.

7 WOHNEN

Die Politik deckelt Mieten und bezuschusst Wohnen – gebaut wird trotzdem zu wenig.

Deutschland weitet Mietpreisregeln und Wohngeld aus und legt weitere Bauprogramme auf. Lange Genehmigungen, unzureichend mobilisiertes Bauland, hohe Baukosten und fehlendes Investitionskapital begrenzen den Neubau. Bestandsmieter werden teilweise geschützt; Wohnungssuchende konkurrieren weiter um knappe Angebote. Wohnungsmangel erschwert berufliche Wechsel und verzögert die Gründung eigener Haushalte. In schrumpfenden Regionen stehen zugleich Wohnungen leer, für deren Erneuerung die Mittel fehlen. Zusätzliche Unterstützung federt die Wohnkosten ab, behebt aber die regional unterschiedlichen Angebotsengpässe nicht.

C. Staat & Demokratie

8 POLITISCHES VERTRAUEN & REPRÄSENTATION

Zentrale Kompromissregelungen verdrängen subsidiäre Entscheidungen – politische Verantwortung wird zunehmend unkenntlich.

Deutschland reagiert auf politische Konflikte mit immer detaillierteren, zentral ausgehandelten Kompromissregelungen, statt Entscheidungen und Verantwortung konsequent auf die jeweils geeignete Ebene zu verlagern. Bund und Länder sowie die europäischen Institutionen schaffen zusätzliche Programme und Vorgaben, deren Umsetzung Kommunen und Behörden überfordert. Die Handlungsspielräume vor Ort schrumpfen; zugleich bleibt unklar, welche politische Ebene für Ergebnisse und Versäumnisse verantwortlich ist. Populistische Parteien gewinnen an Boden, zugleich brechen neue demokratische Parteien und Bewegungen durch; häufige Regierungswechsel verändern die zentralistische Entscheidungslogik jedoch kaum. Bürger erleben Politik zunehmend als ein System, das ihre Probleme verwaltet, statt sie zu lösen.

9 LEBENDIGE DEMOKRATIE & GEWALTENTEILUNG

Die Gewaltenteilung besteht fort – doch das Parlament verliert Gestaltungskraft und die Bürger das Gefühl politischer Teilhabe.

Die Bundesregierung erarbeitet zunehmend komplexe Gesetzes- und Krisenpakete unter Beteiligung organisierter Interessen. Der Bundestag baut weder ausreichende eigene fachliche Ressourcen noch eine entsprechend unabhängige Gesetzgebungskompetenz auf und bleibt bei der Ausarbeitung politischer Lösungen stark von der Exekutive abhängig. Gerichte klären Konflikte über komplizierte Regeln und unerfüllte Ansprüche, können politische Entscheidungen aber nicht ersetzen. Unabhängige Justiz, freie Medien, Opposition und Grundrechte bleiben bestehen. Gleichzeitig erleben immer mehr Bürger, dass Wahlen und politische Beteiligung kaum Veränderungen bewirken. Die liberale Demokratie bleibt institutionell erhalten, verliert aber an wahrgenommener Wirksamkeit und gesellschaftlichem Vertrauen.

10 BÜROKRATIE & REGULIERUNG

Für jede Entlastung entsteht eine neue Ausnahme – und für jede Ausnahme ein Nachweis.

Deutschland digitalisiert Anträge und ergänzt bestehende Vorschriften um Härtefallregeln und befristete Erleichterungen, statt Genehmigungs-, Berichts- und Förderpflichten grundlegend zu vereinfachen. Zusätzliche europäische Programme kommen zu nationalen Verfahren hinzu. Unternehmen und Kommunen müssen ähnliche Angaben mehrfach nachweisen und Förderbedingungen laufend neu erfüllen. Einzelne digitale Leistungen werden schneller, das Gesamtsystem bleibt aufwendig. Kapital und Fachkräfte fließen in die Bewältigung der Regeln; unsichere Fristen und wechselnde Ausnahmen erschweren langfristige Investitionen.

11 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Staat schafft neue Koordinierungsstellen – Verantwortung und Umsetzung bleiben zersplittert.

Bund, Länder und Kommunen reagieren auf gescheiterte Vorhaben mit Koordinierungsstäben, Sonderbeauftragten und neuen Förderlinien, statt Aufgaben, Entscheidungsmacht und Finanzierung neu zu ordnen. Deutschland unterstützt mehr zentrale europäische Steuerung von Krisenprogrammen, ohne die nationalen Zuständigkeitsketten zu verkürzen. Zusätzliche Abstimmung ersetzt klare Verantwortung. Der Regelbetrieb funktioniert weiter und einzelne Verwaltungen modernisieren sich; komplexe Investitionen und Reformen bleiben jedoch zwischen Behörden, Finanzierungszusagen und politischen Vorbehalten hängen. Die Zahl der Programme wächst schneller als die Fähigkeit, sie umzusetzen.

12 ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN & INFRASTRUKTUR

Repariert wird, was ausfällt – erneuert wird, was danach noch finanzierbar ist.

Bund, Länder und Kommunen priorisieren Notinstandsetzungen, verschieben Ersatzinvestitionen und bündeln Einrichtungen in größeren Einzugsgebieten. Auch bewilligte Mittel werden wegen fehlender Planungskapazitäten und langwieriger Verfahren nicht rechtzeitig verbaut. Straßen, Brücken, Bahntrassen, Schulen sowie Energie- und Datennetze bleiben grundsätzlich nutzbar, werden aber störanfälliger.

Sperrungen, Umwege und eingeschränkte Öffnungszeiten nehmen zu. Bürger und Unternehmen bezahlen den Investitionsstau mit Zeit, höheren Betriebskosten und privaten Ausweichlösungen; neue Programme verhindern einzelne Ausfälle, holen den Erneuerungsbedarf aber nicht ein.

D. Wirtschaft, Arbeit & Transformation

13 TECHNOLOGIE & KAPITAL

Deutschland hat einige technologische Spitzen mobilisiert – aber zu wenig Kapital und Wertschöpfung für eine breite Erneuerung.

Deutschland fördert Forschung und technologische Pilotprojekte, erneuert jedoch weder die private Kapitalbildung noch die europäischen Wachstumsfinanzierungsstrukturen grundlegend. Einzelne Forschungsstandorte, Hidden Champions und neue Deep-Tech-Unternehmen bleiben international erfolgreich. Viele Start-ups suchen für ihre Skalierung Kapital und Wachstumsmöglichkeiten im Ausland, insbesondere in den USA, zunehmend aber auch in China und Indien. Damit verlagern sich Teile ihrer Wertschöpfung und technologischen Entwicklung. Amerikanische Digitalplattformen und chinesische Industrietechnologien ermöglichen zwar Produktivitätsfortschritte, doch diese bleiben auf einzelne Unternehmen und Branchen konzentriert. Die Verluste industrieller Substanz werden durch neue Technologiemärkte nicht annähernd ausgeglichen.

14 KLIMA- & ENERGIEPOLITIK

Deutschland verschiebt seine Klimaziele – ohne die Voraussetzungen für ihre Erreichung grundlegend zu verändern.

Deutschland und die EU haben anerkannt, dass ihre bisherigen Klimaneutralitätsziele nicht erreichbar sind. Deutschland verschiebt sein Ziel von 2045 auf 2055, die EU ihres von 2050 auf 2060. Auch die Zwischenziele werden angepasst, ohne einen glaubwürdigen, finanzierten und umsetzbaren Weg zur Erreichung der neuen Ziele zu entwickeln. Deutschland verlängert Energiehilfen und unterstützt gefährdete Industriestandorte, während hohe Systemkosten, wechselnde Förderbedingungen und ein unzureichender Netzausbau die Investitionen belasten. Einzelne technologische Innovationen setzen sich durch, werden aber zu langsam industriell skaliert. Die Verschiebung der Klimaziele verschafft kurzfristig Entlastung, ohne die wirtschaftlichen und technologischen Ursachen der verfehlten Transformation zu beheben.

15 ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG

Deutschland stützt Beschäftigung mit staatlichen Hilfen – dennoch steigt die Zahl der Arbeitslosen auf rund vier Millionen.

Deutschland verlängert Kurzarbeit, Beschäftigungshilfen und staatliche Unterstützung für gefährdete Industriestandorte. Unternehmen reagieren auf sinkende Profitabilität dennoch zunehmend mit Personalabbau, Standortschließungen und der Verlagerung von Produktion. Neue Wachstumsunternehmen und Tätigkeitsfelder entstehen nicht schnell genug, um die Arbeitsplatzverluste auszugleichen. Die Arbeitslosenquote liegt

2035 bei rund neun Prozent. Die steigende Arbeitslosigkeit erhöht die Ausgaben der Sozialversicherungen und belastet die öffentlichen Haushalte zusätzlich. Staatliche Programme mildern die sozialen Folgen des Strukturwandels, können dessen wirtschaftliche Ursachen aber nicht beseitigen.

16 STEUERN

Das Steuersystem finanziert alte Versprechen mit immer neuen Sonderlösungen.

Deutschland ergänzt das bestehende Steuersystem um befristete Investitionsabzüge, Zuschläge und Ausnahmen für besonders belastete Gruppen, statt es grundlegend zu vereinfachen. Der Finanzierungsdruck bleibt hoch; europäische und nationale Entlastungen werden jeweils für einzelne Krisen ausgehandelt. Unternehmen mit eigener Steuerexpertise nutzen Sonderregeln, kleinere Betriebe tragen vergleichsweise hohe Beratungs- und Nachweiskosten. Wiederkehrende Änderungen erschweren langfristige Investitionsrechnungen. Einzelne Entlastungen bleiben wirksam, schaffen aber weder verlässliche Bedingungen für breite Kapitalbildung noch eine dauerhaft tragfähigere Einnahmebasis.

17 INFLATION & PREISE

Der Staat dämpft einzelne Rechnungen – den schleichenden Wohlstandsverlust stoppt er nicht.

Bei politisch brisanten Preissteigerungen verlängert Deutschland Zuschüsse, vorübergehende Preisbremsen und Entlastungspakete. Sie schützen Haushalte und Betriebe kurzfristig, während Versorgungsengpässe und die schwache Produktivitätsentwicklung fortbestehen. Die Kosten werden über Steuern, Abgaben oder spätere Haushalte getragen. Schwache Einkommenszuwächse und steigende Belastungen verengen den finanziellen Spielraum vieler Haushalte auch ohne dauerhaft hohe Inflation. Private Ausgaben für Leistungen, die öffentliche Einrichtungen nicht mehr verlässlich erbringen, verstärken den Verlust an verfügbarem Wohlstand.

E. Soziale Sicherung & öffentliche Finanzen

18 HAUSHALT & STAATSFINANZEN

Deutschland finanziert den Zusammenhalt Europas – und verschiebt dafür einen Teil seiner eigenen Erneuerung.

Deutschland beteiligt sich an europäischen Rettungs- und Stabilisierungsprogrammen, insbesondere angesichts wirtschaftlicher Krisen in Frankreich und Italien. Zugleich finanziert es steigende Verteidigungslasten, Industriehilfen und Rentenzuschüsse. Die höhere Arbeitslosigkeit belastet Sozialversicherungen und öffentliche Haushalte zusätzlich. Die Regierung nutzt Sondertöpfe, zusätzliche Kredite und die zeitliche Streckung von Ausgaben, statt bestehende Verpflichtungen grundlegend neu zu priorisieren. Akute Krisen werden begrenzt, strukturelle Reformen aber erneut vertagt. Deutschland bleibt ein finanzieller Stabilitätsanker Europas; wachsende Finanzierungslasten und verschobene Zukunftsinvestitionen schwächen jedoch die wirtschaftliche Grundlage dieser Rolle.

19 RENTEN & ALTERSSICHERUNG

Die Rentenzusage wird verteidigt – bezahlt wird ihre Stabilität von den Nachrückenden.

Deutschland schützt laufende Rentenansprüche, erhöht Beiträge und Steuerzuschüsse und verschiebt größere Veränderungen bei Rentenzugang und Finanzierung. Betriebliche und private Vorsorge bleiben ergänzend, verbreitern die Finanzierungsbasis aber nicht ausreichend. Bestehende Ansprüche werden verlässlicher bedient als neue Aufstiegschancen finanziert. Erwerbstätige tragen höhere Lasten und sollen zugleich mehr für ihr eigenes Alter zurücklegen. Gerade Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen fehlen dafür zunehmend die Mittel; das Vertrauen in die spätere Tragfähigkeit der eigenen Alterssicherung sinkt.

20 GESUNDHEIT & PFLEGE

Der Leistungsanspruch bleibt breit – der rechtzeitige Zugang zur Versorgung wird enger.

Deutschland hält am breiten Leistungsversprechen der Kranken- und Pflegeversicherung fest, erhöht Beiträge und stützt gefährdete Einrichtungen mit Zuschüssen. Personalgewinnung, Spezialisierung und die Neuordnung von Standorten und Abläufen bleiben hinter dem Bedarf zurück. Leistungsfähige Einrichtungen bieten weiterhin hochwertige Medizin, zugleich werden Wartezeiten, längere Wege und die Verfügbarkeit pflegender Angehöriger entscheidender für den tatsächlichen Zugang. Wer privat ergänzen oder ausweichen kann, hat bessere Möglichkeiten. Die solidarische Zusage bleibt bestehen, ihre verlässliche Einlösung wird regional und sozial ungleicher.

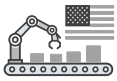
Die EU als abhängige Werkbank der USA

Deutschland: Maschinenwerkbank der USA



Achse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	7	3	5	6	5	5	6	5	6	6
Deutschland	7	4	6	7	6	6	7	7	7	6

Die grauen Nummern bezeichnen die zehn Achsen des Diagramms. Die Zahlen darunter geben die angenommene Ausprägung je Achse im jeweiligen Szenario an (Skala 0 bis 10). Sie sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.



Die EU als abhängige Werkbank der USA

Die Europäische Union ist 2035 eng in die amerikanische Sicherheits-, Wirtschafts- und Technologieordnung eingebunden. Nach den transatlantischen Verwerfungen der Trump-Jahre erneuerte eine demokratisch geführte US-Administration das Angebot partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Sie hielt den nuklearen Schutzschirm über Europa aufrecht und übernahm erneut verlässliche Verpflichtungen zur Unterstützung der Ukraine. Die europäischen Staaten führten ihre finanzielle und militärische Unterstützung unvermindert fort. Das erneuerte amerikanische Engagement stärkte die gemeinsame Abschreckungsfähigkeit und die Sicherheit Europas, ohne die russische Bedrohung zu beseitigen. Washington verband seine Zusagen jedoch mit klaren Gegenleistungen: einer verlässlichen Einbindung Europas in die amerikanische Sicherheitspolitik, der Mitwirkung an der wirtschaftlichen und technologischen Eindämmung Chinas und günstigeren regulatorischen Bedingungen für amerikanische Technologieunternehmen. Deutschland und zahlreiche weitere Mitgliedstaaten unterstützten diese Orientierung. Ihre Regierungen nahmen die wachsende Abhängigkeit bewusst in Kauf und vermittelten sie als Einsicht in die Notwendigkeit. Amerikanische Sicherheitsleistungen und verfügbare Technologien versprachen, die industrielle Leistungsfähigkeit Europas zu erhalten, ohne die tiefgreifenden institutionellen Veränderungen und politischen Konflikte einer eigenständigen Erneuerung bewältigen zu müssen.

Die EU bleibt dadurch institutionell weitgehend unreformiert. Ihre Kapitalmärkte sind weiterhin fragmentiert; zu wenig privates Anlagekapital fließt in die Skalierung eigener Technologieunternehmen, während europäisches Vermögen amerikanische Technologieökosysteme mitfinanziert. Politische Zuständigkeiten, Verantwortung und Finanzierung werden nicht grundlegend neu geordnet. Dennoch gelingt die Umsetzung ausgewählter Industrie- und Infrastrukturvorhaben, besonders in Deutschland; auf europäischer Ebene bremsen Verteilungskonflikte das gemeinsame Handeln. Amerikanische KI- und Plattformtechnologien sowie der Umbau betrieblicher Abläufe steigern die Produktivität europäischer Unternehmen. Eigene industrielle Spitzen bleiben erhalten, doch konkurrenzfähige europäische Alternativen zu den zentralen digitalen Basissystemen fehlen. Chinesische Systeme stehen in diesen strategischen Bereichen aufgrund der gemeinsamen Eindämmungspolitik nicht als Ausweichoption zur Verfügung. Die USA sichern die Stellung ihrer Technologieunternehmen zugleich politisch ab. Steigende Technologieentgelte, die Verlagerung margenstarker Geschäftsfelder und Investitionen in die USA sowie eingeschränkte Absatzmöglichkeiten in chinesisch geprägten Märkten begrenzen die in Europa verbleibenden Erträge. Auch der amerikanische Markt bleibt durch protektionistische Maßnahmen geschützt. Europa modernisiert Teile seiner Wirtschaft, schafft aber nicht die Voraussetzungen, aus seiner Abhängigkeit herauszuwachsen. Die industrielle Basis bleibt beträchtlich, während die Wirtschaft stagniert und die finanziellen Spielräume für öffentliche Leistungen und soziale Sicherung schwinden.

01 SICHERHEITSFÄHIGKEIT

Amerikanischer Schutz bleibt verfügbar – Europa trägt höhere Lasten und bindet sich enger.

Die NATO bleibt unter US-Führung bestehen; amerikanische Schlüsselfähigkeiten sind grundsätzlich verfügbar. Washington bindet seine Unterstützung jedoch an Gegenleistungen: Europa trägt mehr zur Verteidigung der eigenen Flanken bei und engagiert sich stärker in von den USA priorisierten Konflikträumen, etwa im Nahen Osten. Die erneuerten Zusagen ersetzen keine eigenständige europäische Sicherheitsfähigkeit.

02 GEOPOLITISCHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Die amerikanische Einbindung sichert Zugänge – eigenständige strategische Optionen schrumpfen.

Die Einbindung in den US-geführten Wirtschafts-, Technologie- und Sicherheitsraum begrenzt Europas eigenständige strategische Optionen. Die schleppende Integration des Westbalkans lässt zugleich strategische Zwischenräume bestehen, die Russland und China für politischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Einfluss nutzen.

03 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT

Die transatlantische Ausrichtung erleichtert Entscheidungen – Europas Strukturkonflikte bleiben.

Die transatlantische Orientierung gibt gemeinsame Prioritäten vor und erleichtert Anpassungsentscheidungen. Innereuropäische Verteilungs- und Strukturkonflikte bleiben jedoch bestehen. Auch strategisch wichtige Erweiterungsentscheidungen kommen nur langsam voran; unterschiedliche nationale Interessen erschweren die dauerhafte Einbindung des Westbalkans und der Ukraine.

04 WIRTSCHAFTLICHE BASIS

Die Industrie trägt weiter – ihre Erträge schaffen zu wenig eigenständige Erneuerung.

US-geführte Märkte und Wertschöpfungsketten sichern industrielle Einkommen und tragen private Investitionen. Ein Teil der Erträge und zentrale Investitionsentscheidungen liegen jedoch außerhalb der EU. Wirtschaftliche Substanz bleibt erhalten, ohne eine breite eigenständige Erneuerung zu tragen; Protektionismus und eingeschränkte Absatzmöglichkeiten begrenzen das Wachstum.

05 PRODUKTIVITÄT DURCH KI & NEUE TECHNOLOGIEN

Amerikanische Technologie steigert die Produktivität – der gesamtwirtschaftliche Schub bleibt begrenzt.

Amerikanische KI- und Plattformtechnologien steigern die Produktivität europäischer Unternehmen, wenn diese ihre Produktions- und Dienstleistungsprozesse entsprechend reorganisieren. In industriell starken Unternehmen gelingt dies sichtbar; in vielen anderen Branchen kommen organisatorischer Umbau und Verbreitung der Anwendungen jedoch langsamer voran. So bleibt der Produktivitätsschub spürbar, aber gesamtwirtschaftlich begrenzt.

06 TECHNOLOGISCHE GESTALTUNGSFÄHIGKEIT

Europas industrielle Technologiespitzen bleiben erhalten – bei digitalen Basissystemen dominieren amerikanische Anbieter.

Im Maschinenbau, in der Medizintechnik, der industriellen KI und weiteren produktionsnahen Deep-Tech-Feldern behaupten europäische Unternehmen eigene Entwicklungs- und Marktpositionen. Auch neue Hidden Champions können hier entstehen. Bei den großen digitalen Plattformen und übergreifenden Software- und KI-Systemen dominieren dagegen amerikanische Anbieter. Industrielle Technologiestärke und digitale Abhängigkeit bestehen nebeneinander.

07 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Ausgewählte Vorhaben gelingen – die institutionelle Gesamtordnung bleibt weitgehend unreformiert.

Selektiv modernisierte öffentliche Strukturen ermöglichen Infrastrukturvorhaben, industrielle Einbindung und die Umsetzung transatlantischer Standards. Jenseits dieser Prioritäten bleiben administrative Leistungsfähigkeit und Reformumsetzung zwischen den Mitgliedstaaten ungleich. Operative Verbesserungen ersetzen keine grundlegende Neuordnung von Aufgaben, Verantwortung und Finanzierung.

08 ERNEUERUNGSFÄHIGKEIT DER QUALIFIKATIONS- & TALENTBASIS

Qualifizierung folgt der industriellen Nachfrage – die breitere Erneuerung bleibt lückenhaft.

Unternehmen und Bildungseinrichtungen qualifizieren gezielt für Anwendungen und Tätigkeiten im US-geführten Wirtschaftsraum. Die breitere Erneuerung von Bildungswegen und Talentgewinnung bleibt jedoch zwischen Branchen und Mitgliedstaaten lückenhaft. Verfügbare Kompetenzen werden angepasst, ohne die gesamte Talentbasis zu erneuern.

09 DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION

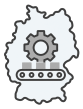
Demokratische Verfahren funktionieren – Verantwortung bleibt auf europäischer Ebene schwer zurechenbar.

Wahlen, politischer Wettbewerb und parlamentarische Kontrolle bleiben funktionsfähig. Unübersichtliche Zuständigkeiten und ungleiche gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten begrenzen jedoch die demokratische Rechenschaft auf EU-Ebene. Die transatlantische Ausrichtung beseitigt diese institutionellen Schwächen nicht.

10 LIBERALE ORDNUNG

Die liberale Ordnung bleibt erhalten – Verteilungskonflikte schwächen ihre Belastbarkeit.

Grundrechte, unabhängige Justiz und eine pluralistische Öffentlichkeit bleiben innerhalb der transatlantischen Einbindung geschützt. Anhaltende Verteilungskonflikte und gesellschaftliche Spannungen setzen diese Sicherungen unter Druck, ohne sie grundsätzlich aufzuheben. Wirtschaftliche Abhängigkeit führt nicht automatisch zu einer autoritären Ordnung.



PERSPEKTIVE 2 • DEUTSCHLAND

Deutschland: Maschinenwerkbank der USA

Deutschland bindet sich eng an die amerikanische Sicherheits-, Wirtschafts- und Technologieordnung und trägt die Eindämmungspolitik gegenüber China mit. Die EU bleibt erhalten, aber institutionell weitgehend unreformiert. Leistungsfähige Industrien bestehen fort, während die Wirtschaft stagniert. Unzureichende Kapitalmobilisierung verhindert die breite Skalierung eigener digitaler Alternativen; wachsende US-Abhängigkeiten begrenzen Margen, Reinvestitionen und politische Handlungsspielräume. Der amerikanische Markt bleibt geschützt, Russland ein dauerhafter Destabilisierungsfaktor. Deutschland modernisiert einzelne staatliche Leistungen, erneuert aber weder seine Aufgabenordnung noch die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten grundlegend. Haushalte und Sozialsysteme geraten zunehmend unter Druck. Die liberale Demokratie bleibt bestehen; gesellschaftliche Konflikte verschärfen sich.

A. Äußere und innere Sicherheit

1 AUSSENPOLITISCHE KONFLIKTE & BÜNDNISVERANTWORTUNG

Deutschland folgt der amerikanischen Strategie.

Deutschland trägt die amerikanische Eindämmungspolitik gegenüber China weitgehend vorbehaltlos mit. Berlin setzt sich innerhalb der EU für entsprechende Exportkontrollen und Beschränkungen chinesischer Technologien ein und richtet seine Außenpolitik eng an Washington aus. Dafür verhandelt es über Sicherheitsleistungen, Technologiezugang und industrielle Aufträge. Amerikanische Schutzzölle und Anreize zur Produktion in den USA bleiben jedoch über Regierungswechsel hinweg bestehen. Deutsche Unternehmen verlieren Absatzmöglichkeiten in chinesischen Einflussgebieten, ohne gleichwertige neue Zugänge zu gewinnen. Industrielle Spezialkompetenzen ermöglichen einzelne Zugeständnisse; die grundsätzlichen Bedingungen der Einbindung bestimmt überwiegend Washington.

2 ÄUSSERE SICHERHEIT

Deutschland bewältigt ein hohes Verteidigungsengagement – Russland bleibt ein ungelöstes europäisches Sicherheitsproblem.

Deutschland baut Berufsstreitkräfte und eine vertraglich gebundene Reserve aus und richtet Beschaffung, Ausbildung und Logistik auf den amerikanisch geführten NATO-Verbund aus. Eigene Rüstungsunternehmen liefern anspruchsvolle Systeme und Komponenten; die konventionelle Einsatzfähigkeit verbessert sich. Bei nuklearer Abschreckung sowie zentralen Aufklärungs- und Führungsfähigkeiten bleibt Deutschland

auf die USA angewiesen. Washington verlangt größere europäische Beiträge und zusätzliche Unterstützung außerhalb Europas, insbesondere im Nahen Osten, priorisiert aber den Wettbewerb mit China. Russlands imperiale Politik und die Destabilisierung Europas werden dadurch nicht beendet. Deutschland übernimmt mehr Verantwortung, ohne die amerikanischen Prioritäten bestimmen oder eine eigenständige europäische Sicherheitsordnung durchsetzen zu können.

3 INNERE SICHERHEIT

Der Staat schützt kritische Infrastruktur und industrielle Standorte – für Sicherheit im Alltag bleiben die Mittel knapp.

Bund und Länder konzentrieren zusätzliche Ermittlungs-, Justiz- und technische Kapazitäten auf Cyberangriffe, Sabotage, Wirtschaftsspionage und organisierte Kriminalität. Die Zusammenarbeit mit amerikanischen Behörden und Technologieanbietern verbessert einzelne Abwehrfähigkeiten, schafft aber zusätzliche technische Abhängigkeiten. Russische Destabilisierungsversuche binden dauerhaft Ressourcen. Priorisierte Verfahren werden schneller bearbeitet; kommunale Prävention und weniger sichtbare Alltagskonflikte konkurrieren weiter um knappe Mittel. Rechtsstaatliche Kontrolle bleibt bestehen. Die gezielte Verstärkung schützt wichtige Funktionen, führt aber nicht zu einer flächendeckenden Verbesserung der Sicherheitslage.

B. Gesellschaft & Chancen

4 EINWANDERUNG, ASYL & INTEGRATION

Deutschland gewinnt hochqualifizierte Fachkräfte – eine breite Erneuerung seiner Talentbasis gelingt nicht.

Deutschland erleichtert Zuwanderung und Anerkennung gezielt für nachgefragte technische und versorgungsrelevante Qualifikationen. Unternehmen beteiligen sich an Integrationsmaßnahmen. Leistungsfähige Industriebetriebe gewinnen weiterhin Fachkräfte, während kapitalintensive Gründungs- und Forschungsvorhaben viele internationale Spitzenkräfte in die USA ziehen. Außerhalb der priorisierten Berufsfelder bleiben Verfahren und berufliche Zugänge schwerfällig. Kommunale Integrationsangebote stehen unter Finanzierungsdruck; knapper Wohnraum und schwache Beschäftigungsdynamik erschweren gesellschaftliche Teilhabe. Asyl und andere Schutzansprüche werden unabhängig vom Arbeitskräftebedarf individuell geprüft und bleiben gerichtlich überprüfbar.

5 BILDUNG

Der akademische Abschluss verliert als Aufstiegsversprechen an Wert – die duale Ausbildung gewinnt an Bedeutung.

Deutschland erhält seine bestehenden Bildungsstrukturen weitgehend und konzentriert zusätzliche Mittel auf die Qualifikationen, die seine Industrie benötigt. Die duale Ausbildung gewinnt an Attraktivität, weil gut ausgebildete Facharbeiter und Techniker weiterhin gefragte Fähigkeiten besitzen. Das breite Angebot akademischer

Qualifikationen trifft bei stagnierender Wirtschaft auf zu wenige Stellen, die den Qualifikationen und Statuserwartungen entsprechen. Automatisierung verändert zusätzlich die Nachfrage nach akademischer Arbeit. Enttäuschte Aufstiegs- und Statuserwartungen verstärken gesellschaftliche Spannungen. Wissenschaftliche Spitzenqualifikationen bleiben gefragt, finden aber insbesondere bei kapitalintensiver Forschung und Unternehmensgründungen häufig bessere Entwicklungsmöglichkeiten in den USA.

6 SOZIALE MOBILITÄT

Industrielle Qualifikation eröffnet einzelnen den Aufstieg – das breite Aufstiegsversprechen verliert an Glaubwürdigkeit.

Deutschland fördert betriebliche Weiterbildung, nachholbare Abschlüsse und Berufswechsel vor allem entlang bestehender industrieller Nachfrage. In leistungsfähigen Unternehmen bleiben gute Einkommen und beruflicher Aufstieg möglich. Sinkende Margen, schwache Beschäftigungszuwächse und zu wenige neue Unternehmen begrenzen jedoch die Zahl solcher Möglichkeiten. Auch Hochschulabsolventen finden zunehmend keine Positionen, die ihren Qualifikationen und Erwartungen an Einkommen und gesellschaftlichen Status entsprechen. Außerhalb der wirtschaftlich leistungsfähigen Standorte sichern Transfers eher den Lebensunterhalt, als dass sie neue Erwerbsperspektiven eröffnen. Hohe Wohnkosten und geringe finanzielle Überschüsse erschweren Vermögensaufbau und Selbstständigkeit. Familiäre Ressourcen gewinnen an Bedeutung; der Abstand zwischen beruflich gut eingebundenen Gruppen und Menschen ohne vergleichbare Zugänge wächst.

7 WOHNEN

Wohnraum bleibt knapp – punktuelle Standortförderung ersetzt keine Baureform.

Deutschland hält weitgehend an bestehenden Bauvorgaben, Zuständigkeiten und Förderverfahren fest. Kommunen erhalten weder wesentlich größere Entscheidungsspielräume noch eine verlässlich bessere Finanzierung. Fördermittel und unternehmerische Initiativen ermöglichen einzelne Bauvorhaben und Beschäftigtenwohnungen, während Genehmigungsaufwand, Baukosten und begrenzte Investitionsmittel den breiten Neubau hemmen. An wirtschaftlich tragfähigen Standorten bleibt Wohnraum besonders umkämpft; schwächere Regionen haben zugleich Schwierigkeiten, ihren Bestand zu erhalten. Hohe Wohnkosten schmälern verfügbare Einkommen und erschweren berufliche Wechsel. Das Wohnungsproblem wird abgefedert, aber nicht grundlegend gelöst.

C. Staat & Demokratie

8 POLITISCHES VERTRAUEN & REPRÄSENTATION

Regierungen wechseln – die politische Erneuerung bleibt aus.

Deutschland handelt Standortinteressen und sozialen Ausgleich weiterhin zwischen Regierung, Ländern, Arbeitgebern und Gewerkschaften aus. Die EU bleibt institutionell weitgehend unverändert; europäische, bundespolitische und landesrechtliche

Vorgaben werden ergänzt, statt Zuständigkeiten subsidiär neu zu ordnen. Kommunale Handlungsspielräume bleiben eng. Wahlen und parlamentarische Aushandlung verändern Verteilung und Einzelmaßnahmen, beseitigen aber weder die wirtschaftliche Stagnation noch die strategischen Abhängigkeiten. Ein außenpolitischer Kurswechsel würde erhebliche wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kosten verursachen. Enttäuschte Aufstiegserwartungen auch unter akademisch Qualifizierten verstärken das Gefühl, dass Wahlen und Regierungswechsel an der eigenen Lage wenig ändern. Zusammen mit steigenden Belastungen verschärft dies gesellschaftliche Konflikte und schwächt politisches Vertrauen.

9 LEBENDIGE DEMOKRATIE & GEWALTENTEILUNG

Die Regierung bleibt formal demokratisch kontrolliert – politische Gestaltungskraft und Rechtsdurchsetzung verlieren an Wirksamkeit.

Die Bundesregierung prägt die Gesetzgebung mit umfangreichen, komplexen Vorlagen, die häufig zwischen Ministerien, organisierten Interessen und europäischen Institutionen ausgehandelt werden. Die parlamentarischen Haushalts- und Kontrollrechte bleiben praktisch nutzbar. Die eigenen fachlichen Ressourcen reichen jedoch nicht aus, um mit der zunehmenden Komplexität der Gesetzgebung Schritt zu halten und umfassende Alternativen zu den Regierungsvorlagen auszuarbeiten. Regierungswechsel ändern an diesem Ungleichgewicht wenig. Die Justiz bleibt unabhängig und schützt die Grundrechte, doch überlastete Gerichte, langwierige Verfahren und immer kompliziertere Vorschriften erschweren eine zeitnahe Rechtsdurchsetzung. Gerichte können einzelne Ansprüche klären, nicht aber die politischen Ursachen unzureichender Regelungen beheben. Zugleich werden wesentliche Bedingungen der Sicherheits- und Technologiepolitik durch amerikanische Entscheidungen geprägt, auf die Bundestag und Gerichte nur begrenzt Einfluss nehmen können. Die Gewaltenteilung bleibt bestehen, ihre praktische Wirksamkeit nimmt jedoch ab.

10 BÜROKRATIE & REGULIERUNG

Die Bürokratie bleibt komplex – europäische Regeln geraten unter amerikanischen Anpassungsdruck.

Deutschland erleichtert einzelne priorisierte Industrievorhaben, ohne Genehmigungs-, Berichts- und Förderverfahren allgemein zu vereinfachen. Gleichzeitig setzt Washington Markt- und Technologiezugang ein, um europäische Digital-, Wettbewerbs- und Technologieregulierung abzuschwächen. Berlin wirbt auf EU-Ebene für Ausnahmen, gelockerte Vorgaben und längere Übergangsfristen und setzt nationale Anpassungen im eigenen Zuständigkeitsbereich um. Entscheidungen verbleiben bei den zuständigen europäischen und nationalen Institutionen, werden aber zunehmend unter wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Druck getroffen. Für viele Unternehmen bleibt der Regelungsaufwand hoch; zusätzliche Export- und Technologiekontrollen gegenüber China erhöhen ihn weiter.

11 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Staat kann ausgewählte Vorhaben umsetzen – eine grundlegende Erneuerung seiner Leistungsfähigkeit bleibt aus.

Deutschland bündelt Fachpersonal, digitale Verfahren und politische Aufmerksamkeit für priorisierte Industrie-, Energie-, Logistik- und Verteidigungsprojekte. Dort werden Zuständigkeiten praktisch abgestimmt, Bearbeitungen beschleunigt und wichtige Investitionen tatsächlich umgesetzt. Eine umfassende Aufgaben- und Finanzierungsreform folgt daraus nicht. Die kommunale Ebene bleibt an Vorgaben und Förderentscheidungen übergeordneter Ebenen gebunden. In anderen Verwaltungsbereichen bestehen Personalengpässe, komplexe Verfahren und Modernisierungsrückstände fort. Der wachsende Haushaltsdruck verschärft die Konkurrenz um Ressourcen. Staatliche Handlungsfähigkeit wird selektiv verbessert, nicht flächendeckend erneuert.

12 ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN & INFRASTRUKTUR

Industriell wichtige Infrastruktur wird erneuert – der allgemeine Investitionsstau und digitale Abhängigkeiten bleiben.

Deutschland konzentriert öffentliche Mittel und private Investitionen auf wichtige Bahntrassen, Brücken, Straßenverbindungen sowie Strom- und Datennetze für seine Industrie. Andere Erhaltungs- und Ausbauvorhaben werden zurückgestellt; Schulen und kommunale Einrichtungen konkurrieren um verbleibende Mittel. Digitale Verwaltungsdienste und Infrastruktursteuerung werden vorwiegend mit verfügbaren amerikanischen Cloud- und KI-Systemen modernisiert. Einzelne Leistungen verbessern sich, doch laufende Entgelte und hohe Wechselkosten binden künftige Haushalte. Rechenzentren im Inland beseitigen die Abhängigkeit von fremdkontrollierter Software und zentralen Zugriffsrechten nicht. Funktionierende Modernisierungsprojekte stehen neben fortbestehenden Versorgungs- und Erneuerungslücken.

D. Wirtschaft, Arbeit & Transformation

13 TECHNOLOGIE & KAPITAL

Deutschland behält industrielle Spitzen – zu wenig eigenes Wachstumskapital verfestigt die amerikanische Technologieabhängigkeit.

Deutschland fördert Forschung und industrielle Anwendungen, mobilisiert aber zu wenig Kapital für die Skalierung eigener Cloud-, KI- und Plattformanbieter. Europäische Mittel finanzieren weiterhin vielfach amerikanische Technologieökosysteme. Deutsche Unternehmen entwickeln erfolgreiche Maschinenbau-, Medizintechnik- und KI-Lösungen; ihre digitale Infrastruktur, Rechenleistung und Entwicklungsplattformen bleiben jedoch überwiegend amerikanisch kontrolliert. Fehlende konkurrenzfähige Alternativen stärken die Preissetzungsmacht der Anbieter. Der Einsatz amerikanischer KI-Systeme und die Reorganisation industrieller Prozesse steigern die Produktivität; daraus entstehen jedoch nicht entsprechend höhere heimische Gewinne und Reinvestitionen. Steigende Technologieentgelte und die Verlagerung margenstarker Geschäftsfelder in die USA begrenzen die in Deutschland verbleibende Wertschöpfung. Einzelne

Unternehmen wachsen, aber neue europäische Geschäftsmodelle entstehen nicht breit genug. Das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland und der EU bewegt sich bis 2035 überwiegend zwischen null und einem Prozent jährlich.

14 KLIMA- & ENERGIEPOLITIK

Deutschland und die EU weichen ihre Klimaziele auf – ohne einen tragfähigen neuen Transformationspfad zu entwickeln.

Deutschland und die EU weichen ihre bisherigen Klimaziele auf. Fristen werden verlängert, die Erreichung einzelner Ziele auf unbestimmte Zeit verschoben. Zugleich versuchen sie, die USA für neue, international verbindliche Zielkorridore zu gewinnen. Ein ausreichend finanzierter und umsetzbarer europäischer Transformationspfad entsteht jedoch nicht. Hohe Systemkosten, die ausbleibende Integration der europäischen Kapitalmärkte und ungünstige Lieferbedingungen begrenzen Investitionen in neue Energie- und Produktionstechnologien. Die Regierung unterstützt Effizienzsteigerungen und Elektrifizierung dort, wo sie wirtschaftlich tragfähig sind, und flankiert langfristige Liefervereinbarungen für fossile Energieträger insbesondere aus den USA. Einzelne Innovationen senken Emissionen, doch die industrielle Transformation bleibt hinter den ursprünglichen Zielen zurück.

15 ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG

Unternehmen verteidigen ihre Margen durch Personalabbau – neue Beschäftigung entsteht zu langsam.

Deutschland unterstützt industrielle Standorte mit Investitionshilfen, Qualifizierung und Beschäftigungsvereinbarungen; Tarifautonomie und grundlegender Arbeitnehmerschutz bleiben erhalten. Unternehmen reagieren auf Margendruck dennoch mit Automatisierung, Entlassungen und Standortverlagerungen. Amerikanische Zölle und Ansiedlungsanreize lenken zusätzliche Produktion und Investitionen in die USA. Leistungsfähige deutsche Betriebe bleiben bestehen, benötigen aber nicht entsprechend mehr Beschäftigte. Verluste aus schrumpfenden Tätigkeiten und eingeschränktem China-Geschäft werden durch neue Arbeitsplätze nicht ausreichend ausgeglichen. Arbeitslosigkeit und unsichere Erwerbsverläufe nehmen zu; staatliche Unterstützung mildert die Folgen, ersetzt aber keine neue Beschäftigungsdynamik.

16 STEUERN

Sinkende Unternehmensmargen schwächen die Steuerbasis – gezielte Entlastungen ersetzen keine tragfähige Steuerreform.

Deutschland hält an einem komplexen Steuersystem fest und ergänzt es um Abschreibungsanreize und standortgebundene Entlastungen, um mobile industrielle Investitionen zu halten. Niedrigere inländische Unternehmensgewinne und ins Ausland verlagerte Geschäftsfelder schwächen das Steueraufkommen. Zusätzliche Anreize binden finanzielle Spielräume, ohne eine breite neue Investitionsdynamik auszulösen. Die Regierung verzichtet auf umfassende Entlastungen und verteidigt bestehende Einnahmequellen. Weniger mobile Unternehmen und Haushalte tragen weiterhin hohe Belastungen. Der Konflikt zwischen Standortförderung, Finanzierung öffentlicher Leistungen und fairer Lastenverteilung verschärft sich.

17 INFLATION & PREISE

Produktivitätsgewinne kommen bei vielen Haushalten kaum an – Energie, Wohnen und Abgaben belasten ihre Kaufkraft.

Deutschland setzt auf langfristige Lieferverträge und gezielte Entlastung bei Preisschocks, statt Preise flächendeckend zu deckeln. Energie- und Technologiekosten bleiben hoch und durch amerikanische Liefer- und Lizenzbedingungen mitbestimmt. Unternehmen können diese Kosten nicht überall weitergeben und begrenzen unter Margendruck Lohnzuwächse und Beschäftigung. Hohe Wohnkosten und steigende Sozialbeiträge verengen den finanziellen Spielraum vieler Haushalte zusätzlich. Staatliche Hilfen federn einzelne Belastungen ab, werden aber zunehmend selbst zum Finanzierungsproblem. Eine dauerhaft hohe Inflationsrate ist dafür nicht erforderlich: Schwache Einkommen und wachsende Pflichtausgaben genügen, um Kaufkraft und Konsum einzuschränken.

E. Soziale Sicherung & öffentliche Finanzen

18 HAUSHALT & STAATSFINANZEN

Wenig Wachstum und steigende Verpflichtungen zehren die öffentlichen Haushalte aus.

Deutschland priorisiert Verteidigungsbeiträge, industrielle Standortförderung und ausgewählte Infrastrukturinvestitionen. Gleichzeitig wachsen die Ausgaben für Alterssicherung, Arbeitslosigkeit und öffentliche Versorgung. Niedrigere Unternehmensmargen und verlagerte Wertschöpfung schwächen die Einnahmebasis; amerikanische Rüstungssysteme und staatlich eingekaufte Digitaldienste verursachen dauerhafte Ausgaben. Die Regierung stützt bestehende Zusagen durch zusätzliche Zuschüsse und punktuelle Umschichtungen und verschiebt andere Investitionen. Die industrielle Basis trägt weiterhin einen erheblichen Teil der Finanzierung, erzeugt aber zu wenig zusätzliche Einnahmen für die wachsenden Lasten. Bund, Länder und Kommunen verlieren schrittweise finanziellen Gestaltungsspielraum.

19 RENTEN & ALTERSSICHERUNG

Das Renteneintrittsalter steigt – höhere Beiträge und Steuerzuschüsse bleiben dennoch erforderlich.

Deutschland hält an der gesetzlichen Alterssicherung fest und hebt das Renteneintrittsalter schrittweise an, um die Finanzierung angesichts der Alterung und schwacher wirtschaftlicher Dynamik zu entlasten. Gleichzeitig steigen Beiträge und Steuerzuschüsse. Wer gesundheitlich oder wegen fehlender Beschäftigung nicht länger arbeiten kann, muss längere Phasen mit geringerem Einkommen überbrücken. Betriebliche und private Vorsorge bleiben ungleich verbreitet; ein breiter kapitalgedeckter Ausbau gelingt nicht. Hohe laufende Belastungen begrenzen zusätzliche Eigenvorsorge. Die Rentenfinanzierung wird angepasst, aber der Konflikt zwischen Beitragszahlern, Rentnern und unterschiedlichen Erwerbsbiografien verschärft sich.

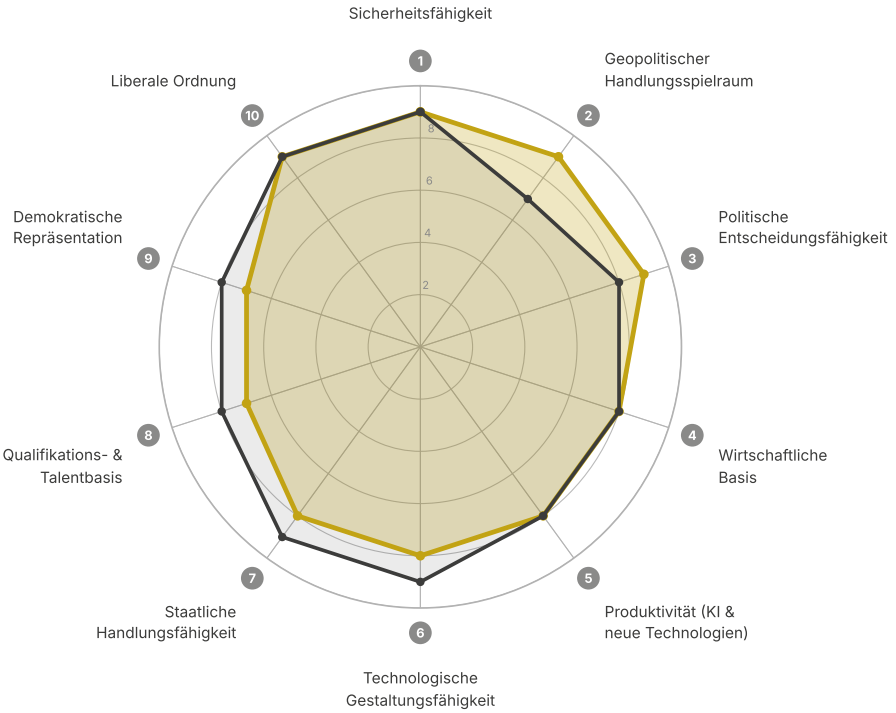
20 GESUNDHEIT & PFLEGE

Medizinischer Fortschritt bleibt möglich – Finanzierung und verlässlicher Versorgungszugang geraten unter Druck.

Deutschland erhält den breiten Leistungsanspruch der Kranken- und Pflegeversicherung und finanziert ausgewählte Verbesserungen durch digitale Diagnostik, ambulante Angebote und KI-Anwendungen. Deutsche Medizintechnik bleibt leistungsfähig, während amerikanische Plattformen zusätzliche Abhängigkeiten und laufende Kosten schaffen. Effizienzgewinne einzelner Einrichtungen gleichen Alterung, Personalengpässe und schwache Einnahmezuwächse nicht aus. Die Regierung reagiert mit höheren Beiträgen, Zuschüssen und gezielter Fachkräftezuwanderung. Wartezeiten, regionale Versorgungslücken und die Belastung pflegender Angehöriger nehmen zu. Wer privat ergänzen oder ausweichen kann, ist besser abgesichert; technische Modernisierung verhindert die soziale Ungleichheit des Zugangs nicht.

Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften

Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz



Achse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	9	9	9	8	8	8	8	7	7	9
Deutschland	9	7	8	8	8	9	9	8	8	9

Die grauen Nummern bezeichnen die zehn Achsen des Diagramms. Die Zahlen darunter geben die angenommene Ausprägung je Achse im jeweiligen Szenario an (Skala 0 bis 10). Sie sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.



Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften

Die Europäische Union hat sich bis 2035 zu einer reformierten Allianz abgestufter Mitgliedschaften entwickelt. Auslöser war eine dramatische Eskalation russischer hybrider Angriffe, die zunehmend auch Deutschland, Frankreich und Südosteuropa erfassten. Schwere Schäden an kritischer Infrastruktur und Angriffe auf grenzüberschreitende Industrie- und Verkehrsverbindungen, darunter deutsch-französische Gemeinschaftsprojekte, lösten europaweit die Forderung nach einer entschlossenen gemeinsamen Handlungsfähigkeit aus. Polen, die baltischen Staaten, Finnland und Schweden drängten auf eine grundlegende Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Deutschland griff die Initiative auf, übernahm politische Führungsverantwortung und gewann Frankreich, Italien sowie weitere Mitgliedstaaten für eine gemeinsame Reformagenda. Die neue Koalition verstand, dass zusätzliche Verteidigungsausgaben und wechselnde Vorreitergruppen allein keine ausreichende Antwort waren. Europa musste seine politische Entscheidungsordnung verändern, um auch unter äußerem Druck gemeinsam handeln zu können.

Die Reformstaaten begannen, ihre Außen- und Sicherheitspolitik verbindlich zu koordinieren, und initiierten einen Verfassungskonvent, der die Grundlage für eine europäische Allianz mit drei durchlässigen Mitgliedschaftsstufen schuf. Alle drei Stufen tragen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit gegenseitigen militärischen Beistandsverpflichtungen. Ein Europäischer Sicherheitsrat trifft in den übertragenen Bereichen verbindliche Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit; einzelstaatliche Vetos entfallen. Die neue Ordnung ermöglicht der Ukraine, Moldau und den Westbalkanstaaten ebenso wie Großbritannien, Norwegen, Island und der Schweiz einen schnellen, bürokratiearmen Zugang zu abgestuften Formen europäischer Mitgliedschaft und Assoziierung. Gemeinsame rechtsstaatliche Grundstandards gelten von Beginn an, während weitergehende nationale Reformen schrittweise erfolgen und den Übergang in engere Mitgliedschaftsstufen eröffnen. Kanada wird über eine langfristige strategische und wirtschaftliche Assoziation eingebunden. Zugleich erkennen die Reformstaaten, dass gemeinsame Sicherheit ohne wirtschaftliche und technologische Stärke nicht dauerhaft tragfähig ist. Der engste Integrationskern überträgt deshalb rasch weitere Kompetenzen in der Kapitalmarkt-, Technologie- und Industriepolitik und schafft die Voraussetzungen für private Kapitalbildung, grenzüberschreitende Investitionen und die internationale Skalierung europäischer Technologieunternehmen. Die institutionelle Neuordnung stärkt damit nicht nur Europas Sicherheit, sondern ermöglicht auch wirtschaftliche Erneuerung, ohne nationale Unterschiede oder den noch laufenden industriellen Strukturwandel bis 2035 vollständig aufzuheben.

01 SICHERHEITSFÄHIGKEIT

Gemeinsame Verpflichtungen werden zu verlässlich verfügbaren Verteidigungsfähigkeiten.

Die reformierte Allianz bündelt Verteidigungsplanung, industrielle Fähigkeiten und verlässliche gegenseitige Verpflichtungen. Abgestimmte Beiträge und Lastenteilung sichern eine sehr hohe Abschreckungs-, Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit auch in längeren Krisen. Gemeinsame Planung macht aus nationalen Beiträgen dauerhaft nutzbare Fähigkeiten.

02 GEOPOLITISCHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Die Allianz erweitert ihren Kooperationsraum – und kann internationale Bedingungen mitgestalten.

Die Allianz bündelt wirtschaftliches, technologisches und sicherheitspolitisches Gewicht zu einer gemeinsamen strategischen Position. Durchlässige Mitgliedschaftsstufen und Assoziierungen öffnen flexible Zugänge für weitere europäische Staaten und Partner. Der größere Kooperations- und Machtraum erweitert Europas strategische Optionen und internationale Gestaltungsmöglichkeiten.

03 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT

Verbindliche Mehrheiten machen die Allianz handlungsfähig – die Mitgliedschaftsstufen bleiben durchlässig.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird durch verbindliche Mehrheitsentscheidungen getragen. Der Integrationskern kann zusätzliche Kompetenzen in der Kapitalmarkt-, Technologie- und Industriepolitik übernehmen, ohne dass Staaten außerhalb dieser Stufe die Vertiefung blockieren können. Zugleich bleibt ihnen eine verbindliche Perspektive zur engeren Integration offen, sobald sie die entsprechenden Aufgaben und Verpflichtungen übernehmen.

04 WIRTSCHAFTLICHE BASIS

Ein gemeinsamer Investitionsraum mobilisiert Kapital für breite wirtschaftliche Erneuerung.

Der vertiefte europäische Binnenmarkt und integrierte Kapitalmärkte erleichtern die Mobilisierung privaten Kapitals für neue Unternehmen und die Erneuerung bestehender Industrien. Neue Wachstumsunternehmen erschließen Märkte, etablierte Unternehmen entwickeln neue Geschäftsfelder. Die wirtschaftliche Basis verbreitert sich, während der industrielle Strukturwandel 2035 noch nicht vollständig abgeschlossen ist.

05 PRODUKTIVITÄT DURCH KI & NEUE TECHNOLOGIEN

Erfolgreiche Deep-Tech-Scale-ups schaffen neue Innovationsökosysteme und die Grundlage für anhaltendes Wachstum.

International erfolgreiche Deep-Tech-Unternehmen schaffen neue wirtschaftliche Ökosysteme, in denen Zulieferer, Forschungseinrichtungen, Investoren und Anwender zusammenwirken. Daraus entstehen fortlaufend neue Technologien, Produktionsverfahren und Geschäftsmodelle. Gemeinsame Märkte und Infrastrukturen ermöglichen ihre breite Anwendung und schaffen die Voraussetzungen für anhaltende Produktivitätssteigerungen und langfristiges Wirtschaftswachstum.

06 TECHNOLOGISCHE GESTALTUNGSFÄHIGKEIT

Neue Technologiezentren verbreitern Europas Fähigkeit, Märkte und Standards zu prägen.

Technologiezentren in Portugal, Irland sowie Mittel- und Osteuropa verbreitern die europäische Innovationsbasis, auch bei Physical AI. Gemeinsame Forschungs-, Kapital- und Skalierungsräume ermöglichen international erfolgreiche Unternehmen. Europas technologische Gestaltungsmacht wächst über einzelne traditionelle Spitzenstandorte hinaus.

07 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Gemeinsame Strategie und subsidiäre Umsetzung greifen ineinander.

Strategische Aufgaben werden gemeinsam koordiniert; operative Zuständigkeiten liegen auf der jeweils geeigneten Ebene. Belastbare Finanzierung und Infrastruktur ermöglichen eine verlässliche Umsetzung. Die Abstimmung im Mehrebenensystem bleibt anspruchsvoll, verhindert aber nicht mehr regelmäßig die Verwirklichung gemeinsam beschlossener Vorhaben.

08 ERNEUERUNGSFÄHIGKEIT DER QUALIFIKATIONS- & TALENTBASIS

Europa wird zu einem Magneten für internationale Spitzentalente.

Der gemeinsame Forschungs-, Bildungs- und Innovationsraum zieht Wissenschaftler, Unternehmer und technologische Spitzenkräfte aus aller Welt an. Anerkannte Qualifikationen und grenzüberschreitende Mobilität erleichtern den Zugang zu neuen Entwicklungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Aussicht auf engere Integration schafft zusätzliche Anreize für Mitgliedstaaten, ihre Bildungs- und Forschungsstrukturen zu stärken. Demografische Engpässe bleiben bestehen, können aber besser bewältigt werden.

09 DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION

Abgestufte Mitgliedschaft verbindet klare Mitbestimmungsrechte mit verbindlichen Integrationsperspektiven.

Die neue Entscheidungsordnung stärkt parlamentarische Kontrolle, demokratische Rechenschaft und nachvollziehbare politische Verantwortung. Alle Mitgliedschaftsstufen wirken an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit. Wer weitere gemeinsame Aufgaben und Verpflichtungen übernimmt, erhält in den zusätzlich integrierten Politikfeldern auch entsprechende Mitentscheidungsrechte. Die unterschiedlichen Mitgliedschaftsstufen bleiben damit durchlässig und eröffnen einen verbindlichen Weg zu engerer politischer Beteiligung.

10 LIBERALE ORDNUNG

Unterschiedliche Integrationstiefen ändern nichts an verbindlichen Grundrechten.

Alle Mitgliedschaftsstufen sind an Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und demokratische Mindeststandards gebunden. Überprüfbare und durchsetzbare Garantien schützen unabhängige Justiz, Minderheitenrechte, freie Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Pluralismus. Differenzierte Mitgliedschaft bedeutet unterschiedliche Aufgabenübernahme, nicht unterschiedliche Verbindlichkeit dieser Sicherungen.



Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz

Deutschland erneuert seine wirtschaftliche und technologische Stärke auf einer vielfältigen industriellen Basis und erschließt neue Generationenmärkte; der Strukturwandel ist 2035 noch nicht abgeschlossen. Der Staat konzentriert sich subsidiär auf seine Kernaufgaben und verbindet wirtschaftlichen Wettbewerb mit sozialer Mobilität und solidarischer Absicherung. Als integrative Führungsmacht gestaltet Deutschland eine liberale, rechtsstaatliche EU mit drei durchlässigen Mitgliedschaftsstufen, gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik und verbindlichen Mehrheitsentscheidungen. Wirtschaftliche und fiskalische Integration erfolgen abgestuft; gemeinsam übernommene Aufgaben werden gemeinsam finanziert.

A. Äußere und innere Sicherheit

1 AUSSENPOLITISCHE KONFLIKTE & BÜNDNISVERANTWORTUNG

Deutschland übernimmt europäische Führungsverantwortung – und trägt gemeinsame Mehrheitsentscheidungen auch gegen eigene Interessen mit.

Deutschland übernimmt als integrative Führungsmacht Verantwortung für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der reformierten EU, an der alle drei Mitgliedschaftsstufen mitwirken. Der Europäische Sicherheitsrat trifft verbindliche Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit; einzelstaatliche Vetos entfallen. Berlin bringt diplomatische, wirtschaftliche und militärische Ressourcen ein und setzt gemeinsame Beschlüsse auch dann um, wenn es selbst überstimmt wurde.

2 ÄUSSERE SICHERHEIT

Deutschland übernimmt verbindliche europäische Verteidigungsverpflichtungen und stärkt seine eigenen militärischen Fähigkeiten.

Deutschland verpflichtet sich gemeinsam mit allen Staaten der reformierten EU zu gegenseitigem militärischem Beistand. Es führt eine verpflichtende militärische Grundausbildung und eine einsatzfähige Reserve ein; Umfang und Dauer richten sich nach Bedarf und Bedrohung. Die Bundeswehr bringt vereinbarte Fähigkeiten in die gemeinsame europäische Planung und Beschaffung ein. Deutschland beteiligt sich zudem am Aufbau einer eigenständigen europäischen nuklearen Abschreckungsoption, um Europas Sicherheit auch unabhängig von amerikanischen Garantien gewährleisten zu können. Die gemeinsamen Verpflichtungen stärken Europas Verteidigungsfähigkeit, begrenzen aber zugleich Deutschlands alleinige Verfügung über zugesagte Kräfte und Mittel.

3 INNERE SICHERHEIT

Polizei und Justiz bleiben dezentral organisiert – grenzüberschreitende Kriminalität wird gemeinsam verfolgt.

Deutschland stärkt Personal und Technik von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Bei organisierter Kriminalität, Cyberangriffen, Menschenhandel und grenzüberschreitenden Finanzströmen werden Ermittlung, Fahndung und Vollstreckung verbindlich verzahnt. Alltagskriminalität bleibt dezentral; gemeinsame Befugnisse unterliegen parlamentarischer und rechtsstaatlicher Kontrolle, ohne allgemeinen europäischen Polizeiauftrag.

B. Gesellschaft & Chancen

4 EINWANDERUNG, ASYL & INTEGRATION

Aufnahmequoten werden gemeinsam beschlossen – Integration wird vor Ort organisiert und finanziert.

Deutschland trägt gemeinsame Außengrenzen, Schutzverfahren und verbindliche Aufnahmequoten mit. Qualifizierte Arbeitsmigration bleibt davon getrennt und wird durch schnellere Anerkennung erleichtert. Länder und Kommunen organisieren Sprache, Schule, Wohnen und Integration mit aufgabengerechter Finanzierung. Aufnahmequoten regeln die Verteilung von Schutzsuchenden zwischen den beteiligten Staaten. Ob ein Mensch Anspruch auf Asyl oder einen anderen Schutzstatus hat, wird unabhängig davon individuell geprüft; ablehnende Entscheidungen können gerichtlich angefochten werden.

5 BILDUNG

Gute Bildung braucht Freiheit und Wettbewerb – öffentliche Förderung folgt Qualität und Leistung.

Deutschland stärkt die Autonomie von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen und verbindet sie mit verbindlichen Bildungszielen und transparenten Leistungsbewertungen. Hochschulen und Spitzenforschungseinrichtungen konkurrieren europaweit um Talente, wissenschaftliche Exzellenz und Forschungsergebnisse. Staatliche Forschungsförderung orientiert sich stärker an nachgewiesener wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und eröffnet erfolgreichen Einrichtungen zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten. Berufliche und akademische Bildungswege bleiben durchlässig; europäische Anerkennung und Mobilität erweitern die Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten. Die Länder bleiben für Bildung verantwortlich, ohne dass europäische Lehrpläne vereinheitlicht werden.

6 SOZIALE MOBILITÄT

Herkunft entscheidet deutlich weniger über Aufstiegschancen – Leistung und Bildung eröffnen neue Wege.

Deutschland richtet öffentliche Mittel auf frühe Bildung, nachholbare Abschlüsse, Weiterbildung und den Zugang zu Unternehmertum aus. Leistungsstarke Studierende

aus einkommensschwachen Familien erhalten Stipendien, die ihnen das Studium an europäischen Spitzenuniversitäten ermöglichen und ihren Lebensunterhalt sichern. Berufliche und akademische Bildungswege sind durchlässiger; zweite und dritte Chancen erleichtern den beruflichen Aufstieg. Der europäische Bildungs- und Arbeitsmarkt erweitert diese Möglichkeiten. Einkommens- und Vermögensunterschiede bleiben bestehen, aber soziale Herkunft begrenzt die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten deutlich weniger als 2026.

7 WOHNEN

Wohnungsbau ist kommunale Verantwortung – auch über Grund- und Grunderwerbsteuer wird vor Ort entschieden.

Kommunen entscheiden über Bauland, Dichte, Genehmigungen und Wohnungspolitik. Grundsteuer und Grunderwerbsteuer liegen bei den Kommunen; sie entscheiden selbst, ob sie diese erheben. Bund und Länder setzen den notwendigen Rechtsrahmen; europäische Detailvorgaben zur örtlichen Flächennutzung und Bauausführung entfallen. Private Investitionen, kommunale Angebote und Schutzinstrumente werden vor Ort kombiniert.

C. Staat & Demokratie

8 POLITISCHES VERTRAUEN & REPRÄSENTATION

Der Staat übernimmt weniger Aufgaben, erfüllt seine Zusagen zuverlässig und macht politische Verantwortung wieder erkennbar.

Deutschland beschränkt den staatlichen Aufgabenumfang auf klar definierte Kernfunktionen und stärkt das Subsidiaritätsprinzip. Kommunen entscheiden so viel wie möglich selbst; Länder und Bund übernehmen nur übergeordnete Aufgaben. Auch für gemeinsame europäische Entscheidungen sind Zuständigkeit, Finanzierung und demokratische Kontrolle eindeutig geregelt. Die verschärfte russische Bedrohung führt zunächst zu gemeinsamen Kompetenzen und verbindlichen Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Weil diese ohne wirtschaftliche Erneuerung nicht dauerhaft tragfähig wären, übertragen die Staaten der ersten Integrationsstufe rasch weitere Zuständigkeiten in Kapitalmarkt-, Technologie- und Industriepolitik. Sie vereinbaren Verfahren, die im Kern auch weitere Kompetenzübertragungen mit qualifizierter Mehrheit ermöglichen; Staaten außerhalb dieser Stufe können die Vertiefung nicht blockieren. Politische Zusagen werden an überprüfbaren Ergebnissen gemessen. Bürger können erkennen, wer für Erfolge und Versäumnisse verantwortlich ist – auch wenn Entscheidungen gemeinsam in Europa getroffen werden.

9 LEBENDIGE DEMOKRATIE & GEWALTENTEILUNG

Das Parlament gewinnt politische Gestaltungsmacht zurück – unabhängige Gerichte sichern den Rechtsstaat.

Deutschland stärkt die fachlichen Ressourcen, die eigenständige Gesetzgebungsarbeit und die Kontrollrechte des Bundestags gegenüber der Exekutive, auch bei europäischen Entscheidungen. Politische Grundsatzfragen werden im Parlament öffentlich

entschieden und durch klare Gesetze geregelt, statt zunehmend in Gerichtsverfahren verlagert zu werden. Bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen wird der Einfluss von NGOs, Wirtschaftsverbänden und anderen Interessengruppen offengelegt. Das Parlament verfügt über die fachlichen Ressourcen, um solche Entwürfe unabhängig zu prüfen, zu verändern und eigene Gesetzesinitiativen auszuarbeiten. Unabhängige Gerichte gewährleisten weiterhin die rechtsstaatliche Kontrolle staatlichen Handelns und den Schutz von Grund- und Minderheitenrechten. Freie Medien, Opposition und Zivilgesellschaft bleiben unverzichtbare Bestandteile der demokratischen Willensbildung.

10 BÜROKRATIE & REGULIERUNG

Gemeinsame europäische Regeln ersetzen nationale Doppelvorschriften – überflüssige Regulierung wird abgeschafft.

Deutschland streicht nationale Sondervorschriften, Genehmigungs- und Nachweispflichten, wo gemeinsame europäische Regeln denselben Zweck erfüllen. Beispielsweise können Unternehmen Verpackungs- und Rücknahmepflichten über ein einheitliches europäisches Verfahren erfüllen, statt unterschiedliche nationale Register und Meldepflichten bedienen zu müssen. Vorschriften ohne hinreichenden Schutz- oder Ordnungszweck entfallen, statt lediglich digitalisiert zu werden. Was keiner gemeinsamen Regelung bedarf, bleibt in nationaler, regionaler oder kommunaler Zuständigkeit. Grundrechte sowie notwendige Umwelt- und Sicherheitsstandards bleiben gewahrt.

11 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Deutschland konzentriert den Staat auf seine Kernaufgaben – und organisiert deren Erfüllung subsidiär, professionell und messbar.

Deutschland reduziert staatliche Aufgaben und konzentriert sich auf Sicherheit, Rechtsdurchsetzung, Bildungszugang, solidarische Gesundheitsversorgung, soziale Existenzsicherung und die Gewährleistung zentraler Infrastruktur. Geeignete Leistungen werden privaten oder gemeinnützigen Trägern übertragen; öffentliche Verantwortung und Kontrolle bleiben dort bestehen, wo sie erforderlich sind. Die Aufgaben werden auf der jeweils niedrigsten handlungsfähigen Ebene organisiert. Verwaltung und Beschaffung werden professionalisiert, Verfahren vereinfacht und staatliche Leistungen anhand ihrer Qualität, Bearbeitungszeiten und Wirkung überprüft. Gemeinsame europäische Institutionen übernehmen nur klar vereinbarte überstaatliche Aufgaben.

12 ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN & INFRASTRUKTUR

Deutschland modernisiert seine Verkehrs- und Versorgungsnetze und baut gemeinsam mit seinen Partnern die europäische Infrastruktur aus.

Deutschland investiert in die Modernisierung von Bahntrassen, Brücken und Straßenverbindungen und beteiligt sich am Ausbau grenzüberschreitender europäischer Verkehrsachsen. Gemeinsam werden auch Strom-, Daten- und sicherheitsrelevante Kommunikationsnetze ausgebaut. Die beteiligten Staaten stimmen Planung, technische Standards und Finanzierung großer Gemeinschaftsprojekte ab. Eine vertiefte Kapitalmarktunion mobilisiert privates Kapital: Banken begleiten Aufbau und Anlauf, institutionelle Anleger finanzieren langfristige Infrastrukturinvestitionen. Öffentliche Mittel und ausdrücklich vereinbarte Risikoübernahmen ergänzen dies. Nationale und kommunale Infrastruktur bleibt in der Verantwortung der jeweils zuständigen Ebene.

D. Wirtschaft, Arbeit & Transformation

13 TECHNOLOGIE & KAPITAL

Deutschland erschließt neue industrielle Generationenmärkte – die Erneuerung trägt, doch der Strukturwandel ist 2035 noch nicht abgeschlossen.

Deutschland verbindet seine gewachsenen industriellen Kompetenzen mit neuen Märkten in Energie- und Materialtechnologien, Raumfahrt, Verteidigung, Biotechnologie sowie KI-gestützter Produktion und autonomer Mobilität. Grundlagenforschung und strategische Forschungsinfrastruktur werden aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert; der Staat trägt befristet frühe Entwicklungsrisiken. Ein integrierter europäischer Binnen- und Kapitalmarkt ermöglicht die private Skalierung. Die Zahl deutscher Deep-Tech-Start-ups nimmt stark zu; bis 2035 hat sich die Zahl international erfolgreicher deutscher Deep-Tech-Scale-ups gegenüber 2026 verdoppelt. Einzelne wachsen zu Weltkonzernen. Die industrielle Basis bleibt vielfältig, doch die neuen Wachstumsfelder gleichen Verluste und Insolvenzen in Teilen der traditionellen mitteltechnologischen Industrie noch nicht vollständig aus.

14 KLIMA- & ENERGIEPOLITIK

Deutschland verbindet europäische Klimaziele mit technologischer Innovation, bezahlbarer Energie und industrieller Wettbewerbsfähigkeit.

Deutschland verfolgt gemeinsame europäische Klimaziele und gestaltet einen integrierten europäischen Energiemarkt mit. Gemeinsam mit seinen Partnern fördert es gezielt die Entwicklung und Erprobung neuer Energie- und Produktionstechnologien. Europäische Märkte, gemeinsame Infrastruktur und privates Kapital ermöglichen ihre industrielle Skalierung. Neue Technologien und Produktionsverfahren senken Emissionen und schaffen zugleich kostengünstigere, leistungsfähigere Angebote für Unternehmen und Verbraucher. Technologieoffenheit, Versorgungssicherheit und die Gesamtkosten des Energiesystems bleiben maßgebliche Kriterien.

15 ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG

Deutschland schützt Erwerbsbiografien stärker als einzelne Arbeitsplätze.

Unternehmen können Produktion umbauen, Standorte verkleinern und Tätigkeiten ersetzen, statt jedes Beschäftigungsverhältnis zu erhalten. Staat, Unternehmen und Sozialpartner finanzieren Qualifizierung und berufliche Übergänge gemeinsam. Tarifautonomie und grundlegender Arbeitnehmerschutz bleiben; das Arbeitsrecht bleibt weitgehend national. Anerkennung und koordinierte soziale Ansprüche erleichtern europäische Wechsel. Beschäftigte müssen sich anpassen, Unternehmen tragen Übergangskosten mit.

16 STEUERN

Gemeinsame Steuerregeln erleichtern europäisches Wachstum – die Steuerhoheit bleibt nach Integrationstiefe abgestuft.

Deutschland vereinbart mit den am stärksten integrierten EU-Staaten gemeinsame Bemessungsgrundlagen für Unternehmenssteuern und einheitliche Melde- und Abrechnungsverfahren. Steuerliche Doppelarbeit bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten ist innerhalb dieses Wirtschaftsraums abgeschafft; zusätzliche nationale Nachweis- und Meldepflichten entfallen. Für gemeinsame Aufgaben vereinbaren die beteiligten Staaten verlässliche Einnahmen und Finanzierungspflichten. Außerhalb dieser Vereinbarungen behalten Deutschland und die anderen Mitgliedschaftsstufen ihre steuerlichen Gestaltungsspielräume. Eine vollständige Vereinheitlichung aller europäischen Steuersätze erfolgt nicht.

17 INFLATION & PREISE

Deutschland hält den europäischen Binnenmarkt auch in Krisen offen – soziale Entlastung bleibt in nationaler Verantwortung.

Deutschland verzichtet in Versorgungskrisen auf einseitige Exportstopps bei Energie und kritischen Gütern und beteiligt sich dort an gemeinsamer Beschaffung, wo europäisches Handeln Versorgung und Verhandlungsmacht verbessert. Preise bilden sich grundsätzlich auf den jeweiligen Märkten. Bund, Länder und Kommunen können besonders belastete Haushalte gezielt unterstützen, ohne die Entlastung europaweit zu vereinheitlichen. Preisschwankungen und Verteilungskonflikte bleiben bestehen; die gemeinsame Marktordnung verhindert, dass einzelne Staaten Versorgungssicherheit zulasten ihrer Partner herstellen.

E. Soziale Sicherung & öffentliche Finanzen

18 HAUSHALT & STAATSFINANZEN

Deutschland übernimmt finanzielle Mitverantwortung für europäische Gemeinschaftsaufgaben – auch über zweckgebundene Eurobonds, nicht für nationale Altschulden.

Deutschland beteiligt sich an der Finanzierung gemeinsam beschlossener europäischer Aufgaben und akzeptiert dafür zweckgebundene gemeinsame Anleihen, insbesondere für Verteidigungsinvestitionen. Beiträge, Haftung und Risiken werden verbindlich vereinbart

und auf die jeweiligen Gemeinschaftsaufgaben begrenzt. Eine pauschale Übernahme nationaler Altschulden findet nicht statt. Nationale, regionale und kommunale Aufgaben bleiben auf ihrer jeweiligen Ebene finanziert. Private Kapitalmarktfinanzierung und gezielte öffentliche Risikoübernahme ergänzen die Finanzierung gemeinsamer Investitionen.

19 RENTEN & ALTERSSICHERUNG

Längeres Leben verlängert schrittweise das Erwerbsleben – Kapitaldeckung ergänzt die gesetzliche Rente.

Deutschland erhält die solidarische gesetzliche Rente und koppelt die Lebensarbeitszeit schrittweise an die Lebenserwartung. Gesundheitlich belastende Erwerbsbiografien werden berücksichtigt. Betriebliche und kapitalgedeckte Vorsorge gewinnen an Gewicht; Ansprüche werden bei Arbeitgeber- und Länderwechseln besser koordiniert. Die gesetzliche Rente bleibt zentral; späterer Ruhestand und mehr Eigenvorsorge verbreitern die Finanzierung.

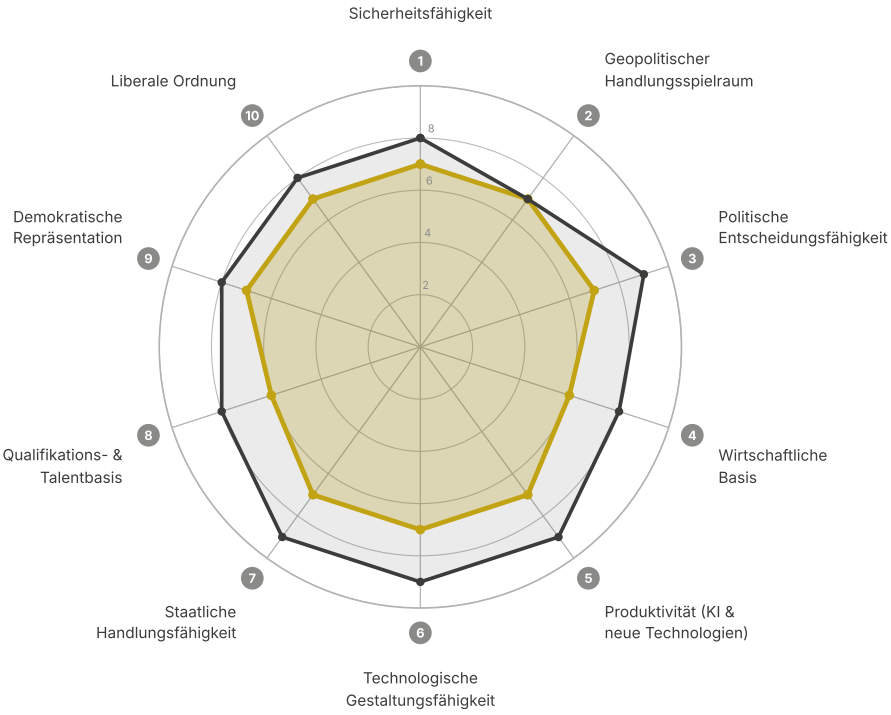
20 GESUNDHEIT & PFLEGE

Solidarischer Zugang bleibt garantiert – Versorgung folgt Bedarf und Qualität statt dem Bestand vorhandener Strukturen.

Deutschland erhält solidarische Regelversorgung. Kliniken spezialisieren sich, Standorte werden umgewandelt oder geschlossen; ambulante, häusliche und digitale Angebote wachsen. Pflege wird quartiersnah gestärkt, auch durch qualifizierte Zuwanderung. Europa bündelt Forschung, Krisenvorsorge und Beschaffung, nicht die Versorgung vor Ort. Spezialisierung kann längere Wege bedeuten.

Innovatives Kerneuropa

Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa



Achse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	7	7	7	6	7	7	7	6	7	7
Deutschland	8	7	9	8	9	9	9	8	8	8

Die grauen Nummern bezeichnen die zehn Achsen des Diagramms. Die Zahlen darunter geben die angenommene Ausprägung je Achse im jeweiligen Szenario an (Skala 0 bis 10). Sie sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.



PERSPEKTIVE 4 • EUROPA

Innovatives Kerneuropa

Im Jahr 2035 hat sich ein neuer, wirtschaftlich und technologisch leistungsfähiger Kern europäischer Staaten herausgebildet. Ausgangspunkt war eine schwere institutionelle Krise der Europäischen Union. Nach dem Machtwechsel zu einer nationalistischen Regierung unter Marine Le Pen verlangte Paris die Rückverlagerung europäischer Kompetenzen und stellte vereinbarte Zahlungen an die EU teilweise ein. Die Union geriet dadurch in eine schwere Finanzkrise. Zugleich stellte Frankreich seine finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine vollständig ein. Die nordischen und baltischen Staaten sowie Polen verstärkten daraufhin ihr Engagement für die Ukraine und drängten Deutschland, gemeinsam mit ihnen und Großbritannien mehr Verantwortung zu übernehmen. Die bisherige europäische Ordnung drohte auseinanderzubrechen. Damit wuchs der Druck, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und politische Handlungsfähigkeit auch ohne Einigkeit aller bisherigen EU-Mitgliedstaaten zu organisieren.

In Deutschland eröffnete die EU-Krise den politischen Raum für einen grundlegenden wirtschaftlichen und institutionellen Neuanfang. Die Bedrohung der europäischen Ordnung und der Sicherheit im Osten verstärkte das Bedürfnis nach einer handlungsfähigen politischen Alternative. Während nationalpopulistische Kräfte den französischen Kurs auf Deutschland übertragen wollten, gewannen bestehende und neu entstehende bürgerliche Parteien mit einer umfassenden Reformagenda an Unterstützung. Eine neue Mitte-rechts-Regierung gewann auch bisherige Protestwähler und setzte Reformen durch, die lange an politischen Widerständen gescheitert waren. Deutschland stärkte unternehmerische Freiheit und private Kapitalbildung, ordnete staatliche Aufgaben neu und ermöglichte den Aufstieg international erfolgreicher Technologieunternehmen. Gemeinsam mit reformbereiten nord- und mitteleuropäischen Staaten sowie Partnern wie Großbritannien und der Schweiz entstand ein neuer europäischer Verbund, der über die Grenzen der bisherigen EU hinausreicht. Die Mitgliedstaaten dieses Kerns verbinden wirtschaftlichen Wettbewerb und nationale Reformautonomie mit gemeinsamen Kapitalmärkten, technologischer Skalierung und einer gemeinsamen Außenpolitik. Deutschland gehört diesem Kern nicht aufgrund seiner bisherigen Stellung an, sondern durch seine eigene wirtschaftliche und institutionelle Erneuerung. Ob und in welcher Form die bisherige EU daneben fortbesteht, bleibt offen.

01 SICHERHEITSFÄHIGKEIT

Der Kern besitzt starke Verteidigungsfähigkeiten – ihre gemeinsame Verfügbarkeit bleibt begrenzt.

Technologisch und industriell starke Kernstaaten stellen substanzielle Verteidigungsfähigkeiten bereit. Deren nationale Konzentration schafft jedoch Abhängigkeiten und Verteilungskonflikte. Militärisches Potenzial ist deshalb nicht jederzeit gemeinsam verfügbar; die Kooperation bleibt von den Beiträgen und Interessen der beteiligten Staaten abhängig.

02 GEOPOLITISCHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Der innovative Kern handelt außenpolitisch gemeinsam – nicht für ganz Europa.

Die Kernstaaten bündeln ihr wirtschaftliches und technologisches Gewicht und verfolgen eine gemeinsame Außenpolitik. Dadurch vertreten sie gemeinsame Interessen international wirksamer. Die übrigen europäischen Staaten sind nicht durchgängig beteiligt; die begrenzte Reichweite des Kerns und unterschiedliche nationale Interessen begrenzen seine gesamteuropäische Gestaltungskraft.

03 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT

Begrenzte gemeinsame Aufgaben ermöglichen rasche Entscheidungen – nationale Interessen setzen weiterhin Grenzen.

Die Staaten des neuen europäischen Kerns können in vereinbarten Gemeinschaftsaufgaben handeln, ohne auf die Zustimmung sämtlicher bisheriger EU-Mitglieder angewiesen zu sein. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf ausgewählte Aufgaben und beteiligt nicht alle europäischen Staaten. Nationale Interessen und Konflikte über die Verteilung von Kosten und Vorteilen begrenzen deshalb weiterhin die gemeinsame Entscheidungsfähigkeit.

04 WIRTSCHAFTLICHE BASIS

Leistungsfähige Regionen wachsen – nicht der gesamte europäische Raum im gleichen Maß.

Privates Kapital und neue Wertschöpfung konzentrieren sich in leistungsfähigen Regionen und Sonderwirtschaftszonen mit weitreichenden regulatorischen und steuerlichen Freiräumen. Diese Zentren erhöhen Investitionsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit. Zurückbleibende Standorte begrenzen jedoch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des europäischen Raums insgesamt.

05 PRODUKTIVITÄT DURCH KI & NEUE TECHNOLOGIEN

Der innovative Kern erzielt hohe Produktivitätsgewinne und bringt global führende Technologieunternehmen hervor.

Wettbewerb, Netzwerkeffekte und steigende Skalenerträge ermöglichen in den Kernregionen hohe Produktivitätsgewinne und globale Skalierung. Die Wettbewerbsordnung akzeptiert dabei in einzelnen Technologiemärkten auch monopolistische Marktstrukturen, wenn sie technologische Reichweite und Produktivität erhöhen. Außerhalb des Kerneuropas verbreiten sich erfolgreiche Anwendungen deutlich langsamer, sodass die Produktivitätsentwicklung im europäischen Raum ungleich bleibt.

06 TECHNOLOGISCHE GESTALTUNGSFÄHIGKEIT

Starke Zentren erreichen technologische Weltspitze – gemeinsame Gestaltungsmacht bleibt ungleich.

Leistungsfähige Zentren entwickeln und skalieren digitale und physische Schlüsseltechnologien bis zur internationalen Spitzenklasse. Ungleiche Standortentwicklung und konkurrierende nationale Interessen begrenzen jedoch eine entsprechend breite gemeinsame Technologie- und Standardsetzungsmacht. Spitzenleistungen einzelner Standorte sind nicht mit der Leistungsfähigkeit des gesamten europäischen Raums gleichzusetzen.

07 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Kern erfüllt seine gemeinsamen Aufgaben – außerhalb bleibt die Umsetzung ungleich.

Abgegrenzte Gemeinschaftsaufgaben werden im Kern durch leistungsfähige öffentliche Strukturen umgesetzt. Über den gesamten europäischen Raum bleiben Verwaltungsqualität und koordinierte Leistungserbringung jedoch deutlich ungleich. Ein engerer gemeinsamer Aufgabenkatalog macht aus unterschiedlichen nationalen Verwaltungen kein einheitlich leistungsfähiges System.

08 ERNEUERUNGSFÄHIGKEIT DER QUALIFIKATIONS- & TALENTBASIS

Die Innovationszentren des Kerns werden zu Magneten für internationale Spitzentalente.

Die führenden Bildungs-, Forschungs- und Unternehmenszentren gewinnen Wissenschaftler, Unternehmer und technologische Spitzenkräfte aus aller Welt. Ihre internationale Attraktivität verstärkt die Innovationsdynamik und den Aufbau neuer Unternehmen. Außerhalb dieser Zentren bleiben Qualifizierung und Talententwicklung deutlich zurück, sodass die Erneuerung der europäischen Talentbasis regional stark unterschiedlich verläuft.

09 DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION

Subsidiarität macht Verantwortung sichtbarer – wirtschaftliche Macht bleibt einflussreich.

Subsidiarität und neue politische Zugänge machen Verantwortung auf nationaler und lokaler Ebene besser zurechenbar. Wirtschaftliche und technologische Einflusszentren behalten jedoch erhebliches Gewicht bei der Gestaltung gemeinsamer Prioritäten. Bessere Zurechenbarkeit beseitigt nicht sämtliche Unterschiede im politischen Zugang.

10 LIBERALE ORDNUNG

Freiheit und Rechtsstaat bleiben tragfähig – ihre Sicherung ist nicht überall gleich.

Individuelle und unternehmerische Freiheit, unabhängige Justiz und pluralistische Institutionen bleiben grundsätzlich geschützt. Unterschiedliche nationale Garantien lassen diese Sicherungen im gesamten europäischen Raum jedoch weniger einheitlich wirken. Der wirtschaftliche Aufbruch des Kerns ersetzt keine gemeinsame, überall gleich belastbare Grundrechtsordnung.



PERSPEKTIVE 4 • DEUTSCHLAND

Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa

Deutschland hat seine wirtschaftlichen und staatlichen Strukturen grundlegend erneuert. Gesellschaftliche Eigenverantwortung, private Wirtschaft und Subsidiarität prägen die neue Ordnung. Durch seine eigene wirtschaftliche Stärke zählt das Land zum offenen innovativen Kerneuropa.

A. Äußere und innere Sicherheit

1 AUSSENPOLITISCHE KONFLIKTE & BÜNDNISVERANTWORTUNG

Deutschlands Größe und geografische Mittellage machen es zum europäischen Kernland. Aber es kann der damit verbundenen Verantwortung nur gerecht werden, wenn es wirtschaftlich stark ist.

Deutschland muss wirtschaftlich stark sein, damit es über die notwendigen Ressourcen für die Ausübung wirtschaftlicher, finanzieller, militärischer und diplomatischer Macht verfügt. Als machtvolles europäisches Kernland verbindet sich Deutschland mit gleichgesinnten, innovativen Staaten zu einem europäischen Kern. Ziel ist es, diesen europäischen Kern so groß und machtvoll wie möglich zu machen. Die Staaten dieses europäischen Kerns bündeln ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit, stimmen sich militärisch ab und verfolgen eine gemeinsame Außenpolitik.

2 ÄUSSERE SICHERHEIT

Freiheit bekommt man nicht geschenkt – man muss bereit sein, sie zu verteidigen.

Eine zeitlich begrenzte Wehrpflicht vermittelt jungen Menschen, dass eine freiheitliche Gesellschaft nicht nur Rechte gewährt, sondern auch Verantwortung verlangt. Eine Berufsarmee kann unser Land zwar verteidigen – eine Bürgerarmee verankert zudem die Verteidigung der Freiheit in der Gesellschaft. Wir brauchen beides.

3 INNERE SICHERHEIT

Ein schwacher Rechtsstaat bedroht die Freiheit der friedlichen und rechtschaffenen Bürger.

Wer anderen Gewalt antut oder Recht bricht, muss mit einer schnellen und konsequenten staatlichen Sanktion rechnen. Ein liberaler Staat mischt sich möglichst wenig in das Leben seiner Bürger ein – aber dort, wo ihre Freiheit bedroht wird, muss er stark sein.

B. Gesellschaft & Chancen

4 EINWANDERUNG, ASYL & INTEGRATION

Deutschland braucht Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in den Sozialstaat.

Wer politisch verfolgt wird, verdient Schutz; wer temporär von Krieg bedroht ist, verdient temporären Schutz; wer dauerhaft einwandern möchte, muss sich integrieren und selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen. Deshalb gehören qualifizierte Zuwanderung, konsequenter Schutz der Außengrenzen und die Durchsetzung des Aufenthaltsrechts zusammen. Deutschland ist für internationale Spitzenkräfte in Forschung, Unternehmertum und Management hochattraktiv und wirbt gezielt um sie.

5 BILDUNG

Gute Bildung braucht Wettbewerb statt Gleichmacherei.

Allgemeinbildende öffentliche und private Schulen sowie Schulen beziehungsweise Zentren beruflicher Bildung konkurrieren um die besten Profile – ermöglicht durch Schulfreiheitsgesetze. Die allgemeine Schulbesuchspflicht wird durch eine Bildungspflicht ersetzt. Neben den in Deutschland etablierten Bildungseinrichtungen eröffnet auch die eigenverantwortliche Bildung innerhalb der Familie eigenständige Bildungswege; die Einhaltung verbindlicher Bildungsziele wird unabhängig vom Lernort überprüft. Damit beschreitet Deutschland den Weg vieler europäischer Staaten. Hochschulen können Studiengebühren erheben, und wenige Spitzenuniversitäten konzentrieren sich auf die Ausbildung von Wissenschaftseliten und Spitzenforschung. Generell verliert die Vermittlung von rein formalem, theoretischem Wissen durch die Künstliche Intelligenz an Bedeutung. Studenten, Schüler und Auszubildende müssen lernen, theoretisches mit praktischem Wissen zu verbinden, um in einer von Künstlicher Intelligenz durchdrungenen Welt bestehen zu können. Berufliche und akademische Bildungswege sind daher gleichwertig.

6 SOZIALE MOBILITÄT

Nicht soziale Ungleichheit ist das eigentliche Problem, sondern fehlende Aufstiegschancen.

Eine freie Gesellschaft garantiert kein gleiches Einkommen, aber sie muss jedem die Chance geben, durch Bildung, Arbeit, Sparen und Unternehmertum voranzukommen. Vor allem Familien, Schulen und Unternehmen – und nicht nur der Staat – öffnen diese Wege. Absolute Armut wird bekämpft, aber selbstverdienter Wohlstand nicht umverteilt.

7 WOHNEN

Gegen Wohnungsmangel hilft der Bau von Wohnungen – nicht Preisbremsen.

Mietpreisregulierung verteilt vorhandenen Mangel, schafft keinen neuen Wohnraum und schreckt neue Investitionen ab. Enteignungen zerstören die Wohnungswirtschaft und schaffen Wohnverhältnisse wie früher in der DDR. Bauland mobilisieren, Vorschriften abbauen, Grunderwerbsteuer und Grundsteuer abschaffen, Genehmigungen beschleunigen und bauen lassen: Das ist soziale Wohnungspolitik.

C. Staat & Demokratie

8 POLITISCHES VERTRAUEN & REPRÄSENTATION

Der Staat verspricht weniger – und hält, was er verspricht.

Wenn Politik bis ins Privatleben hineinregiert, aber bei Schulen, Infrastruktur, Sicherheit und Verteidigung versagt, verliert sie das Vertrauen der Bürger. Der Staat muss weniger tun – und dafür seine Kernaufgaben wieder richtig erfüllen. Dazu wird das Prinzip der Subsidiarität gestärkt: Kommunen entscheiden so viel wie möglich selbst, Länder und Bund übernehmen die jeweils übergeordneten Aufgaben. Der Staat beschränkt seinen Aufgabenumfang auf Kernfunktionen. Bürger können Verantwortung klarer zurechnen; zusätzliche Leistungen verlangen eine transparente Entscheidung über Zuständigkeit und Finanzierung.

9 LEBENDIGE DEMOKRATIE & GEWALTENTEILUNG

Eine lebendige Demokratie braucht ein fachkundiges Parlament auf Augenhöhe mit der Exekutive und eine unabhängige Justiz.

Die Legislative gewinnt gegenüber der Exekutive wieder eigenständige Gestaltungsmacht. Das Parlament verfügt über die fachliche Kompetenz, um Regierungshandeln wirksam zu kontrollieren und politische Entscheidungen eigenständig zu gestalten. Die Unabhängigkeit der Judikative wird konsequent gewahrt.

10 BÜROKRATIE & REGULIERUNG

Bürokratieabbau heißt abschaffen, nicht digitalisieren.

Jede Vorschrift muss begründet werden – nicht ihre Abschaffung. Bürger und Unternehmer sind keine Untergebenen der Verwaltung; die Verwaltung ist Dienstleister der Bürger. Was der Staat nicht erledigen muss, wird an die Privatwirtschaft und privatwirtschaftlich geführte Agenturen übergeben. Staatliche Instanzen führen Rechtsaufsicht, nicht Fachaufsicht. Innovative Regionen unternehmerischer Freiheit ermöglichen spezifische Experimentierräume für DeepTech.

11 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben, innere und äußere Sicherheit und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur.

Aufgaben, die Unternehmen oder gesellschaftliche Träger erfüllen können, werden privatisiert; verbleibende öffentliche Aufgaben werden nach dem Subsidiaritätsprinzip neu organisiert. Die Staatsquote sinkt bis 2035 auf rund 30 Prozent; staatliche Leistungen werden nach Effizienzkriterien gemessen.

12 ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN & INFRASTRUKTUR

Infrastruktur wird von der Privatwirtschaft, wo möglich, und vom Staat, wo nötig, bereitgestellt.

Der Staat setzt die Standards und kontrolliert deren Einhaltung. Verkehrsinfrastruktur, Stromnetze und digitale Infrastruktur werden so weit wie möglich privat finanziert, gebaut und betrieben. Bei neuen Technologien, die für staatliche Aufgaben relevant sind,

kann der Staat als Ankerkunde den Markt für innovative Unternehmen öffnen. Staatliche Forschung konzentriert sich auf Grundlagenforschung.

D. Wirtschaft, Arbeit & Transformation

13 TECHNOLOGIE & KAPITAL

Deutschland gehört bei Spitzentechnologien wieder zur internationalen Spitzengruppe – getragen von privatem Kapital.

Deutschland hat sich wieder als international führender Innovationsstandort für Deep Tech etabliert. Die Zahl international erfolgreicher Deep-Tech-Scale-ups hat sich gegenüber 2026 verdoppelt. Neben den etablierten Hidden Champions und mittelständischen Unternehmen haben sich eine neue Generation von Deep-Tech-Weltmarktführern sowie entsprechende mittelständische Innovationsökosysteme herausgebildet, die zu einer zweiten tragenden Säule der deutschen Wirtschaft geworden sind. Private Kapitalgeber ermöglichen die Entwicklung und Skalierung neuer Technologieunternehmen und tragen damit maßgeblich zur technologischen Erneuerung Deutschlands bei.

14 KLIMA- & ENERGIEPOLITIK

Nicht der Staat kennt die beste Klimatechnologie, sondern der Wettbewerb findet sie.

Die Politik setzt den Rahmen für eine marktwirtschaftliche Bewältigung des Klimawandels. Verbote, technologiespezifische Subventionen und detaillierte Transformationsvorgaben werden gestrichen. Unternehmen und Haushalte entscheiden über Maßnahmen zur Vermeidung der Erderwärmung und zur Anpassung. Eine Bepreisung des CO_2-Ausstoßes ist nur auf globaler Ebene sinnvoll. Ein Klimaclub ohne Beteiligung der großen Emittenten, insbesondere der USA und Chinas, ist dafür kein tragfähiger Ersatz. Nationale Alleingänge mit dem Anspruch, Vorreiter zu sein, erlauben anderen, Trittbrett zu fahren. Der Vorreiter trägt die Kosten und verarmt, die anderen haben den Nutzen umsonst.

15 ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG

Der Arbeitsmarkt wird privatvertraglich organisiert.

Der Arbeitsmarkt wird grundlegend dereguliert: Gesetzlicher Kündigungsschutz entfällt und die Beschäftigungsbedingungen werden privatvertraglich vereinbart. Gewerkschaften können sich frei organisieren und mit Arbeitgebern freiwillige Tarifvereinbarungen schließen. Nach dem Auslaufen von Flächentarifverträgen können betriebliche Vereinbarungen an ihre Stelle treten. Die bisherige gesetzlich vorgeschriebene Organmitbestimmung entfällt. Arbeitnehmer können jedoch künftig auf Grundlage freiwilliger Vereinbarungen oder neuer gesetzlicher Regelungen durch eine Minderheitsvertretung in den Aufsichtsgremien beteiligt werden. Damit greift Deutschland Modelle begrenzter Arbeitnehmervertretung auf, wie sie in zahlreichen EU-Staaten bestehen. An die Stelle der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung tritt die Existenzsicherung. Eine darüber hinausgehende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kann privatwirtschaftlich organisiert werden.

16 STEUERN

Leistung und Kapitalbildung lohnen sich wieder.

Mit einem radikal einfacheren Steuersystem mit niedrigen Sätzen, breiter Bemessungsgrundlage und einer Flat Tax lohnen sich Leistung, Sparen, Investieren und Eigentumsbildung. Sonderwirtschaftszonen können geschaffen werden und Bundesländer und Regionen konkurrieren um Unternehmensansiedlungen und Einwohner.

17 INFLATION & PREISE

Der Staat hält sich aus der Preisbildung am Markt heraus.

Energie-, Miet- und Konsumentenpreise bilden Angebot und Nachfrage auf den jeweiligen Märkten ab. Staatliche Eingriffe in Marktprozesse verzerren die Preise, schaffen Ineffizienz und führen zu Wohlfahrtsverlusten.

E. Soziale Sicherung & öffentliche Finanzen

18 HAUSHALT & STAATSFINANZEN

Die Schuldenbremse gilt. Subventionen werden abgebaut und soziale Transfers auf die Existenzsicherung begrenzt.

Subventionen werden sukzessive bis zur Abschaffung verringert. Soziale Transfers werden auf Leistungen zur Existenzsicherung für Bedürftige gesenkt. Die dadurch sinkenden Staatsausgaben schaffen den finanziellen Spielraum für die Flat Tax.

19 RENTEN & ALTERSSICHERUNG

Der Staat sichert das Existenzminimum. Der Lebensstandard im Ruhestand wird durch eigene und betriebliche Vorsorge abgesichert.

Für Menschen, die sich nicht selbst versorgen können, gibt es eine staatliche Existenzsicherung. Die Sicherung des bisherigen Lebensstandards erfolgt kapitalgedeckt in eigener Regie oder über betriebliche Vorsorge. Die gesetzliche Altersgrenze wird abgeschafft. Jeder entscheidet anhand seiner Vorsorge und Erwerbsmöglichkeiten selbst über den Eintritt in den Ruhestand.

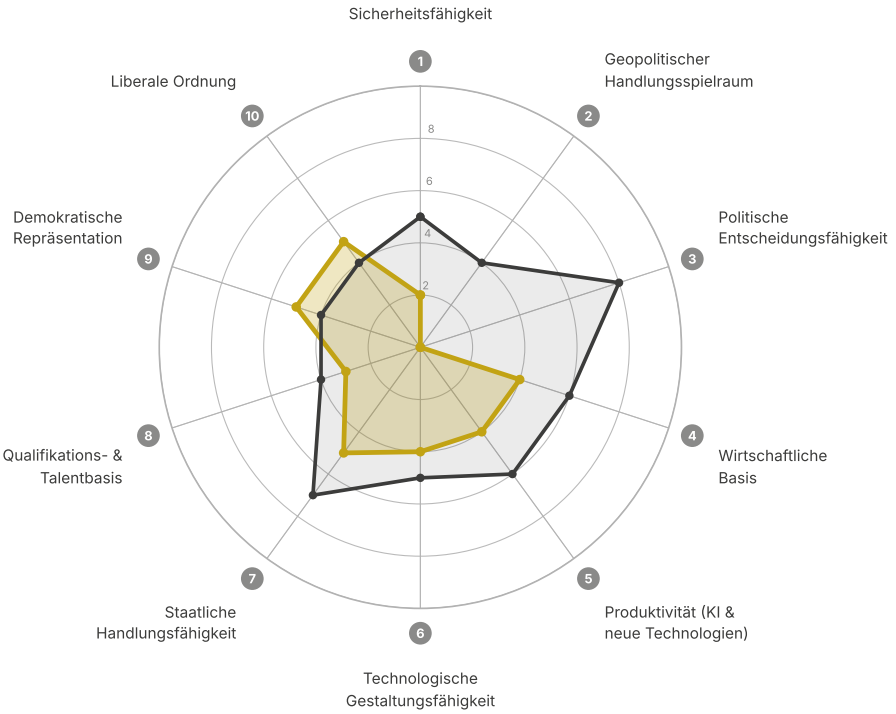
20 GESUNDHEIT & PFLEGE

Medizinische Grundversorgung bleibt staatliche Aufgabe; weitergehende Versorgung wird privat organisiert.

Der Staat kümmert sich als Teil der Existenzsicherung um die medizinische Grundversorgung. Darüber hinaus organisieren und finanzieren Menschen Versorgung und Absicherung privat. Unwirtschaftliche Krankenhäuser werden geschlossen. Öffentliche Krankenhäuser werden sukzessive in private Hände übergeben, um bei mindestens gleichen Qualitätsstandards die Effizienz zu erhöhen.

Rivalisierende Nationalstaaten statt EU

Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU



Achse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Europa	2	0	0	4	4	4	5	3	5	5
Deutschland	5	4	8	6	6	5	7	4	4	4

Die grauen Nummern bezeichnen die zehn Achsen des Diagramms. Die Zahlen darunter geben die angenommene Ausprägung je Achse im jeweiligen Szenario an (Skala 0 bis 10). Sie sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.



PERSPEKTIVE 5 • EUROPA

Rivalisierende Nationalstaaten statt EU

Im Jahr 2035 existiert die Europäische Union nicht mehr als gemeinsamer politischer und geopolitischer Akteur. Ausgangspunkt war der nationalistische Machtwechsel in Frankreich 2027. Paris verlangte die Rückverlagerung europäischer Kompetenzen und kam vereinbarten Zahlungsverpflichtungen gegenüber der EU nur noch teilweise nach. Zugleich stellte Frankreich seine finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine vollständig ein. Der daraus erwachsende institutionelle und finanzielle Konflikt erschütterte die Union. In Deutschland setzten sich nicht jene politischen Kräfte durch, die darin den Anlass für eine grundlegende europäische Erneuerung sahen. Nationalistische Parteien deuteten die Krise vielmehr als Beleg für die Unreformierbarkeit der EU und versprachen nationale Selbstbestimmung sowie größere wirtschaftliche Handlungsspielräume. Nach der regulären Bundestagswahl 2029 übernahm eine von der AfD geführte Regierung die Regierungsverantwortung. Damit fehlte einer europäischen Reformkoalition neben Frankreich auch Deutschland als tragender Partner.

Berlin nahm europäische Verpflichtungen zurück, beendete die militärische Unterstützung der Ukraine und öffnete sich erneut für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Mit den USA und China verhandelte es überwiegend bilateral; die NATO-Mitgliedschaft blieb bestehen. Unterschiedliche Russlandpolitiken und Konflikte über Finanzierung, Grenzkontrollen und Marktzugang führten zu wechselseitigen Gegenmaßnahmen. Schließlich verließ Deutschland die zerfallende EU. Verbliebene Institutionen verwalteten nur noch Übergänge und frühere Verpflichtungen; an die Stelle der gemeinsamen Ordnung traten konkurrierende nationale und regionale Bündnisse, teilweise mit engeren Beziehungen zu äußeren Machtzentren. Der Zerfall beseitigte jedoch nicht Europas industrielle Substanz. Deutschland vereinfachte Genehmigungen, konzentrierte Investitionen auf nationale Infrastruktur und Industrievorhaben und erzielte weiterhin Produktivitätsfortschritte. Zugleich erschwerten fragmentierte Märkte und verlorene europäische Verhandlungsmacht weitere Investitionen und wirtschaftliche Skalierung. Die Bundesregierung konnte nationale Prioritäten schneller durchsetzen, während parlamentarische Kontrolle und unabhängige Gegenmacht geschwächt wurden. Wahlen und Verfassungsinstitutionen bestanden fort, doch der politische Wettbewerb verlor an Offenheit. Europa blieb als Kontinent wirtschaftlich bedeutend, konnte seine Fähigkeiten aber nicht mehr gemeinsam einsetzen.

01 SICHERHEITSFÄHIGKEIT

Nationale Streitkräfte bleiben – Europas gemeinsamer Schutz wird lückenhaft.

Nationale Streitkräfte und fortbestehende Bündniskooperationen einschließlich der NATO erhalten Teilfähigkeiten zum Schutz des ehemaligen EU-Raums. Politische Rivalitäten, unterschiedliche Russlandpolitiken und fehlende gemeinsame europäische Planung begrenzen jedoch deren verlässliche Verfügbarkeit. Große Lücken bei

Abschreckung und Durchhaltefähigkeit entstehen aus dieser Fragmentierung, nicht allein aus dem Ende der EU.

02 GEOPOLITISCHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Europa zerfällt in wechselnde Allianzen – ein gemeinsamer geopolitischer Akteur existiert nicht mehr.

Im ehemaligen EU-Raum schließen Nationalstaaten wechselnde Bündnisse, die teils gegensätzliche Interessen verfolgen, sich gegenseitig blockieren und miteinander in Konflikt geraten. Die Staaten kooperieren unterschiedlich eng mit den USA, China, Russland oder anderen internationalen Machtzentren. Nationale Handlungsspielräume bleiben bestehen; eine gemeinsame europäische Gestaltungsmacht entsteht daraus nicht.

03 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT

Nationale Entscheidungen ersetzen kein gemeinsames europäisches Entscheidungszentrum.

Eine unionsweit verbindliche politische Entscheidungsinstanz besteht nicht mehr. Nationale und bilaterale Beschlüsse ersetzen keine gemeinsame Willensbildung und können auch gegeneinander gerichtet sein. Einzelne Regierungen gewinnen Entscheidungsfreiheit, ohne dass daraus eine neue gemeinsame europäische Ordnung entsteht.

04 WIRTSCHAFTLICHE BASIS

Industrielle Substanz bleibt – fragmentierte Märkte schwächen ihre wirtschaftliche Wirkung.

Industrielle Substanz und nationale Wertschöpfungszentren bestehen fort; einzelne Staaten können Wettbewerbsvorteile gewinnen. Politische Rivalitäten und fragmentierte Markt- und Investitionsbedingungen schwächen jedoch Einkommen und Erneuerungsinvestitionen im ehemaligen EU-Raum insgesamt. Nationaler Erfolg und europäische wirtschaftliche Schwächung können gleichzeitig auftreten.

05 PRODUKTIVITÄT DURCH KI & NEUE TECHNOLOGIEN

Technischer Fortschritt hält an – seine breite Verbreitung wird schwieriger.

Neue Technologien und nationale Innovationszentren ermöglichen weiterhin produktive Anwendungen. Zersplitterte Märkte, Standards und Datenräume erschweren jedoch deren breite Verbreitung und begrenzen die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne. Europäische Fragmentierung bedeutet keinen allgemeinen technologischen Stillstand.

06 TECHNOLOGISCHE GESTALTUNGSFÄHIGKEIT

Nationale Technologiespitzen bleiben – gemeinsame Skalierungsräume gehen verloren.

Nationale Forschungszentren und spezialisierte Unternehmen behalten eigene technologische Fähigkeiten und einzelne Spitzenpositionen. Rivalitäten sowie fragmentierte Kapital-, Markt- und Standardräume erschweren jedoch internationale Skalierung und gemeinsame Technologieentwicklung. Die vorhandenen Fähigkeiten lassen sich nicht mehr im früheren europäischen Maßstab verbinden.

07 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Die Nationalstaaten gewinnen Handlungsspielräume – ihre Leistungsfähigkeit entwickelt sich auseinander.

Nationale und lokale Verwaltungen bestehen fort und gewinnen teilweise an Beweglichkeit. Bisherige gemeinsame europäische Programme und grenzüberschreitende Leistungen werden zurückgebaut oder durch Vereinbarungen zwischen einzelnen Staaten ersetzt. Unterschiedliche Ressourcen und Reformfähigkeiten führen dazu, dass sich Umfang und Qualität öffentlicher Leistungen zwischen den Ländern zunehmend unterscheiden.

08 ERNEUERUNGSFÄHIGKEIT DER QUALIFIKATIONS- & TALENTBASIS

Nationale Bildungswege bestehen – Mobilität und Talentgewinnung werden erschwert.

Nationale Bildungssysteme erneuern Kompetenzen unter fragmentierten Bedingungen nur unzureichend. Geringere Mobilität, restriktivere Zuwanderung und konkurrierende Talentpolitiken verschärfen Lücken in Bildungs- und Arbeitsmärkten. Einzelne leistungsfähige Standorte beseitigen diese Schwierigkeiten im ehemaligen EU-Raum nicht.

09 DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION

Demokratische Repräsentation bleibt national möglich – ihre Offenheit entwickelt sich auseinander.

Politische Repräsentation verlagert sich auf nationale und lokale Ebenen und bleibt in einigen Staaten demokratisch tragfähig. Andernorts schwächen plebiszitär-autoritäre Entwicklungen wirksame Opposition, gesellschaftlichen Einfluss und demokratische Rechenschaft. Der Verlust europäischer Institutionen führt nicht überall zu derselben politischen Ordnung.

10 LIBERALE ORDNUNG

Liberale Sicherungen bestehen teilweise fort – ihr gemeinsamer europäischer Schutz entfällt.

Nationale Verfassungen, unabhängige Gerichte und freie Öffentlichkeiten bleiben in Teilen des ehemaligen EU-Raums wirksam. Andere Staaten bauen liberale Sicherungen ab, während gemeinsame unionsrechtliche Schutz- und Kontrollmechanismen entfallen. Europa wird nicht durchgehend autoritär, aber der Schutz individueller Freiheit ist stärker vom jeweiligen Nationalstaat abhängig.



PERSPEKTIVE 5 • DEUTSCHLAND

Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU

Deutschland hat die EU nach Jahren der Missachtung gemeinsamer Verpflichtungen und wechselseitiger Gegenmaßnahmen verlassen. Der europäische Rechts- und Wirtschaftsraum ist fragmentiert; Restinstitutionen verwalten Übergänge und Altverpflichtungen. Die Regierung bündelt nationale Entscheidungsmacht, senkt Steuern und regulatorische Belastungen und richtet Einwanderung, Bildung, Sozialpolitik und Investitionen auf nationale Prioritäten aus. Ausgewählte Vorhaben werden schneller umgesetzt; industrielle Kompetenzen und Produktivitätsgewinne bleiben erhalten. Neue Handelshemmnisse, Abhängigkeiten und geringere internationale Attraktivität begrenzen jedoch die wirtschaftliche Erneuerung. Wahlen und Verfassungsinstitutionen bestehen fort, während die Exekutive unabhängige Kontrolle und gesellschaftliche Gegenmacht schwächt.

A. Äußere und innere Sicherheit

1 AUSSENPOLITISCHE KONFLIKTE & BÜNDNISVERANTWORTUNG

Deutschland ersetzt europäische Außenpolitik durch nationale Interessenpolitik.

Deutschland beendet seine militärische Unterstützung der Ukraine, hebt nationale Beschränkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland auf und verfolgt neue Handels- und Energievereinbarungen mit Moskau. Gegenüber den USA und China handelt die Regierung Markt-, Technologie- und Sicherheitsfragen vor allem bilateral aus. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik wird nicht wiederhergestellt. Die Annäherung an Russland verschärft Konflikte mit östlichen Nachbarn, deren Sicherheitsinteressen anders gelagert sind. Einzelne Vereinbarungen eröffnen wirtschaftliche Möglichkeiten; ohne gemeinsames europäisches Gewicht muss Deutschland dafür größere Zugeständnisse machen. Der Konflikt zwischen transatlantischer Bindung und einer stärkeren Öffnung nach Osten bleibt innenpolitisch bestehen.

2 ÄUSSERE SICHERHEIT

Deutschland baut seine nationale Verteidigung aus – gemeinsame europäische Sicherheit entsteht daraus nicht.

Deutschland führt die Wehrpflicht wieder ein, stärkt Reserve und Zivilschutz und richtet die Bundeswehr stärker auf Landesverteidigung aus. Wehrpflichtige werden nicht für Auslandseinsätze eingesetzt. Beschaffung und Forschung stärken die eigene Rüstungsindustrie; ausgewählte Partnerschaften ergänzen fehlende Fähigkeiten. Die NATO-Mitgliedschaft bleibt bestehen, doch unterschiedliche nationale Russlandpolitiken

und gegenseitiges Misstrauen erschweren die Zusammenarbeit. Personal, Ausrüstung und nationale Einsatzfähigkeit wachsen. Strategische Aufklärung, Luftverteidigung und längerfristige Durchhaltefähigkeit lassen sich jedoch nicht allein durch nationale Beschlüsse ersetzen; Deutschland bleibt auf Partner angewiesen, deren Unterstützung weniger selbstverständlich geworden ist.

3 INNERE SICHERHEIT

Polizei und Strafjustiz setzen Ordnung entschiedener durch – unabhängige Kontrolle verliert an Gewicht.

Deutschland stärkt Polizei und Strafjustiz personell und technisch, verschärft Sanktionen gegen Gewalt- und Wiederholungstaten und beschleunigt priorisierte Strafverfahren. Ausländische Straftäter werden konsequenter ausgewiesen und abgeschoben. Dauerhafte nationale Grenzkontrollen werden personell und technisch abgesichert. Organisierte Kriminalität und der Schutz öffentlicher Ordnung erhalten zusätzliche Mittel. In diesen Bereichen werden Verfahren tatsächlich schneller und staatliche Eingriffe sichtbarer. Zugleich gewinnt die Regierung größeren Einfluss auf sicherheitspolitische Prioritäten, während unabhängige Kontrollinstanzen an Durchsetzungskraft verlieren. Der Staat kann bestimmte Rechtsverstöße wirksamer verfolgen, gewährleistet aber nicht mehr überall eine gleichmäßige Begrenzung seiner eigenen Eingriffe.

B. Gesellschaft & Chancen

4 EINWANDERUNG, ASYL & INTEGRATION

Deutschland begrenzt Zuwanderung und setzt auf Rückführung – benötigte Fachkräfte werden gezielt ausgewählt.

Deutschland führt dauerhafte Kontrollen an seinen Staatsgrenzen ein, weist unerlaubte Einreisen zurück und verschärft Asyl-, Aufenthalts- und Einbürgerungsregeln. Die Regierung fordert zunächst eine grundlegende Reform des Schengener Grenzregimes; im Verlauf des europäischen Zerfalls verlieren auch die gemeinsamen Schengen-Regeln zunehmend ihre praktische Bindungswirkung. Rückführungen werden ausgeweitet, Familiennachzug stark eingeschränkt und Mehrstaatigkeit nur noch ausnahmsweise zugelassen. Die Regierung trennt diese Politik von einer eng bedarfsorientierten Arbeitsmigration und wirbt zugleich um die Rückkehr ausgewanderter deutscher Fachkräfte. Integration wird stärker als Anpassung an Sprache und gesellschaftliche Regeln verstanden. Die Regierung gewinnt sichtbar Kontrolle über Aufnahme und Aufenthalt. Restriktive Bedingungen und geringere gesellschaftliche Offenheit erschweren jedoch auch die Gewinnung international mobiler Talente und verschärfen einzelne Personalengpässe.

5 BILDUNG

Bildung wird stärker nach Leistung differenziert und auf berufliche Qualifikation sowie nationale kulturelle Orientierung ausgerichtet.

Deutschland stärkt das gegliederte Schulsystem, berufliche Schulen und die duale Ausbildung. Die Schulbesuchspflicht wird durch eine Bildungspflicht ersetzt.

Lehrpläne betonen Fachwissen, deutsche Sprache, Geschichte und kulturelle Überlieferung. Hochschulen kehren zu Diplom- und Magisterabschlüssen zurück; ihre Grundfinanzierung wird gegenüber projektgebundener Förderung gestärkt. Die öffentliche Finanzierung von Genderforschung wird beendet. Leistungsfähige technische und wissenschaftliche Einrichtungen bleiben bestehen. Gleichzeitig werden Forschungs- und Bildungsangebote politisch enger eingegrenzt; die europäische Mobilität und die internationale Attraktivität einzelner Einrichtungen nehmen ab.

6 SOZIALE MOBILITÄT

Aufstieg soll über Arbeit, Familie und Eigentum gelingen – die Zugänge bleiben ungleich verteilt.

Deutschland entlastet Familien steuerlich, stärkt berufliche Qualifizierung und erleichtert Gründung, Unternehmensnachfolge und Wohneigentum. Erwerbstätigkeit und eigene Vorsorge sollen gegenüber dauerhaftem Transferbezug attraktiver werden. In leistungsfähigen Betrieben und geförderten Regionen eröffnen sich reale Aufstiegsmöglichkeiten. Die Politik setzt stärker auf familiäre Unterstützung und selbst aufgebautes Vermögen als auf den Ausgleich unterschiedlicher Ausgangsbedingungen. Menschen ohne finanzielle Reserven oder Zugang zu tragfähiger Beschäftigung profitieren weniger. Der fragmentierte europäische Wirtschaftsraum begrenzt zusätzliche Chancen; schwächere unabhängige Kontrolle erschwert es, politisch ungleiche Zugänge zu Förderung und öffentlichen Aufträgen zu korrigieren.

7 WOHNEN

Deutschland fördert Wohneigentum und senkt Bauauflagen.

Deutschland schafft die Grundsteuer und die Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum ab. Baurechtliche Verfahren werden vereinfacht, energetische Anforderungen zurückgenommen und der Bestand stärker vor nachträglichen Auflagen geschützt. Kommunen berücksichtigen ortsansässige Haushalte bei der Vergabe von Bauland bevorzugt; Eigentumserwerb wird gezielt gefördert. Die kommunale Finanzierung wird als Ausgleich für wegfallende Steuern neu geordnet. Bauherren und Eigentümer erfahren spürbare Entlastungen, und an geeigneten Standorten wird mehr gebaut. Begrenztes Eigenkapital, Finanzierungskosten und regional unterschiedliche Nachfrage bleiben jedoch bestehen; nicht alle Wohnungssuchenden profitieren gleichermaßen.

C. Staat & Demokratie

8 POLITISCHES VERTRAUEN & REPRÄSENTATION

Die Regierung beruft sich auf den unmittelbaren Volkswillen – der politische Wettbewerb verliert an Offenheit.

Deutschland führt bundesweite Volksentscheide ein und stellt grundlegende Richtungsentscheidungen als unmittelbaren Ausdruck des nationalen Mehrheitswillens dar. Die Regierung setzt politische Prioritäten rascher durch und stützt ihre Legitimation auf Wahlen, direkte Abstimmungen und sichtbare Umsetzungserfolge. Die parlamentarische Opposition bleibt bestehen, ihre Einflussmöglichkeiten nehmen

jedoch gegenüber der Regierungsmehrheit ab. Politische und gesellschaftliche Konflikte werden zunehmend als Gegensatz zwischen gewählter Mehrheit und ihren Gegnern ausgetragen. Ungleiche Wettbewerbsbedingungen und Einschüchterung erschweren wirksamen Widerspruch und den Machtwechsel. Formale demokratische Verfahren bleiben bestehen, doch die Offenheit des politischen Wettbewerbs nimmt ab.

9 LEBENDIGE DEMOKRATIE & GEWALTENTEILUNG

Die Justiz soll entpolitisiert werden – parlamentarische und gesellschaftliche Gegenmacht verlieren an Einfluss.

Die Regierung reformiert die Richterernennung mit dem erklärten Ziel, parteipolitischen Einfluss zurückzudrängen und die Selbstverwaltung der Justiz zu stärken. Über die Zusammensetzung neuer Auswahl- und Leitungsgremien gewinnt die Regierungsmehrheit jedoch zunehmenden Einfluss auf Ernennungen, Karriereentscheidungen und die Justizverwaltung. Richter bleiben in ihren Entscheidungen formal unabhängig; die institutionellen Bedingungen ihrer Tätigkeit werden stärker politisch geprägt. Zugleich verlagert die Regierungsmehrheit politische Gestaltungsmacht zur Exekutive und schwächt parlamentarische Kontrollmöglichkeiten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird auf eine kleinere, beitragsfreie Grundversorgung umgebaut. Die staatliche Finanzierung parteinaher politischer Stiftungen und des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wird eingestellt; weitere Mittel für politisch tätige Nichtregierungsorganisationen werden gekürzt. Mit dem deutschen EU-Austritt entfallen zudem unionsrechtliche Kontrollmechanismen. Die Gewaltenteilung besteht fort, ihre praktische Schutz- und Korrekturwirkung nimmt jedoch ab.

10 BÜROKRATIE & REGULIERUNG

Nationale Bürokratie wird abgebaut – an Europas neuen Grenzen entstehen zusätzliche Vorschriften.

Deutschland streicht das Lieferkettengesetz, umfangreiche Nachhaltigkeitsberichtspflichten und weitere europäisch geprägte Nachweissysteme. Genehmigungen werden vereinfacht, Vorschriften befristet und neue Belastungen an den Abbau bestehender Regeln gebunden. Unternehmen gewinnen tatsächlich Zeit und Handlungsspielraum. Gleichzeitig ersetzen andere europäische Staaten gemeinsame Regeln ebenfalls durch eigene Anforderungen. Exportierende Unternehmen müssen unterschiedliche Zulassungen, Nachweise und Grenzverfahren bedienen. Nationale Entlastung und außenwirtschaftlicher Mehraufwand bestehen nebeneinander. Die Regierung gewinnt regulatorische Freiheit, kann aber nicht mehr verbindlich bestimmen, unter welchen Bedingungen deutsche Produkte auf anderen europäischen Märkten zugelassen werden.

11 STAATLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Staat erledigt ausgewählte Aufgaben schneller – die Regierung bestimmt enger, was Vorrang hat.

Deutschland reduziert Verwaltungsaufgaben, streicht Berichtspflichten und konzentriert Personal, Budgets und digitale Verfahren auf nationale Prioritäten. Für Grenzsicherung, Infrastruktur, Energieversorgung und wichtige Industrievorhaben werden Zuständigkeiten vereinfacht und Entscheidungen verbindlicher umgesetzt.

Teile der Verwaltung werden verkleinert, während priorisierte Aufgaben zusätzliche Fachkompetenz erhalten. Vorhaben bleiben dadurch seltener allein an Abstimmungsproblemen hängen. Gleichzeitig erhalten parlamentarische, gesellschaftliche und unabhängige fachliche Einwände weniger Gewicht. Die Verwaltung gewinnt operative Leistungsfähigkeit, dient aber stärker den wechselnden politischen Prioritäten der Regierung und weniger einer gleichmäßig kontrollierten Aufgabenerfüllung.

12 ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN & INFRASTRUKTUR

Deutschland erneuert nationale Verkehrs- und Versorgungsnetze – europäische Verbindungen werden einzeln ausgehandelt.

Deutschland priorisiert den Erhalt von Straßen, Brücken und Bahnverbindungen sowie eine verlässliche Energie- und digitale Grundversorgung. Nationale Mittel und private Investitionen fließen in ausgewählte Engpässe und industriell wichtige Standorte. Vereinfachte Planung ermöglicht sichtbare Fortschritte. Grenzüberschreitende Verkehrs-, Strom- und Datenverbindungen werden dagegen projektweise mit Partnerstaaten geregelt; gemeinsame Finanzierung und technische Abstimmung sind nicht mehr selbstverständlich. Bestehende Verbindungen werden weiter genutzt, aber unterschiedliche Prioritäten erzeugen Verzögerungen und Doppelaufwand. Nationale Infrastruktur kann leistungsfähiger werden, ohne die frühere Qualität eines integrierten europäischen Netzes zurückzugewinnen.

D. Wirtschaft, Arbeit & Transformation

13 TECHNOLOGIE & KAPITAL

Eigene Technologien sollen nationale Souveränität sichern – Kapital und Absatzmärkte bleiben international.

Deutschland erleichtert unternehmerische Investitionen und Forschung, setzt auf industrielle KI und Automatisierung und fördert eigene digitale Fähigkeiten für staatliche Aufgaben und kritische Infrastruktur. Offene Software und dezentral organisierte Systeme sollen Abhängigkeiten begrenzen. Maschinenbau, Medizintechnik und weitere Spezialanbieter entwickeln weiterhin erfolgreiche Produkte und steigern ihre Produktivität. Private Kapitalgeber und ausgewählte internationale Kooperationen ermöglichen Wachstum. Der Verlust gemeinsamer europäischer Märkte und Finanzierungsräume sowie geringere Attraktivität für Talente erschweren jedoch größere Skalierung. Technologische Eigenständigkeit gelingt in einzelnen Bereichen; eine umfassende nationale Alternative zu internationalen Technologieökosystemen entsteht nicht.

14 KLIMA- & ENERGIEPOLITIK

Deutschland beendet die bisherige Klimapolitik und setzt auf fossile und nukleare Versorgung.

Deutschland tritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen aus, schafft CO_2-Abgaben und zentrale Transformationsvorgaben ab und beendet den Vorrang europäischer Klimaziele. Kohle- und Gaskapazitäten werden erhalten; der Wiedereinstieg in die

Kernenergie wird durch Forschung, Genehmigungen und Investitionsentscheidungen vorangetrieben. Neue Liefervereinbarungen, auch mit Russland, sollen Versorgung sichern und Kosten senken. Unternehmen entscheiden über klimaverträgliche Verfahren vor allem nach Wirtschaftlichkeit. Entfallende Abgaben entlasten einzelne Betriebe und Haushalte. Ein verbindlicher nationaler Emissionsminderungspfad verliert dagegen seine politische Steuerungsfunktion; Versorgung bleibt von Infrastruktur, Investitionen und ausländischen Lieferbedingungen abhängig.

15 ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG

Arbeitsmarktpolitik mobilisiert inländische Arbeitskräfte und verschärft die Pflichten im Leistungsbezug.

Deutschland stärkt berufliche Qualifizierung und Arbeitsvermittlung und bindet die Grundsicherung erwerbsfähiger Menschen stärker an Arbeitsaufnahme und gemeinnützige Tätigkeit. Bei verweigerter Mitwirkung werden Leistungen gekürzt; der Zugang ausländischer Leistungsberechtigter wird enger begrenzt. Entlastete Unternehmen und national priorisierte Investitionen schaffen in einzelnen Bereichen Beschäftigung. Zugleich beseitigt stärkere Aktivierung weder fehlende Qualifikationen noch regionale Arbeitsplatzverluste. Automatisierung, neue Handelshemmnisse und eingeschränkte internationale Personalgewinnung verändern den Arbeitskräftebedarf. Mehr Menschen werden zur Erwerbstätigkeit gedrängt, ohne dass überall passende und tragfähige Beschäftigung entsteht.

16 STEUERN

Deutschland vereinfacht die Ertragsteuern und entlastet Unternehmen, Familien und Eigentum.

Deutschland führt ein stark vereinfachtes System für die Besteuerung von Einkommen und Unternehmensgewinnen mit einheitlichem Grundtarif, hohen Freibeträgen und weniger Ausnahmen ein. Familien werden stärker entlastet, Freibeträge regelmäßig angepasst und der Solidaritätszuschlag abgeschafft. Kommunen erhalten einen eigenen Zuschlag innerhalb national festgelegter Grenzen. Zusammen mit den Entlastungen beim Wohneigentum verbessern sich die Bedingungen für Sparen, Investitionen und Unternehmensnachfolge. Die Reform reduziert administrative Belastungen, verändert aber die Verteilung der Steuerlast. Ob die entstehenden Einnahmelücken geschlossen werden, hängt vom Erfolg der Ausgabenkürzungen und der wirtschaftlichen Entwicklung im fragmentierten europäischen Umfeld ab.

17 INFLATION & PREISE

Abgaben und Auflagen sinken – die Kosten fragmentierter Märkte bleiben.

Deutschland senkt energiebezogene Steuern und Abgaben und streicht kostenträchtige Klima- und Berichtsvorgaben. Günstigere Beschaffung und mehr Wettbewerb sollen die Preise für Haushalte und Unternehmen entlasten. Ein Teil dieser Entlastung kommt tatsächlich an. Neue Grenzverfahren, kleinere Absatzräume und wechselnde Liefervereinbarungen erhöhen jedoch andere Kosten. Die Regierung verfolgt zusätzlich den Übergang aus dem Eurosystem zu einer nationalen Währungsordnung; die konkrete Umstellung bleibt 2035 Gegenstand von Übergangsvereinbarungen. Unsicherheit über Verträge, Finanzierung und Wechselkurse erschwert längerfristige Kalkulationen. Weder dauerhaft niedrige Preise noch eine bestimmte Inflationsentwicklung werden dadurch gesichert.

E. Soziale Sicherung & öffentliche Finanzen

18 HAUSHALT & STAATSFINANZEN

Deutschland finanziert nationale Prioritäten durch Ausgabenkürzungen – alte Verpflichtungen und neue Ersatzkosten bleiben.

Deutschland hält an der Schuldenbremse fest und kürzt Klimaprogramme und Entwicklungszusammenarbeit. Europäische Zahlungen werden bereits während des Zerfalls zurückgehalten und nach dem Austritt neu verhandelt. Frei werdende Mittel sollen Steuerentlastungen, Verteidigung, Infrastruktur und nationale Sozialversprechen finanzieren. Bestehende Verpflichtungen verschwinden jedoch nicht mit dem Austritt; hinzu kommen Kosten für bisher gemeinsam erbrachte Leistungen. Die Regierung kann Mittel schneller umverteilen, aber nicht alle Entlastungs- und Sicherungsversprechen zugleich erfüllen. Der Haushalt bleibt durch den Konflikt zwischen niedrigeren Steuern, Bestandsschutz und nationalem Neuaufbau geprägt.

19 RENTEN & ALTERSSICHERUNG

Lange Erwerbsbiografien sollen einen abschlagsfreien Ruhestand sichern.

Deutschland ermöglicht den abschlagsfreien Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren und hält am Schutz der gesetzlichen Alterssicherung fest. Längeres freiwilliges Arbeiten wird begünstigt, eine weitere allgemeine Anhebung des Renteneintrittsalters nicht zum zentralen Finanzierungsinstrument gemacht. Die Regierung setzt auf höhere Erwerbsbeteiligung und Umschichtungen im Haushalt, um die Zusagen zu tragen. Menschen mit langen, kontinuierlichen Beitragsbiografien profitieren besonders. Unterbrochene Erwerbsverläufe bleiben schlechter abgesichert. Alterung, begrenzte Zuwanderung und wirtschaftliche Reibungsverluste bestehen fort; zusätzliche Finanzierungslasten werden daher nicht durch das politische Schutzversprechen aufgehoben.

20 GESUNDHEIT & PFLEGE

Wohnortnahe Versorgung und häusliche Pflege erhalten Vorrang.

Deutschland richtet die Krankenhausfinanzierung stärker auf regional vereinbarte Versorgungsbudgets statt auf einzelne abgerechnete Fälle aus. Wohnortnahe Kliniken und ärztliche Praxen sollen erhalten, Verwaltungskosten reduziert und die heimische Arzneimittelversorgung gestärkt werden. Häusliche Pflege durch Angehörige wird finanziell aufgewertet; private Zusatzvorsorge ergänzt die gesetzlichen Systeme. Versicherungsfremde Leistungen werden stärker aus dem Haushalt finanziert. Einzelne Einrichtungen gewinnen Planungssicherheit und Familien zusätzliche Unterstützung. Personalengpässe und regionale Unterschiede bleiben jedoch bestehen; geringere internationale Attraktivität erschwert die Nachbesetzung, und mehr Verantwortung wird in die Haushalte verlagert.

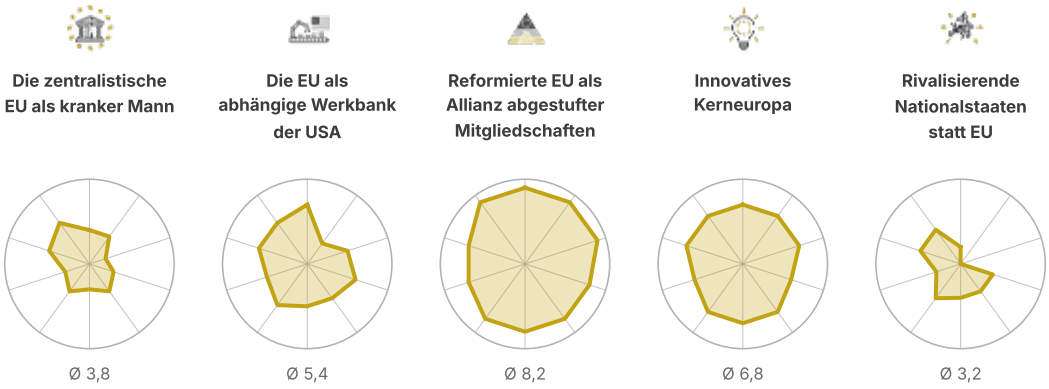
VERGLEICH

Die zehn Szenarien im Vergleich

Angenommene Ausprägung der zehn Faktoren auf einer Skala von 0 (Zentrum) bis 10 (Außenring). Die Werte sind weder Messungen zukünftiger Zustände noch Eintrittswahrscheinlichkeiten.

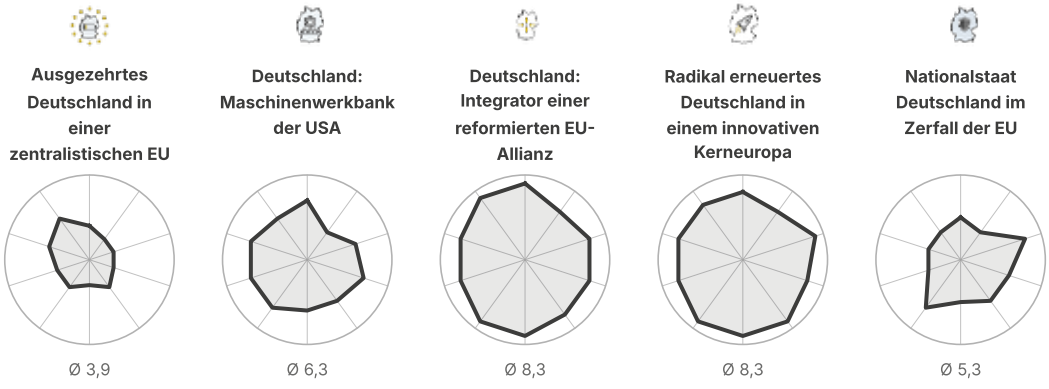
AGONIE		ERNEUERUNG		ZERFALL
PERSPEKTIVE 1	PERSPEKTIVE 2	PERSPEKTIVE 3	PERSPEKTIVE 4	PERSPEKTIVE 5

EUROPA



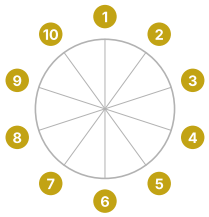
Die zentralistische EU als kranker Mann	Die EU als abhängige Werkbank der USA	Reformierte EU als Allianz abgestufter Mitgliedschaften	Innovatives Kerneuropa	Rivalisierende Nationalstaaten statt EU
Ø 3,8	Ø 5,4	Ø 8,2	Ø 6,8	Ø 3,2

DEUTSCHLAND



Ausgezehrtes Deutschland in einer zentralistischen EU	Deutschland: Maschinenwerkbank der USA	Deutschland: Integrator einer reformierten EU-Allianz	Radikal erneuertes Deutschland in einem innovativen Kerneuropa	Nationalstaat Deutschland im Zerfall der EU
Ø 3,9	Ø 6,3	Ø 8,3	Ø 8,3	Ø 5,3

ACHSEN IM UHRZEIGERSINN, BEGINNEND OBEN



1. Sicherheitsfähigkeit
2. Geopolitischer Handlungsspielraum
3. Politische Entscheidungsfähigkeit
4. Wirtschaftliche Basis
5. Produktivität (KI & neue Technologien)
6. Technologische Gestaltungsfähigkeit
7. Staatliche Handlungsfähigkeit
8. Qualifikations- & Talentbasis
9. Demokratische Repräsentation
10. Liberale Ordnung

Die zehn Szenarien im Vergleich: Ausprägung der zehn Faktoren (Skala 0 bis 10).

Was sich aus den Szenarien ableiten lässt

Die fünf Perspektiven beschreiben unterschiedliche Bedingungen, auf die sich Entscheidungsträger einstellen müssen. Zugleich wirken Unternehmen, Kapitalgeber, Regierungen, öffentliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen an ihrer Entstehung mit. Daraus folgen zwei Aufgaben: die eigenen Vorhaben auch unter ungünstigen Zukunftsbedingungen tragfähig zu machen und zugleich die Voraussetzungen jener Zukunft zu schaffen, die man erreichen will. Vorbereitung auf mögliche Krisen und Gestaltung einer besseren Zukunft gehören zusammen.

Was der Vergleich sichtbar macht

Der Erhalt der europäischen Institutionen ist noch keine Erneuerungsstrategie. In der zentralistischen Agonie bleiben die EU und ihr Binnenmarkt bestehen, während wirtschaftliche Substanz und strategische Wahlfreiheit schwinden. Umgekehrt eröffnet der Zerfall einzelnen Staaten tatsächliche Reformmöglichkeiten, zerstört aber gemeinsame Marktbedingungen und Verhandlungsmacht. Nationale Entlastungen werden teilweise durch neue grenzüberschreitende Belastungen aufgezehrt. Wer Europas Stärke erhalten will, muss deshalb mehr verteidigen als seinen institutionellen Bestand. Wer europäische Regeln abschaffen will, muss berücksichtigen, welche gemeinsamen Möglichkeiten mit ihnen verschwinden.

Auch sichtbare Modernisierung kann eine wirtschaftliche Abhängigkeit verfestigen. Die amerikanische Werkbank ist keine technologisch rückständige Wirtschaft. Ihre Unternehmen entwickeln anspruchsvolle Produkte und steigern ihre Produktivität. Dennoch fehlen ausreichende eigene Erträge und Investitionen, um neue wirtschaftliche Stärke aufzubauen. In den beiden Erneuerungsperspektiven entstehen dagegen zusätzliche Unternehmen, Märkte und Innovationsökosysteme, die weitere Entwicklung finanzieren. Der Unterschied liegt weniger in der eingesetzten Technologie als darin, wer ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten beherrscht und aus ihnen das nächste Geschäft entwickelt.

Erneuerung verlangt eine politische Richtungsentscheidung, keinen nachträglich konstruierten Konsens. Die reformierte Allianz und das innovative Kerneuropa verbinden wirtschaftlichen Wettbewerb mit einer Neuordnung staatlicher Aufgaben. Sie unterscheiden sich jedoch in der Reichweite gemeinsamer europäischer Verpflichtungen und darin, wer die Risiken wirtschaftlicher Veränderung trägt. Die reformierte Allianz erhält eine breitere solidarische Absicherung und organisiert berufliche Übergänge gemeinsam. Das radikal erneuerte Deutschland verlagert wesentlich mehr Verantwortung auf Einzelne, Unternehmen und private Vorsorge. Aus

dem Vergleich folgt keine Empfehlung, beide Modelle zu mitteln. Er macht sichtbar, worüber politisch entschieden werden muss.

Schnellere Umsetzung und demokratische Erneuerung sind nicht dasselbe. Im nationalstaatlichen Zerfallsszenario werden ausgewählte Vorhaben tatsächlich schneller verwirklicht, während unabhängige Kontrolle schwächer wird. Beide Erneuerungsperspektiven stärken dagegen die eigene Gestaltungsmacht des Parlaments und bewahren eine unabhängige Justiz. Handlungsfähigkeit verlangt somit nicht zwangsläufig weniger demokratische Kontrolle. Die Frage ist, ob eine Regierung wirksam handeln kann und zugleich kontrollierbar und ablösbar bleibt.

UNTERNEHMEN UND KAPITALGEBER

eigene Entwicklungsmöglichkeiten aufbauen

Auch in den Agonie- und Zerfallsperspektiven bestehen erfolgreiche Unternehmen. Für unternehmerische Entscheidungen reicht deshalb die Einteilung in eine „gute“ oder „schlechte“ europäische Zukunft nicht aus. Wichtiger ist die eigene Position innerhalb dieser Zukunft: Entsteht der Ertrag aus Fähigkeiten, die andere benötigen, oder hängt er zunehmend von Systemen und Zugängen ab, deren Bedingungen andere bestimmen?

Die Werkbankperspektive zeigt, wie Unternehmen durch die zunehmende Abhängigkeit von amerikanischen Technologieanbietern langfristig unter Anpassungsdruck geraten. Die Erneuerungsperspektiven eröffnen dagegen zusätzliche Wahlmöglichkeiten. Unternehmen können sich bewusst für Technologien und Anbieter entscheiden, die kurzfristig möglicherweise nicht in jeder Hinsicht überlegen sind, ihnen aber langfristig größere Unabhängigkeit und eigene Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Technologieinvestitionen müssen deshalb an ihrem unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen und an ihren langfristigen strategischen Folgen gemessen werden.

Unternehmenslenker und Kapitalgeber müssen dafür entscheiden, welche Fähigkeiten sie selbst aufbauen, welche sie gemeinsam mit Partnern entwickeln und welche sie dauerhaft einkaufen. Nicht jede Technologie muss im eigenen Haus entstehen. Wer jedoch die für sein nächstes Geschäft entscheidenden Lernprozesse anderen überlässt, kann durch die heutige Modernisierung die eigene Marktstellung von morgen schwächen. Kapitalgeber sollten entsprechend neben der Skalierung eines Unternehmens auch betrachten, wie viel wirtschaftliche Gestaltungsmacht mit diesem Wachstum entsteht.

Die Erneuerungsperspektiven eröffnen dafür konkrete Handlungsmöglichkeiten: Unternehmen können erste Kunden neuer Anbieter werden, gemeinsam Entwicklungsrisiken tragen und aus Forschung neue Geschäftsfelder schaffen. Kapitalgeber können Finanzierungen über die ersten Entwicklungsphasen hinaus organisieren. Gleichzeitig müssen Standort- und Investitionsentscheidungen auch unter engeren Absatzmärkten, unterschiedlichen Standards und erschwerter Talentgewinnung geprüft werden. Eine Strategie, die nur bei unverändert offenen europäischen Märkten funktioniert, setzt deren Erhalt voraus. Wer diese Märkte benötigt, hat auch ein eigenes Interesse daran, ihre Weiterentwicklung mitzutragen.

POLITIK

Reformfähigkeit organisieren und Entscheidungen verantworten

Politische Führung muss entscheiden, welche Aufgaben auf europäischer Ebene, beim Bund, bei den Ländern oder in den Kommunen am wirksamsten erfüllt werden können – und wo verbindliche Zusammenarbeit zwischen diesen Ebenen erforderlich ist. In der reformierten Allianz gewinnt Deutschland gemeinsamen Handlungsspielraum, indem es akzeptiert, bei europäischen Entscheidungen selbst überstimmt zu werden. Im innovativen Kerneuropa entsteht Zusammenarbeit zwischen reformbereiten Staaten, deren Zugehörigkeit durch eigene Leistungsfähigkeit getragen wird. Beide Wege verlangen mehr als ein Bekenntnis zu Europa: Partner, gemeinsam übernommene Aufgaben und die Bereitschaft, dafür Ressourcen und Verantwortung einzubringen.

Nationale Erneuerung darf zugleich nicht auf den Abschluss einer europäischen Neuordnung warten. Entscheidungen über Kapitalbildung, Bildung, Verwaltung und die Verteilung sozialer Risiken bleiben auch dann notwendig, wenn die europäische Architektur umstritten ist. Dabei reicht es nicht, einzelne Instrumente aus unterschiedlichen Szenarien zu übernehmen. Eine Steuerentlastung, eine neue Sozialleistung oder ein zusätzliches Verteidigungsversprechen muss mit der vorgesehenen Aufgaben- und Finanzierungsordnung zusammenpassen. Der Streit darüber lässt sich nicht durch immer neue Ausnahmen vertagen.

Auch die Bildung tragfähiger Reformmehrheiten ist eine gegenwärtige Aufgabe. Die Perspektiven des innovativen Kerneuropas und des Zerfalls gehen von einer vergleichbaren französischen EU-Krise aus. In Deutschland gewinnen jedoch unterschiedliche politische Antworten die Oberhand. Eine Krise erzeugt ihre demokratische Erneuerungsalternative nicht selbst. Diese muss bereits als glaubwürdiges Angebot vorhanden sein: mit einer Richtung, ausführbaren Vorhaben und einer offenen Auseinandersetzung darüber, wer Kosten übernimmt und wer neue Möglichkeiten erhält.

BEHÖRDEN, ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN, BILDUNG UND FORSCHUNG

Fähigkeiten statt Programme

Für Führungskräfte öffentlicher Einrichtungen liegt eine zentrale Konsequenz in der Unterscheidung zwischen zusätzlicher Aktivität und tatsächlicher Leistung. In der zentralistischen Agonie wachsen Koordinierungsstellen und Förderlinien, während Vorhaben zwischen Zuständigkeiten und Finanzierungsvorbehalten hängen bleiben. In beiden Erneuerungsperspektiven werden Aufgaben, Entscheidungsmacht und Mittel neu geordnet. Behördenleitungen müssen in diesen Zukünften deshalb offenlegen, welche Leistungen mit den vorhandenen Ressourcen verlässlich erbracht werden können, welche Verfahren entfallen sollten und welche Entscheidungen eine politische Neuordnung erfordern. Ein nicht erfüllbares Leistungsversprechen wird durch seine Digitalisierung nicht erfüllbar.

Die Entscheidung zwischen öffentlicher, privater und gemeinnütziger Leistungserbringung bleibt politisch umstritten. Fachliche Verantwortung verschwindet jedoch nicht, wenn Leistungen ausgelagert werden. Öffentliche Einrichtungen brauchen

die Kompetenz, Anforderungen festzulegen, Qualität zu beurteilen und Abhängigkeiten zu steuern. Gerade die Werkbankperspektive zeigt, wie digitale Modernisierung laufende Kosten und hohe Wechselhürden schaffen kann. Der fachkundige öffentliche Auftraggeber kann dagegen durch frühe Aufträge neue Anbieter und alternative Lösungen ermöglichen.

Bildungs- und Forschungseinrichtungen in öffentlicher wie privater Trägerschaft stehen vor unterschiedlichen Aufgaben. Manche werden sich auf die Qualifizierung für bestehende Tätigkeiten und Industrien konzentrieren, andere auf die Entwicklung neuer Fähigkeiten, Technologien und unternehmerischer Möglichkeiten. Wieder andere können beide Aufgaben verbinden. Das Bildungs- und Forschungssystem insgesamt sollte den gegenwärtigen Arbeitskräftebedarf bedienen und zugleich die Voraussetzungen für neue wirtschaftliche Entwicklung schaffen. Die Werkbankperspektive zeigt die Grenzen einer engen Anpassung an vorhandene Nachfrage. Beide Erneuerungsperspektiven setzen dagegen auf größere Eigenständigkeit der Einrichtungen, wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und eine stärkere Verbindung beruflicher und akademischer Bildung. Unterschiedlich bleibt, wie breit diese Möglichkeiten zugänglich sind und wie sie finanziert werden. Diese Entscheidungen gehören in die eigene institutionelle Strategie, nicht erst in die Reaktion auf das nächste Förderprogramm.

ZIVILGESELLSCHAFT

Erneuerung mitgestalten und demokratische Eigenständigkeit sichern

Für zivilgesellschaftliche Organisationen reicht die Frage nach dem Fortbestand öffentlicher Zusagen nicht aus. In den Agonieperspektiven bleiben viele Ansprüche bestehen, während ihre verlässliche Einlösung schwieriger wird. In den Erneuerungsperspektiven werden öffentliche Aufgaben und persönliche Verantwortung dagegen bewusst neu verteilt. Vereine, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Initiativen müssen deshalb klären, welche Verantwortung sie selbst übernehmen wollen und unter welchen Bedingungen sie dazu in der Lage sind. Mehr gesellschaftliche Eigenverantwortung ist kein Ersatz für die Antwort darauf, wer Zeit, Kompetenz und finanzielle Mittel bereitstellt.

Daraus folgt eine praktische Gestaltungsaufgabe. Zivilgesellschaftliche Akteure können gemeinsam mit Kommunen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen neue Zugänge zu Qualifikation, beruflichem Aufstieg und gesellschaftlicher Mitwirkung eröffnen. Sie können sichtbar machen, welche Menschen von neuen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben und welche Lasten in Familien und unbezahlte Sorgearbeit verlagert werden. Dafür müssen sie nicht jede bestehende Einrichtung und jede bisherige Leistung verteidigen. Zu klären ist, welche gesellschaftliche Aufgabe erfüllt wird und welche andere Lösung sie besser erfüllen könnte.

Zugleich müssen diese Organisationen ihre Rolle als unabhängige Gegenkräfte behaupten. Das Zerfallsszenario beschreibt neben geringeren Fördermitteln einen Verlust parlamentarischer und gesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten. Die Aufgabe besteht deshalb nicht allein darin, die eigene Organisation zu erhalten. Sie besteht auch darin, freie Öffentlichkeit, wirksamen Widerspruch und die Möglichkeit politischer Korrektur zu sichern. Die Mitarbeit an einer Reform und die Freiheit, ihr zu widersprechen, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die eigene Strategie an mehreren Zukünften prüfen

Für alle vier Gruppen bilden die Szenarien einen Prüfrahmen für konkrete Entscheidungen. Manche Vorhaben stärken die eigene Handlungsfähigkeit unter sehr unterschiedlichen Bedingungen. Andere setzen eine bestimmte europäische Ordnung, bestimmte Finanzierungswege oder politische Mehrheiten voraus. Diese Voraussetzungen müssen ebenso klar benannt werden wie die Bedingungen, unter denen eine Strategie geändert werden muss.

Was in allen fünf Perspektiven trägt. Fünf Schritte nützen in jeder der fünf Perspektiven oder schaden in keiner. Sie ersetzen keine politische Richtungsentscheidung, verbessern aber die Ausgangslage für jede von ihnen. Die Auswahl ist eine analytische Entscheidung von Themis Foresight.

1. **Wechselfähigkeit bei kritischen Systemen.** Wer Cloud-, KI- und Datensysteme so einkauft, dass Daten portabel und Anbieter austauschbar bleiben, begrenzt die Preissetzungsmacht fremder Anbieter (Perspektive 2) und die wachsende Abhängigkeit von den USA und China (Perspektive 1). Er begrenzt auch die Bindung an künftige Marktführer, auch europäische (Perspektiven 3 und 4), und die Folgen unterschiedlicher nationaler Standards (Perspektive 5). Der Preis ist kurzfristiger Mehraufwand.
2. **Erste Aufträge für neue Anbieter.** Unternehmen und öffentliche Auftraggeber, die junge Technologieanbieter früh als Kunden wählen, schaffen die Nachfrage, ohne die auch große Kapitalmengen wirkungslos bleiben. In den Perspektiven 1 und 5 kann das Gründer im Land halten, in Perspektive 2 lässt es neue Hidden Champions entstehen, in den Perspektiven 3 und 4 trägt es die Skalierung. Voraussetzung ist ein fachkundiger Auftraggeber.
3. **Skalierungskapital national aufbauen.** Kapitalbildung entsteht zuerst im eigenen Land: durch Anreize für Vorsorge, Versicherer, Pensionsfonds und Stiftungen. In den Perspektiven 3 und 4 verstärkt ein gemeinsamer Kapitalmarkt ihre Wirkung. In den Perspektiven 1, 2 und 5 bleibt fehlendes Wachstumskapital der Engpass, und Start-ups wandern ab. Sinnvoll ist der Schritt zusammen mit ersten Aufträgen, damit Kapital auf Nachfrage trifft.
4. **Umsetzungskompetenz vor neuen Programmen.** Planungs-, Vergabe- und Projektkapazität in Behörden wirkt überall. In Perspektive 1 bleiben bewilligte Mittel mangels Planungskapazität unverbaut. In Perspektive 2 gelingen nur priorisierte Vorhaben. Die Perspektiven 3 und 4 setzen eine professionalisierte Verwaltung voraus. In Perspektive 5 steigert dieselbe Fähigkeit die Leistung einer Regierung, deren Kontrolle schwindet. Deshalb gehört dieser Schritt mit dem nächsten zusammen.
5. **Unabhängige Kontrolle stärken.** Dazu gehören ein Parlament mit eigener Fachkompetenz, offengelegte Einflussnahme auf Gesetzentwürfe, unabhängige Justiz, freie Öffentlichkeit und Organisationen mit breiter eigener Finanzierungs- und Mitgliederbasis. In den Perspektiven 1 und 2 fehlen dem Bundestag die Ressourcen, in den Perspektiven 3 und 4 stärken Reformen ihn. In Perspektive 5 schwindet genau diese Gegenmacht.

Nur unter bestimmten Bedingungen tragen Vorhaben, die offene europäische Märkte voraussetzen (nicht in Perspektive 5) oder auf eine Kapitalmarktunion setzen (nur in Perspektive 3 und im Kern von 4). Das Gleiche gilt für eine Digitalisierung, die vollständig auf amerikanische Systeme baut (tragfähig in Perspektive 2, in den Perspektiven 3 und 4 ein Wechselhindernis), und für den Verlass auf fortlaufende Förderprogramme (nur Perspektive 1 hält sie aufrecht).

ABLEITUNGEN

Fünf Schritte, die in allen Perspektiven tragen

1 **Wechselfähigkeit bei kritischen Systemen**
Cloud, KI und Daten so einkaufen, dass Anbieter austauschbar bleiben.

2 **Erste Aufträge für neue Anbieter**
Junge Technologieanbieter früh als Kunden wählen. Nachfrage schafft Skalierung.

3 **Skalierungskapital national aufbauen**
Vorsorge, Versicherer, Pensionsfonds und Stiftungen für Wachstumsfinanzierung öffnen.

4 **Umsetzungskompetenz vor neuen Programmen**
Planung, Vergabe und Projektsteuerung in Behörden stärken.

5 **Unabhängige Kontrolle stärken**
Parlament, Justiz, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft mit eigener Substanz ausstatten.

Schritt 4 gehört mit Schritt 5 zusammen: Umsetzungsstärke braucht Kontrolle.

Fünf Schritte, die in allen fünf Perspektiven tragen.

Das verlangt keine politische Neutralität gegenüber den fünf Perspektiven. Wer eine demokratisch-pluralistische Erneuerung Europas anstrebt, soll dafür handeln. Er muss seine Entscheidungen aber auch an den Abhängigkeiten, Kosten und Konflikten prüfen, die die anderen Zukunftsbilder offenlegen. **Die Szenarien entlasten niemanden von Entscheidungen. Sie machen sichtbar, welche Zukunft mit ihnen vorbereitet wird.**

Methodik und Erkenntnisprozess

Forschungsdesign, wissenschaftliches Verständnis und Qualitätsmaßstäbe

Diese Studie folgt einem Verständnis von Zukunftsforschung, das Rolf Kreibich als „wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wünschbaren und wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart“ beschreibt. Zukünfte werden dabei als offene Entwicklungsmöglichkeiten betrachtet. Untersucht werden unterschiedliche Entwicklungen, ihre Voraussetzungen und die Möglichkeiten, sie durch heutiges Handeln zu beeinflussen. Dafür verbindet Zukunftsforschung Erkenntnisse verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Erfahrungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.[124]

Diese Offenheit gegenüber unterschiedlichen Zukünften verlangt wissenschaftliche Disziplin. Kreibich nennt unter anderem Relevanz, logische Konsistenz, Überprüfbarkeit, begriffliche Klarheit, Transparenz sowie die Offenlegung von Annahmen, Randbedingungen und Reichweite als Qualitätskriterien. Zugleich können gerade ungewöhnliche und zugespitzte Zukunftsentwürfe Erkenntnisse hervorbringen, die bei einer bloßen Fortschreibung vertrauter Entwicklungen verborgen bleiben.

Diese Maßstäbe prägten das Forschungsdesign der vorliegenden Studie. Aussagen sollten auf ihre Quellen zurückgeführt, unterschiedliche Argumentationen nachvollzogen und die Voraussetzungen der Szenarien offengelegt werden können. Dieser Qualitätsanspruch betrifft die Nachvollziehbarkeit des Ausgangsmaterials, der Verarbeitungsschritte und der Begründung von Schlussfolgerungen ebenso wie die Vergleichbarkeit der Szenarien. Überprüfbar sind die Herleitung der Zukunftsbilder und ihre zugrunde liegenden Annahmen; über die tatsächliche Entwicklung bis 2035 entscheidet der weitere Verlauf. Ebenso sind Zukunftserwartungen, Annahmen über Wirkungszusammenhänge und Vorstellungen wünschenswerter Ordnungen auseinanderzuhalten. Dass mehrere Experten eine persönliche Überzeugung teilen, lässt für sich genommen noch keine verlässliche Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit der jeweiligen Entwicklung zu.

124 Kreibich, Rolf (2006): Zukunftsforschung.

Ein exploratives, dissensorientiertes Delphi-Design

Das Forschungsdesign verbindet eine zweistufige Delphi-Befragung mit Literatur- und Studienrecherche, ergänzenden Expertenformaten und einer anschließenden dialogischen Prüfung der Szenarien. Im Mittelpunkt der Befragung stand die systematische Erkundung unterschiedlicher Erwartungen, Begründungen und Ordnungsentwürfe. Übereinstimmungen und Widersprüche wurden gleichermaßen ausgewertet. Dissens lieferte eigenständige Erkenntnisse und half dabei, trennscharfe Szenarien zu entwickeln.

Am Anfang stand eine ausführliche Recherche vorhandener Studien, wissenschaftlicher Veröffentlichungen und relevanter Zukunftsdebatten. Daraus entstanden erste Hypothesen über die Entwicklung Europas und Deutschlands. Für die Befragung wurden gezielt Personen ausgewählt, deren Fachwissen und Erfahrungen geeignet erschienen, diese Hypothesen zu stützen, infrage zu stellen oder durch andere Erklärungen zu ersetzen. Die Gespräche sollten darüber hinaus Entwicklungen sichtbar machen, die über die Ausgangshypothesen hinausgingen.

Die Auswahl folgte zwei Gesichtspunkten: fachlicher Expertise und der Bandbreite gesellschaftlicher Perspektiven. Vertreten waren Wirtschaft und Unternehmertum, Ökonomie und Finanzierung, Wissenschaft und Technologie, Geopolitik und europäische Integration, Verwaltung, Bildung und soziale Sicherung sowie ökologische Transformation, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Wandel. Neben Wissenschaftlern und Unternehmensvertretern kamen erfahrene Politiker unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, Verwaltungspraktiker und zivilgesellschaftliche Akteure zu Wort. Auch die wirtschaftspolitischen Positionen umfassten konkurrierende Vorstellungen über Markt, Staat und gesellschaftliche Verantwortung. Die gezielte Auswahl sollte ein breites Spektrum relevanter Sichtweisen erschließen.

In der ersten Welle wurden **27 leitfadengestützte Tiefeninterviews** geführt. Die Transkripte umfassten insgesamt **670 Seiten transkribierten Interviewmaterials**. Die Aussagen wurden thematisch kodiert und hinsichtlich ihrer Zukunftserwartungen, Begründungen, Voraussetzungen und Gegenargumente ausgewertet. Ergänzende Impulse und Diskussionen beim Future Lab von Themis Foresight am **23. Juni 2026** erweiterten das Material. Gezielte Nachfragen und vertiefende Gespräche dienten dazu, einzelne Argumentationen genauer zu verstehen und bislang weniger ausgeleuchtete Zusammenhänge zu erschließen. Diese Beiträge flossen als ergänzende Materialgrundlage in die Analyse ein.

Aus der ersten Auswertung und den ergänzenden Beiträgen entstand eine Zwischenanalyse. Sie bildete die Grundlage für **91 Zukunftsthesen**, die in der zweiten Welle einem erweiterten Expertenpanel zur Bewertung und Kommentierung vorgelegt wurden. Diese Welle umfasste **25 Personen**. Beide Befragungswellen umfassten insgesamt **42 unterschiedliche externe Experten**. Fünf weitere externe Experten wirkten bei Future Labs oder vertiefenden Expertengesprächen mit. Insgesamt beteiligten sich damit 47 unterschiedliche externe Experten am Forschungsprozess.

Neben den Bewertungen auf einer fünfstufigen Zustimmungsskala gingen **457 Freitextkommentare** ein. Ausgewertet wurden die Verteilungen von Zustimmung und Ablehnung sowie die dazugehörigen Begründungen: Unter welchen Bedingungen wurde eine These für plausibel gehalten? Welche Voraussetzungen wurden bestritten?



Teilnehmende des Future Labs am 23. Juni 2026 in Berlin. Foto: Gili Shani

Welche alternativen Entwicklungen wurden genannt? Nichtbeurteilbarkeit und fehlende Antworten wurden getrennt von inhaltlicher Ablehnung behandelt. Eine im deutschen Fragebogen fehlerhaft wiedergegebene These blieb bei panelweiten Schlussfolgerungen unberücksichtigt.

Die zweite Welle vertiefte und differenzierte die Ergebnisse der ersten Befragung. Zustimmungsverteilungen wurden gemeinsam mit den Argumentationen interpretiert. Auch breit abgelehnte Erwartungen konnten für die Szenarioarbeit relevant bleiben, sofern sie einen begründeten alternativen Entwicklungspfad eröffneten. Aus der zusammenführenden Auswertung wurden **313 Entwicklungsstränge** herausgearbeitet, zu **27 Faktoren** verdichtet und schließlich zehn besonders einflussreiche Untersuchungsdimensionen mit kritischen Ungewissheiten ausgewählt.

Die 27 Interviewpartner werden am Ende der Studie namentlich aufgeführt. Ihre individuellen Aussagen sowie Beiträge aus der zweiten Delphi-Welle und ergänzenden Expertenformaten werden im Text und in den veröffentlichten Fußnoten nicht namentlich zugeordnet. Die vollständige Zuordnung zu den Originalquellen bleibt in der internen Forschungsdokumentation von Themis Foresight erhalten.

Perspektivenbasierte Szenarien

Für die Szenarioarbeit orientiert sich Themis Foresight am **Oxford Scenario Planning Approach (OSPA)**. Dabei handelt es sich um einen Ansatz, der die Methodenwahl an der jeweiligen Forschungsaufgabe und dem angestrebten Erkenntnisgewinn ausrichtet.[125]

125 Chermack, Thomas J. (2022): Using Scenarios: Scenario Planning for Improving Organizations.

In dieser Studie wählten wir die **perspektivenbasierte Methode**.[126] Sie dient dazu, unterschiedliche Weltbilder und die ihnen zugrunde liegenden Annahmen sichtbar zu machen und zwischen verschiedenen Zukunftsvorstellungen zu navigieren.

Diese Wahl entspricht der Komplexität des Untersuchungsfelds. Die Zukunft Europas und Deutschlands hängt vom Zusammenwirken zahlreicher politischer, wirtschaftlicher, technologischer, ökologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ab. Die perspektivenbasierte Methode ermöglicht es, eine größere Zahl kritischer Ungewissheiten und ihre Wechselwirkungen zu berücksichtigen. In der von Themis Foresight angewandten Ausgestaltung werden unterschiedliche Perspektiven anhand desselben Sets kritischer Faktoren beschrieben. So bleiben die Zukünfte vergleichbar, obwohl sie unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Logiken folgen. Die gemeinsame Untersuchungsstruktur begrenzt zugleich die Beliebigkeit der Erzählungen.

Die Faktoren wurden aus dem Forschungsmaterial gewonnen. Die Auswahl der Perspektiven und die Verbindung ihrer jeweiligen Faktorausprägungen waren analytische Entscheidungen von Themis Foresight. Dabei wurden äußere Entwicklungen, politische Zielvorstellungen, institutionelle Antworten und mögliche Folgen miteinander verknüpft. Die Szenarien sind eigenständige analytische Konstruktionen, die auf den Erkenntnissen des Expertenpanels beruhen. Sie untersuchen, welche Zukünfte unter unterschiedlichen Annahmen und Entscheidungen entstehen könnten. Für die institutionelle Ordnung der reformierten Allianz (Perspektive 3) reichte das Material der Delphi-Befragung nur teilweise; wir zogen deshalb ausdrücklich die Arbeiten Herfried Münklers als externe Position hinzu. Für das Deutschland-Szenario des innovativen Kerneuropas (Perspektive 4) war das Material umfangreich und wies klar auf die politische Plattform des Economisten e.V. hin, auf die wir uns stützten.

Nach Abschluss der Delphi-Phase wurden die Szenarien in zwei weiteren Formaten geprüft und vertieft. Beim **zivilgesellschaftlichen Dialog am 8. September 2026 mit der Robert Bosch Stiftung** standen ihre gesellschaftlichen Wirkungen im Mittelpunkt. Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure untersuchten, was die Rohszenarien für verschiedene Lebensrealitäten bedeuten: Wer profitiert, wer trägt Kosten, welche Gruppen werden übersehen und wo entstehen neue Konfliktlinien? Die Diskussion vertiefte das Verständnis ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen und lieferte zusätzliche Anhaltspunkte für ihre Ausarbeitung.

Der Workshop **„Weltordnung 2035“ am 8. Oktober 2026 in Zusammenarbeit mit der Stiftung Wissenschaft und Politik** ergänzte diese Prüfung um eine geopolitische Vertiefung. Diskutiert wurde, welche internationalen Handlungsspielräume sich aus den unterschiedlichen europäischen Zukünften ergeben, welche Beziehungen zu den USA, China, Russland und anderen Machtzentren möglich wären und wie europäisches Handeln seinerseits die internationale Ordnung verändern könnte. Im Zentrum stand damit das Wechselspiel zwischen Europas innerer Entwicklung und den weltpolitischen Bedingungen. Die Erkenntnisse aus beiden Formaten flossen in die weitere Ausarbeitung und Konkretisierung der Szenarien ein.

Die Ausarbeitung wurde wiederholt auf innere Plausibilität und Konsistenz geprüft. Im Mittelpunkt stand, ob die angenommenen Entwicklungen zusammenpassen, ob

126 Ramírez, Rafael; Wilkinson, Angela (2016): Strategic Reframing: The Oxford Scenario Planning Approach.







Der zivilgesellschaftliche Dialog am 8. September 2026 bei der Robert Bosch Stiftung in Berlin: Teilnehmende sowie Diskussion der Szenarien an den Stellwänden und im Plenum. Fotos: Gili Shani

beschriebene Ergebnisse durch die jeweiligen Voraussetzungen getragen werden und ob die europäischen und deutschen Szenarien miteinander vereinbar bleiben. Dabei wurde zwischen produktiven Spannungen innerhalb einer Zukunft und unbeabsichtigten Widersprüchen ihrer Darstellung unterschieden.

Künstliche Intelligenz, Qualitätssicherung und Verantwortung

Künstliche Intelligenz war ein selbstverständliches Arbeitsinstrument dieser Studie. Sie wurde für die Transkription von Interviews, die Kodierung und Strukturierung von Aussagen, den Vergleich umfangreicher Materialien sowie für Konsistenz- und Redundanzprüfungen eingesetzt. Hinzu kamen Unterstützung bei der Quellenrecherche und punktuellen Faktenprüfung sowie die Erstellung und sprachliche Überarbeitung von Textentwürfen. KI kam damit in mehreren Phasen der Materialverarbeitung, Analyseunterstützung und Redaktion zum Einsatz.

Diese Arbeitsschritte wurden durch Themis Foresight methodisch vorgegeben. Dazu gehörten teilweise umfangreiche Kodier-, Auswertungs- und Redaktionsrichtlinien, die etwa den Umgang mit Zitaten, die Trennung von Expertenaussagen und Autoreninterpretationen sowie die Bewahrung widersprüchlicher Positionen regelten. Jeder KI-gestützte Arbeitsschritt unterlag menschlicher Kontrolle. Ergebnisse wurden am Ausgangsmaterial geprüft, korrigiert, ergänzt oder verworfen. Bei Zitaten und

Tatsachenbehauptungen waren das dokumentierte Ausgangsmaterial und überprüfbare Originalquellen maßgeblich.

Die analytischen Entscheidungen lagen bei Themis Foresight: welche Fragen gestellt, wie widersprüchliche Befunde interpretiert, welche Faktoren ausgewählt und welche Szenarien ausgearbeitet wurden. Ebenso entschieden die Autoren, welches Material aus dem umfangreichen Bestand in die Veröffentlichung einging und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden. Die inhaltliche Verantwortung für die Studie lag vollständig bei Themis Foresight.

Die Aussagekraft der Studie wird durch die Auswahl der Beteiligten, das verfügbare Wissen und die analytischen Entscheidungen der Autoren bestimmt. Die Ergebnisse bieten einen begründeten Orientierungsrahmen für unterschiedliche mögliche Zukünfte. Ihr Anspruch ist es, ihre Voraussetzungen nachvollziehbar zu machen und zu zeigen, welche Bedeutung unterschiedliche Entwicklungen für heutige Entscheidungen haben.

Expertinnen und Experten

An der Studie wirkten insgesamt 47 unterschiedliche externe Expertinnen und Experten mit – in zwei Delphi-Befragungswellen und ergänzenden Expertendialogen. Die folgenden 27 Interviewpartnerinnen und Interviewpartner standen für leitfadengestützte Tiefeninterviews der ersten Befragungswelle zur Verfügung. Weitere Beiträge flossen insbesondere durch die Kommentierung von 91 Zukunftsthesen sowie durch vertiefende Gespräche und Workshops ein. Die Namen werden ohne Zuordnung zu einzelnen Aussagen veröffentlicht. Die angegebenen Funktionen entsprechen dem Stand Oktober 2026.

Die 27 Tiefeninterviews

Prof. Dr. Tanja Börzel, Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration, Freie Universität Berlin.

Jörg Buck, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Italien, AHK Italien.

Thomas Fischer, Vorsitzender des Aufsichtsrats, MANN+HUMMEL.

Prof. Dr. Stefan Fröhlich, emeritierter Professor für Internationale Politik und Politische Ökonomie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Jérémie Gagné, Lead Forschung, More in Common Deutschland.

Natalia Gavriliță, ehemalige Premierministerin der Republik Moldau.

Dr. Marija Golubeva, ehemalige Innenministerin Lettlands; Politikwissenschaftlerin.

Prof. Dr. Maja Göpel, Politökonomin und Transformationsforscherin; Professorin für Nachhaltigkeitstransformation an der Leuphana Universität Lüneburg.

Dr. Daniel Gros, Senior Fellow, Institute for European Policymaking (IEP), Bocconi University.

Prof. Dr. Michael Hartmann, emeritierter Professor für Elite- und Organisationssoziologie, Technische Universität Darmstadt.

Dr. Tina Klüwer, KI-Unternehmerin, Innovationsexpertin und ehemalige Leiterin der Abteilung „Forschung für technologische Souveränität und Innovation“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Prof. Dr. h. c. mult. Roland Koch, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Hessen; Professor of Management Practice, Frankfurt School of Finance & Management.

Prof. Dr. Dieter Kranzlmüller, Vorsitzender des Direktoriums, Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Prof. Dr. Jörn von Lucke, Professor für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik und Direktor des Open Government Institute (TOGI), Zeppelin Universität.

Dr. Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands.

Prof. Dr. Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute; Ökonom.

Victor Perli, Politikwissenschaftler und ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages.

Sophie Pornschlegel, Politikwissenschaftlerin und Europapolitik-Expertin; Doktorandin an der Universität Maastricht.

Christina Rieke Lang, Gründerin und CEO, DigitalService GmbH des Bundes.

Dr. h. c. Thomas Sattelberger, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung; ehemaliger DAX-Vorstand.

Annette Schavan, Vorsitzende des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung; ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Dr. Holger Schmieding, Chefvolkswirt, Berenberg.

Prof. Dr. Helmut Schönenberger, Mitgründer und CEO, UnternehmerTUM.

Dr. Benjamin Seibel, Direktor, CityLAB Berlin.

Dr. Linn Selle, Leiterin des Europa-Zentrums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Norbert Tofall, Senior Research Analyst, Flossbach von Storch Research Institute.

Dr. Jeromin Zettelmeyer, Direktor, Bruegel.

Literaturverzeichnis

Studien, Forschungsberichte und Thinktank-Publikationen

Bauer, Harald; Deichmann, Johannes; Henz, Tobias; Reus, Eike (2023): *Mehr Tech-Champions made in Germany: Warum es dafür einen Schulterschluss von Wirtschaft, Forschung und Politik braucht.*

Berger, Jan; Hesjedal, Siv Helen; Hoefnagels, James (2022): *Die europäische Wirtschaft in einer neuen Weltordnung.*

Boston Consulting Group / Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) (2025): *Deep Tech für den Industriestandort Deutschland: Wie Zukunftstechnologien Wachstum und Resilienz stärken können.*

Boston Consulting Group / UnternehmerTUM / TUM Venture Labs (2026): *Wachstumspfade für Deutschland: Roadmap zur wettbewerbsfähigen Hightech-Nation.*

Bundesbank, Deutsche (2025): *Ergebnisse der PHF-Vermögensbefragung 2023.*

Chui, Michael; Hazan, Eric; Roberts, Roger; Singla, Alex; Smaje, Kate; Sukharevsky, Alex; Yee, Lareina; Zemmel, Rodney (2023): *The Economic Potential of Generative AI: The Next Productivity Frontier.*

Deutscher Bundestag / Wissenschaftliche Dienste (2025): *Fragen zum Konzept einer „Progressiven Kommunalen Schuldenbremse".*

Dörner, Karel; Flötotto, Max; Henz, Tobias; Berger-de León, Markus (2021): *Entrepreneurship Zeitgeist 2030: Making Start-ups Germany's Next Economic Powerhouse.*

Draghi, Mario (2024): *The Future of European Competitiveness: A Competitiveness Strategy for Europe (Part A) / In-depth Analysis and Recommendations (Part B).*

EFAMA (2025): *Record Levels of Assets under Management in Europe.*

European Environment Agency (EEA) (2024): *European Climate Risk Assessment.*

European Systemic Risk Board (ESRB) (2025): *EU Non-Bank Financial Intermediation Risk Monitor 2025.*

Gaub, Florence; Mair, Stefan (2025): *Europe's Bad Nuclear Options: And Why They May Be the Only Path to Security.*

Hesjedal, Siv Helen; Berger, Jan; Böhlke, Ewald; Hoefnagels, James (2023): *An der Schwelle zu einer neuen Ära: Szenarien für europäische Unternehmen in einer neuen Weltordnung.*

Hoefnagels, James; Michalski, Katharina; Tegeler, Felix; Berger, Jan; Hartmann, Martin; Ludwig, Heiko (2025): *Futures of the European Capital Market: Defense, Digital, Infrastructure, and Energy.*

IEA – International Energy Agency (2025): *With New Export Controls on Critical Minerals, Supply Concentration Risks Become Reality.*

IEA – International Energy Agency (2025): *World Energy Investment 2025.*

IEA – International Energy Agency (2026): *Electricity 2026.*

IEA – International Energy Agency (2026): *Key Questions on Energy and AI.*

IMF – International Monetary Fund (2018): *Fiscal Monitor: Managing Public Wealth.*

IMF – International Monetary Fund (2026): *People's Republic of China: 2025 Article IV Consultation.*

IMF – International Monetary Fund (2026): *United States: 2026 Article IV Consultation.*

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2025): *10 Jahre Fluchtmigration: Beschäftigungsquote von Geflüchteten nähert sich dem Durchschnitt in Deutschland an.*

International Federation of Robotics (2026): *Five Million Robots Now Operate in Factories Globally.*

International Federation of Robotics (2026): *World Robotics 2026.*

IQVIA (2026): *Biopharma M&A: Mid-Year 2026 Update*.

Kreibich, Rolf (2006): *Zukunftsforschung*.

Leibniz-Rechenzentrum (LRZ) (2026): *Höhere Leistung, weniger Energie: Zweite Generation photonischer Prozessoren am LRZ*.

Letta, Enrico (2024): *Much More Than a Market: Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to Deliver a Sustainable Future and Prosperity for All EU Citizens*.

OECD (2024): *Survey of Adult Skills 2023 – Germany Country Profile*.

OECD (2024): *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions – 2024 Results*.

OECD (2025): *Health at a Glance 2025*.

OECD / European Commission (2024): *Health at a Glance: Europe 2024*.

Opitz, Friedrich W. (2026): *Seismograph Sachsen: Die (Anti-)Zeitenwende in Transformationsregionen*.

Ross, Jacob (2025): *Anatomie der Anti-Zeitenwende: Konturen einer AfD-Außenpolitik*.

Stanford HAI (2026): *The 2026 AI Index Report*.

Statistisches Bundesamt (2026): *16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*.

Universität Leipzig / Forschungsgruppe Autoritarismus (2024): *Leipziger Autoritarismus-Studie 2024: Vereint im Ressentiment*.

Zentrum für Sozialforschung Halle (2024): *Deutschland-Monitor 2024: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?*.

Wissenschaftliche Aufsätze und Working Papers

Brynjolfsson, Erik; Chandar, Bharat; Chen, Ruyu (2026): *Canaries in the Coal Mine? Six Facts about the Recent Employment Effects of Artificial Intelligence*.

Covarrubias, Matias; Gutiérrez, Germán; Philippon, Thomas (2019): *From Good to Bad Concentration? U.S. Industries over the Past 30 Years*.

DigitalService (2026): *Wie wir am Zentrum für Legistik arbeiten*.

Europäische Zentralbank (EZB) (2024): *Follow the Money: Channelling Savings into Investment and Innovation in Europe*.

Europäische Zentralbank (EZB) (2026): *Closing the Gap? Gauging the Development and Integration of Europe's Capital Markets*.

European Parliamentary Research Service (EPRS) (2024): *Deepening the Single Market in the Light of the Letta and Draghi Reports*.

Filippucci, Francesco; Gal, Peter; Schief, Matthias (2024): *Miracle or Myth? Assessing the Macroeconomic Productivity Gains from Artificial Intelligence*.

Fukuyama, Francis (1989): *The End of History?*.

Gmyrek, Paweł et al. (2025): *Generative AI and Jobs: A Refined Global Index of Occupational Exposure*.

Gordon, Robert J. (2000): *Does the New Economy Measure Up to the Great Inventions of the Past?*.

Gordon, Robert J. (2000): *Interpreting the "One Big Wave" in U.S. Long-Term Productivity Growth*.

Gordon, Robert J. (2014): *The Demise of U.S. Economic Growth: Restatement, Rebuttal, and Reflections*.

Gordon, Robert J. (2015): *Slower U.S. Growth in the Long- and Medium-Run*.

Gordon, Robert J. (2016): *Perspectives on The Rise and Fall of American Growth*.

Kahle, Kathleen; Stulz, René M. (2020): *Why Are Corporate Payouts So High in the 2000s?*.

Kamepalli, Sai Krishna; Rajan, Raghuram G.; Zingales, Luigi (2020): *Kill Zone*.

Lazonick, William (2014): *Profits Without Prosperity*.

Nunn, Ryan (2026): *AI Is Probably Not (Yet) the Reason for Labor Market Weakening*.

Rajan, Raghuram G. (2005): *Has Financial Development Made the World Riskier?*.

Shapiro, Carl; Yurukoglu, Ali (2024): *Trends in Competition in the United States: What Does the Evidence Show?*.

Strategie- und Politikdokumente

Biden–Harris Administration (2022): *National Security Strategy*.

Congressional Research Service (2012): *Pivot to the Pacific? The Obama Administration's "Rebalancing" Toward Asia*.

The White House (2017): *National Security Strategy*.

The White House (2025): *National Security Strategy*.

The White House (2025): *Promoting the Export of the American AI Technology Stack*.

The White House (2025): *Unleashing American Energy*.

U.S. Departments of Labor, Commerce and Education (2025): *America's Talent Strategy: Building the Workforce for the Golden Age*.

Bücher und Monografien

Chermack, Thomas J. (2022): *Using Scenarios: Scenario Planning for Improving Organizations*.

Cowen, Tyler (2011): *The Great Stagnation: How America Ate All the Low-Hanging Fruit of Modern History, Got Sick, and Will (Eventually) Feel Better*.

Deutsch, David (2011): *The Beginning of Infinity: Explanations That Transform the World*.

Ferguson, Niall (2011): *Civilization: The West and the Rest*.

Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*.

Gordon, Robert J. (2016): *The Rise and Fall of American Growth: The U.S. Standard of Living since the Civil War*.

Grove, Andrew S. (1996): *Only the Paranoid Survive*.

Knight, Frank H. (1921): *Risk, Uncertainty, and Profit*.

Mazzucato, Mariana (2013): *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*.

Münkler, Herfried (2025): *Macht im Umbruch: Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*.

O'Brien, Phillips Payson (2025): *War and Power: Who Wins Wars—and Why*.

Philippon, Thomas (2019): *The Great Reversal: How America Gave Up on Free Markets*.

Pilkington, Philip (2025): *The Collapse of Global Liberalism: And the Emergence of the Post-Liberal World Order*.

Pornschlegel, Sophie (2023): *Am Ende der gewohnten Ordnung: Warum wir Macht neu denken müssen*.

Ramírez, Rafael; Wilkinson, Angela (2016): *Strategic Reframing: The Oxford Scenario Planning Approach*.

Schumpeter, Joseph A. (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*.

Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*.

Shearing, Neil (2025): *The Fractured Age: How the Return of Geopolitics Will Splinter the Global Economy*.

Vagle, Ben A.; Brooks, Stephen G. (2025): *Command of Commerce: America's Enduring Economic Power Advantage over China*.

Varoufakis, Yanis (2023): *Technofeudalism: What Killed Capitalism*.

Žižek, Slavoj (2024): *Against Progress*.

Journalistische und fachliche Artikel

Braunberger, Gerald (2026): *Deutschland braucht eine neue bürgerliche Partei*.

Deckwirth, Christina / LobbyControl (2025): *7 zu 81: Übermacht der Wirtschaftslobby*.

Deutscher Bundestag (2026): *118 Gesetze an 57 Sitzungstagen verabschiedet*.

European Space Agency (ESA) (2024): *ESA Accelerates the Race Towards Clean Energy from Space*.

Gardels, Nathan; Schmidt, Eric (2026): *AI & Drones: Eric Schmidt on the Biggest Revolution in the History of Warfare*.

Park, Ju-min; Chen, Laurie; Baptista, Eduardo (2026): *China Robot Makers Seek to Turn Humanoid Hype into Useful Work*.

Q.ANT (2026): *Q.ANT Runs Generative AI on Photonic Hardware*.